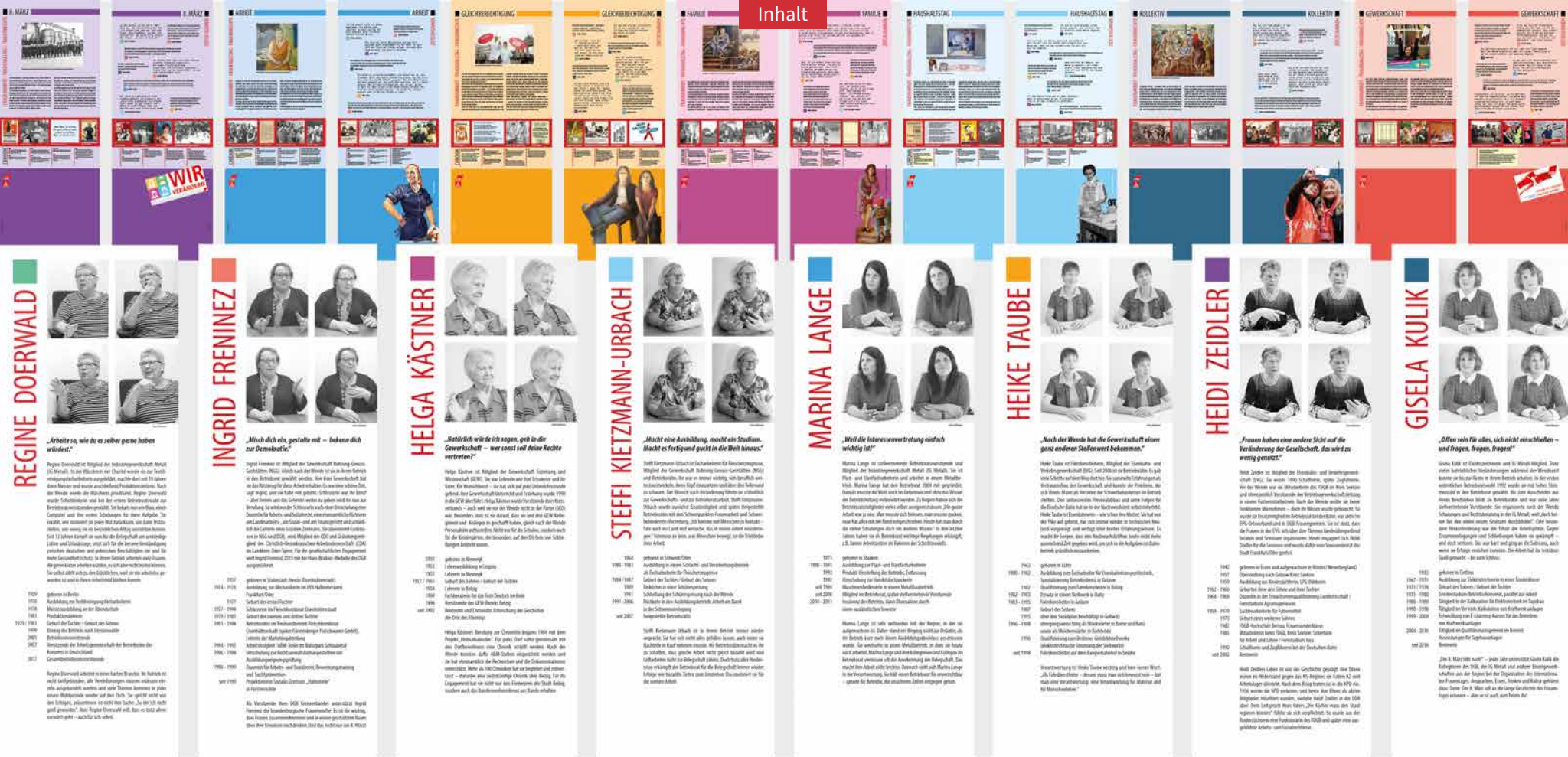




FRAUENARBEIT FRAUENALLTAG FRAUENRECHTE

Ein Ausstellungsprojekt mit Zeitzeuginnen aus Brandenburg



FRAUENARBEIT – FRAUENALLTAG – FRAUENRECHTE EIN AUSSTELLUNGSPROJEKT MIT ZEITZEUGINNEN AUS BRANDENBURG

Dieses E-Book dokumentiert die Materialien und Themen der Ausstellung.
Die Wanderausstellung ist seit 2018 unterwegs - in allen Bundesländern.

Die Ausstellung kann kostenlos ausgeliehen werden.
Weitere Informationen / Kontakt:
frauenausstellung@dgb.de

Acht Brandenburgerinnen geben dieser Ausstellung ihr Gesicht. 2022 wurde das Material ergänzt:
Drei Frauen berichten in Videointerviews aus ihrem Leben heute. Die Zeitzeuginnen sind aktive
Gewerkschafterinnen. Ihre erzählten Erfahrungen aus 60 Jahren Leben und Arbeiten in Branden-
burg haben wir um historisches Material und Bilder aus dem Alltag ergänzt.

Der Blick auf Frauenarbeit, Frauenalltag und Frauenrechte in Brandenburg schließt den Rückblick
auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der DDR-Zeit notwendig ein. Das Erinnern fordert heraus:
So war es! War es so? Die Ausstellung dokumentiert sehr persönliche Antworten.



Ausstellung Frauenarbeit, Frauenalltag, Frauenrechte
(Foto: Berger)



Foto: IG Metall

Liebe Interessierte,

sich wandelnde Arbeitsbedingungen im Laufe der Zeit sind vielfach dokumentiert.

Die Eindrücke und Erfahrungen von Kolleginnen aus Brandenburg durch Veränderungen im Betrieb und den Umbruch der politischen Rahmenbedingungen stehen im Mittelpunkt dieser Ausstellung. Das Frauenerwerbsleben im Osten hat sich während der letzten Jahrzehnte stark verändert – ist aber nicht leichter geworden.

Wie haben unsere Kolleginnen die Wende als Arbeitnehmerinnen erlebt, was hat sie in ihrer Ausbildung und danach geprägt?

Der individuelle und ehrliche Blick auf persönliche Erlebnisse in dieser Dokumentation hilft uns, Schlüsse zu ziehen für die weitere Gewerkschaftsarbeit. Was bewegt Frauen und was können wir beitragen, um Vereinbarkeit von Arbeit und Leben positiv zu gestalten?

Ich wünsche allen eine spannende und kurzweilige Zeitreise durch die diversen weiblichen Arbeitsgeschichten.

Stefanie Jahn

Erste Bevollmächtigte
IG Metall Geschäftsstelle Oranienburg Potsdam

Geleitwort
Inhaltsverzeichnis
Vorwort

Irene Dölling:

„... die Frau zuhause? – Ne, wir gingen arbeiten.“
Frauenarbeit und Frauenalltag in der DDR

Ausstellungsthemen

8. März
Arbeit
Gleichberechtigung
Familie
Haushaltstag
Kollektiv
Gewerkschaft

Biografien

Regine Doerwald
Ingrid Freninez
Helga Kästner
Steffi Kietzmann-Urbach
Marina Lange
Heike Taube
Heidi Zeidler
Gisela Kulik

Videointerviews

Katarina Golbs
Xenia Karapetian
Ramona Sommer

Gespräch mit Bärbel Zimmermann und Theresa Pauli
Zeigen, was es gegeben hat

Nele Tehen:

Frauen- und Gleichstellungspolitik –
mehr Tempo, bitte!

Laura Rauschnick:

„Was verdient die Frau?“

Schaudepot Beeskow

Museum Utopie und Alltag – Kunst aus der DDR

Bildinformationen zu Archiv-Gemälden

Gewerkschaftliche Frauenarbeit in Brandenburg: Adressen

Autorinnen & Danksagung

Copyrights & Quellen

Impressum



Frauen, Petra Hachulla Flemming, 3-teiliges Tafelbild, 1974,
Parthelanhalle Naunhof, (cc) BY-SA 3.0



FRAUENARBEIT – FRAUENALLTAG – FRAUENRECHTE EIN AUSSTELLUNGSPROJEKT MIT ZEITZEUGINNEN AUS BRANDENBURG

Acht Brandenburgerinnen geben dieser Ausstellung ihr Gesicht. Sie sind aktive Gewerkschafterinnen, sie waren oder sind Betriebsrätinnen. Ihre erzählten Erfahrungen aus 60 Jahren Leben und Arbeiten in Brandenburg haben wir um historische Materialien und Bilder aus dem Alltag ergänzt. Unser herzlicher Dank gilt den Zeitzeuginnen für die Bereitschaft, ihre Erinnerungen zu teilen.

Die Ausstellung würdigt alle Frauen, die unter wechselnden politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen bis heute ihre Frau gestanden haben. Die für den Erhalt von Arbeitsplätzen, bessere Arbeitsbedingungen, familienfreundliche Arbeitszeiten streiten – und immer noch um gleichen Lohn für gleiche Arbeit kämpfen.

Der Blick auf Frauenarbeit, Frauenalltag und Frauenrechte in Brandenburg schließt den Rückblick auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der DDR-Zeit notwendig ein. Das Erinnern fordert heraus: So war es! War es so? Die Ausstellung dokumentiert sehr persönliche Antworten.

Neugierig sein, lernen, die eigene Weltsicht ernst nehmen und sich einmischen – das geben die Gewerkschafterinnen jungen Frauen mit auf den Weg.

Die Ausstellung soll zum Erfahrungsaustausch anregen und zum Dialog zwischen den Generationen einladen. Sie will auch dazu ermutigen, für gute Arbeit und Gleichberechtigung, für Demokratie und Menschenrechte zu streiten. Frauen und Männer, Junge und Alte – und nicht nur am 8. März!

Die Ausstellung „Frauenarbeit Frauenalltag Frauenrechte“ ist seit dem 8. März 2018 unterwegs. Als „Brandenburger Ausstellung“ konzipiert, reiste sie schon bis nach München. Diese Resonanz freut alle Beteiligten. Sie hat in uns den Wunsch bestärkt, den persönlichen Geschichten der Protagonistinnen mehr Raum zu geben und das gewerkschaftliche und kommunale Umfeld sichtbar zu machen, in dem die Ausstellung entwickelt wurde. Wir haben deshalb eine Wissenschaftlerin, Kolleginnen aus der gewerkschaftlichen Frauenarbeit, eine Gleichstellungsbeauftragte und eine Personalrätin um Beiträge gebeten.

Irene Dölling war Professorin an der Berliner Humboldt Universität und an der Universität Potsdam, sie ist Mitbegründerin und erste wissenschaftliche Leiterin des Zentrums für Interdisziplinäre Frauenforschung (ZIF). In ihrem Text bettet sie die persönlichen Erfahrungen der hier vorgestellten Frauen soziologisch, empirisch und historisch ein. Ihr Beitrag schließt mit einer Zukunftsfrage: Wird „Arbeit“ ihre persönliche, identitätsstiftende Bedeutung behalten, wie das für die Frauen dieser Ausstellung gilt?

Bärbel Zimmermann und Theresa Pauli haben als Personalrätin in einer Kreisverwaltung und als Gleichstellungsbeauftragte eines Landkreises das Ausstellungsprojekt angeregt und mit auf den Weg gebracht. In einem Gespräch erläutern sie ihre Motivation, ihre Erfahrungen mit und ihre Ideen für die Arbeit mit der Ausstellung in der Zukunft.

Nele Techen informiert über die Themen und Aktivitäten der Frauen in der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen.

Laura Rauschnick stellt ein Projekt des DGB vor, das junge Frauen für das Ziel der wirtschaftlichen Unabhängigkeit gewinnen und für die Zukunft stark machen will.

Das Schaudapot Beeskow ist Teil des Museums Alltag und Utopie - Kunst aus der DDR. Auftrag und Aufgaben des Schaudapots werden vorgestellt. In Beeskow lagern Kunstwerke, die vor 1989 im Besitz von Parteien, Massenorganisationen und staatlichen Einrichtungen der DDR gewesen sind. Drei Bilder aus dem Kunstarchiv des Museums sind Teil der Ausstellung geworden.

Ihnen allen danken wir für ihre Beiträge. Der größte Dank gilt aber den Zeitzeuginnen, die uns erlaubt haben, ihre erfahrungsreichen Lebensgeschichten der Öffentlichkeit vorzustellen.

Für die Förderung des Projekts durch den Fonds Neue Länder der IG Metall und den DGB-Bundesvorstand und für die Unterstützung durch die Kooperationsgeschäftsstellen Oranienburg/Potsdam der IG Metall danken wir.

Martina Panke, Karin Sötje und Zoi Güssow, Ausstellungsteam

Irene Dölling:

„ ... DIE FRAU ZUHAUSE? – NE, WIR GINGEN ARBEITEN.“¹

FRAUENARBEIT UND FRAUENALLTAG IN DER DDR

Acht Frauen – alle aktive Gewerkschafterinnen – stehen im Mittelpunkt der Ausstellung „Frauenarbeit – Frauenalltag – Frauenrechte“. Sie sind zwischen 1935 und 1971 geboren und ihnen ist, bei allen Unterschieden in ihren Biografien, etwas gemeinsam: Ihre Lebensläufe sind dadurch geprägt, dass sie in der DDR gelebt haben. Sie haben abgeschlossene Berufsausbildungen, waren immer vollzeiterwerbstätig und haben sich oft weiter qualifiziert. Sie haben Kinder geboren und Erwerbsarbeit, häusliche Tätigkeiten und Erziehung unter Inanspruchnahme öffentlicher Kinderbetreuung miteinander vereinbart. Sie verkörpern, was westdeutsche Soziologen wie Stefan Hradil oder Rainer Geißler nach 1990 als ‚Modernisierungsvorsprung ostdeutscher Frauen‘ bezeichnet haben².



*Gisela Kulik als Auszubildende um 1970
(Foto: Sammlung Kulik)*

In der BRD dominierte zu diesem Zeitpunkt normativ und praktisch noch das Modell: erwerbstätiger Mann – (bestenfalls teilzeitbeschäftigte) Hausfrau. Das bedeutete für viele Frauen nicht nur ökonomische Abhängigkeit, sondern auch Festlegung auf ihre primäre Rolle als Mutter, klare geschlechtliche familiäre Arbeitsteilungen und ein damit verbundenes Machtgefälle zugunsten des männlichen Ernährers. Ostdeutsche Frauen waren aus soziologischer Sicht ‚moderner‘: Sie waren in der Erwerbssphäre anerkannte Arbeitskräfte und tendenziell ökonomisch unabhängig, trugen einen beträchtlichen Anteil zum Haushaltseinkommen bei und gewannen dadurch eine stärkere Position im familiären Gefüge. Dank kostenloser Kontrazeptiva und der Freigabe der Abtreibung (seit 1972) konnten sie über Anzahl der Kinder und den Zeitpunkt ihrer Geburt selbst bestimmen. Hausarbeit und Kindererziehung waren nicht mehr ihre ‚natürliche‘ Aufgabe und Bestimmung ‚als Frau‘, sondern wurden Gegenstand von Aushandlungen. Mit anderen Worten: Sie erfüllten wesentliche Kriterien von Modernität, indem sie eine ‚von Natur‘ gegebene Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern praktisch in Frage stellten, sich aus persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen lösten und individuell Entscheidungen für ihr Leben trafen.

Diese Argumentation ist stimmig, wenn man als Kriterium für ‚Modernität‘ die Einbeziehung von Frauen in die Erwerbstätigkeit zugrunde legt und dabei implizit männliche Erwerbsarbeit als Norm gilt. Sie blendet allerdings aus, dass mit diesem ‚Modernisierungsvorsprung‘ die strukturelle Trennung von Erwerbsarbeit und ‚privater‘, familiär organisierter Reproduktion (Hausarbeit, Kindererziehung) keineswegs verschwunden ist. Diese liegt ‚traditionell‘ in der Verantwortung der Frauen, geht auf deren Kosten und ist mit einer Abwertung/gesellschaftlichen Geringschätzung dieser Tätigkeiten (gegenüber der Erwerbsarbeit) verbunden. Auch in der ‚realsozialistischen‘ DDR war diese strukturelle Trennung mit ihren ungleichen Folgen für Männer und Frauen nicht aufgehoben.

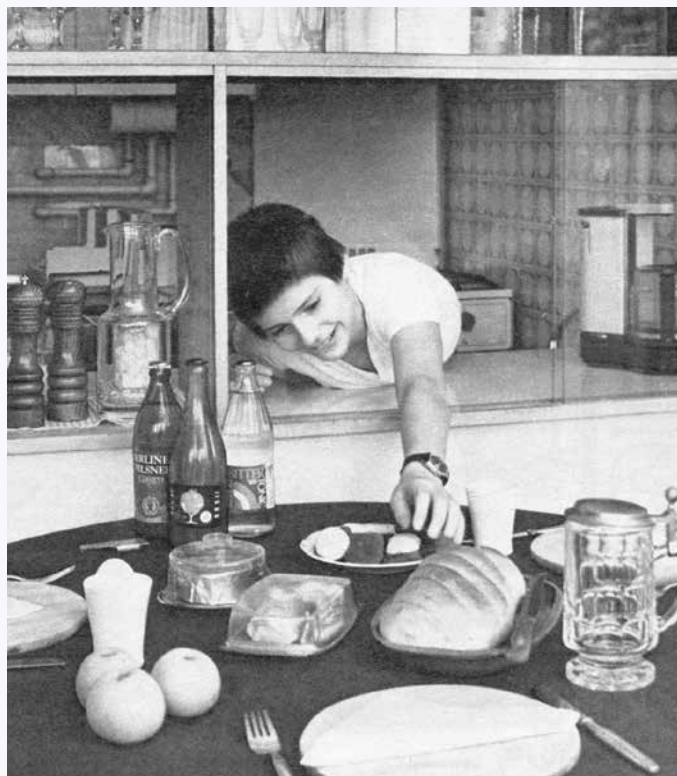
Erwerbsarbeit war primärer sozialer Integrationsmodus, das Recht und die Pflicht zur Erwerbsarbeit galten für alle arbeitsfähigen Erwachsenen. Hausarbeit wurde – dem Leitbild August Bebels in seiner Schrift „Die Frau und der Sozialismus“³ folgend – als Hindernis für die Emanzipation der Frau (!) gesehen, ihre Einbeziehung in die Erwerbsarbeit galt als entscheidender Schritt für ihre Gleichberechtigung. Zugleich war das Geschlechterverhältnis in der DDR spezifisch geprägt. Dies zeigte sich in einer Erweiterung der sozialen Handlungsräume und der gesellschaftlichen Anerkennung für Frauen – führte jedoch zugleich zu einer Zuspitzung von Problemen und Widersprüchen in ihrem Alltagsleben.



Fahrdienstleiterin Heike Taube am Bedientisch vor der Meldetafel im Stellwerk des Eisenbahnknotens Seddin, 2017 (Foto: Sammlung Taube)

Arbeitskräfte waren in der DDR immer knapp. Zunächst kriegsbedingt, dann durch Abwanderung in den Westen wurden daher Frauen schon seit den 1950er Jahren für Erwerbsarbeit geworben. Zunehmend wurden sie als qualifizierte Arbeitskräfte gebraucht, so dass durch gezielte Frauenförderung, z.B. durch Frauensonderstudien oder spezielle Weiterbildungsprogramme ihre berufliche Qualifizierung kontinuierlich gesteigert wurde. Seit den 1970er Jahren wurde eine qualifizierte Berufsausbildung für die überwiegende Mehrheit der Frauen zu einem selbstverständlichen Teil ihres Lebenslaufes. In den 1980er Jahren hatte sich das Qualifikationsniveau von Männern und Frauen weitgehend angeglichen. Allerdings bestand weiterhin eine starke Teilung in sogenannte Frauen- und Männerberufe. Die in dieser Ausstellung vorgestellten Frauen sind mit ihren gewählten Berufen und Erwerbsbiografien zwar nicht Ausnahmen im strikten Wortsinn. Frauen waren durchaus in vielen, eher ‚männlich‘ konnotierten Berufen tätig. Mehrheitlich aber waren sie in als ‚weiblich‘ bewerteten Berufsfeldern verortet (Erzieherinnen, Lehrerinnen, Verkäuferinnen, Friseurinnen usw.), die schlechter bezahlt waren als typische Männerberufe und sozial weniger anerkannt⁴.

Diesen geschlechtsgebundenen Teilungen und Hierarchien in der Arbeitswelt entsprach in der sogenannten ‚privaten Sphäre‘ die ungebrochene Verantwortung der Frauen für Hausarbeit und Kinderbetreuung. Zwar wurde Gleichberechtigung seit der ersten Verfassung 1949 rechtlich verankert und ihre Durchsetzung propagiert, zwar galt in den verschiedenen Fassungen des Familiengesetzbuches die gleiche Verteilung der häuslichen Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern als Norm. Aber die Realität sah anders aus. Der zeitliche Anteil der Männer an der Hausarbeit nahm kaum zu, auch wenn, nicht zuletzt bedingt durch die Vollzeiterwerbstätigkeit beider Partner (aber auch milieuabhängig⁵), die praktizierte Arbeitsteilung egalitärer wurde. Der Gleichberechtigung war – auch in offiziellen Verlautbarungen – Genüge getan, wenn die Männer im Haushalt „mithalfen“ – und das taten auch nicht wenige.



Abendessen 1985 (Archiv historische Alltagsfotografie)

Trotz dieser (weiter) bestehenden sozialen Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen in der Erwerbssphäre wie im ‚privaten‘ Raum war das Geschlechterverhältnis in der ‚realsozialistischen‘ Variante der Moderne egalitärer als in der (speziell bundesdeutschen) kapitalistischen. Anders gesagt: ‚Geschlecht‘ als sozial differenzierender und hierarchisierender Faktor war weniger stark ausgeprägt und wirksam. Eine wesentliche Ursache dafür lag in dem erklärten politischen Ziel der sozialen Gleichheit durch Abbau sozialer Unterschiede und Angleichung der Lebensverhältnisse⁶. Nicht nur rechtliche Gleichstellung, auch gleiche Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten sollten hergestellt werden. Sicher waren ideologische Beschönigungen und Realitätsverleugnungen immer mit im Spiel.

Tatsächlich aber haben viele sozialpolitische Maßnahmen, die für alle zugänglich waren, dazu geführt, soziale Differenzierungen und Ungleichheiten in Grenzen zu halten (von den Privilegien einer relativ kleinen politischen Elite abgesehen). Dazu gehörten etwa: subventionierte Preise für Lebensmittel, Mieten, Kinderkleidung, Kultur etc., kostenlose Bildung, Ausbildung bzw. Studium und gesundheitliche Betreuung, finanzielle Zuschüsse für Familien mit Kindern u.a. – Leistungen, die die ökonomischen Möglichkeiten der DDR allerdings zunehmend überschritten.

Um den Frauen die Teilhabe an der Erwerbsarbeit zu ermöglichen, wurde sukzessive ein Netz öffentlicher Kinderbetreuung von der Krippe bis zum Schulhort aufgebaut⁷. Mütter (und in den späten Jahren auch alleinerziehende Männer) konnten pro Monat einen bezahlten Hausarbeitstag in Anspruch nehmen. Da die DDR eine der längsten Arbeitszeiten Europas hatte, richteten viele Betriebe selbst Läden, Wäschereien, Friseure, Arztpraxen, Kantinen und Kulturhäuser ein und sorgten für Ferien- und Erholungsangebote⁸. Das ermöglichte Frauen die (allerdings niemals leichte) Vereinbarkeit von Beruf und Familie.



Kinderkrippe, 1989 (Foto: Hirndorf, Bundesarchiv Bild 183-1989-0407-015)

Die Kombination von Erwerbsarbeit, Mutterschaft und familiären Pflichten wurde zunehmend zum verbindlichen biografischen Muster. Die damit verknüpfte soziale Anerkennung und gewonnene Selbständigkeit hatte sicher die Emanzipationschancen der Frauen erweitert, zugleich wies diese politisch erwünschte und mehrheitlich praktizierte ‚weibliche Normalbiografie‘ gravierende strukturelle Widersprüche auf⁹. Diese waren, wie die Erinnerungen der hier vorgestellten Frauen zeigen, immer spürbar und zugleich zu bewältigen:

- Männer wie Frauen wurden gleichermaßen wesentlich durch Erwerbsarbeit in die Gesellschaft integriert. Dadurch erodierten einerseits die männliche Ernährer- und die weibliche Hausfrauenrolle. Es bildete sich eine neue Familienform heraus, die auf dem Beitrag beider Partner zur ökonomischen Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit gründete („Doppel-Versorger-Modell“) und ein Abflachen des familiären Machtgefälles implizierte. Andererseits wurde dadurch die normative und praktische Verantwortung der Frauen für die Tätigkeiten und Pflichten im privat-häuslichen Bereich nicht außer Kraft gesetzt. Sie arbeiteten wie die Männer und waren doppelt belastet. Diese Doppelbelastung wurde durch sozialpolitische Maßnahmen zwar abgemildert, aber nicht aufgehoben. Sie führte bei vielen Frauen zu enormem zeitlichen, physischen und psychischen Druck, zur Zerreißprobe zwischen Berufsarbeit und Familien-/Mutterpflichten.
- Zudem richteten sich diese Maßnahmen vorwiegend bzw. ausschließlich an Frauen/Mütter. D.h. mit ihnen wurden – entgegen den emanzipatorischen politischen Intentionen – tendenziell Geschlechterstereotype und damit verbundene Hierarchisierungen und Abwertungen fortgeschrieben. Etwa, dass Frauen wegen ihrer reproduktiven Pflichten und Verantwortlichkeiten eben doch keine vollwertigen Arbeitskräfte seien bzw. sich eher für Berufe eigneten, die eine Nähe zu diesen ‚weiblichen‘ Tätigkeiten aufwiesen.
- Einerseits griff ‚Vater Staat‘ durch die Vielzahl von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie mildernd ein. Andererseits machte er Frauen zu Objekten der Wirtschafts- wie der Familienpolitik. Er entschied ‚von oben‘, paternalistisch und patriarchalisch, was ‚gut für die Frauen‘ (als Arbeitskräfte bzw. seit den 1970er Jahren, bedingt durch einen Geburtenrückgang, als Mütter) war. Das Emanzipationspotenzial dieser Maßnahmen war quasi ein Geschenk, das den Frauen in ihrem (vermeintlichen) Interesse gemacht wurde, es war nicht das Ergebnis einer Frauenbewegung, von Aktionen ‚von unten‘.
- Mit der politisch intendierten Angleichung der Lebensbedingungen und der sozialen Nivellierung ging eine Vereinheitlichung der Biografien einher. Für Frauen wurden (qualifizierte) Berufsarbeit, die (relativ frühe) Geburt von (in der Regel) 2 Kindern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu den wesentlichen strukturellen Merkmalen ihres Lebenslaufes. Diese ‚weibliche Normalbiografie‘ erzeugte enormen sozialen Druck, der persönliche Entscheidungsfreiheit beschränkte; individuell gewählte Alternativen wurden weder offiziell gefördert bzw. anerkannt noch von der Lebensumwelt positiv bewertet.

Die Bewältigung des Alltags verlangte von den Frauen in der DDR ein hohes Maß an Kraft und Organisationstalent und brachte sie nicht selten an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Die Arbeitszeit war lang¹⁰, oft wurde in Schichten gearbeitet, die Kinder mussten in die Betreuungseinrichtungen gebracht und von dort abgeholt und anschließend versorgt werden. Einkaufen war, bedingt durch permanenten Mangel an Vielem, zeit- und nervenaufreibend und die sog. ‚zweite Schicht‘, in der die Hausarbeit zu erledigen war, ließ zumindest an den Wochentagen kaum freie Zeit für die eigenen Bedürfnisse. Dennoch war es für die große Mehrheit der Frauen keine Alternative, ihre Berufsarbeit zugunsten der Kinder und der Familie aufzugeben. Und dies nicht primär des Geldes wegen, sondern weil sie – wie auch die Frauen in dieser Ausstellung berichten – in ihrer Arbeit soziale Anerkennung für ihre Leistungen erhielten, die ihnen für ihre Tätigkeit im Haushalt gesellschaftlich wie individuell weitgehend versagt blieb. Zwar waren Frauen ab einer bestimmten Stufe selten in Leitungspositionen und hatten im alltäglichen Arbeitsgeschehen meist Männer ‚das Sagen‘, aber es gab keine bzw. kaum Konkurrenz zwischen den Geschlechtern um Arbeitsplätze und Positionen.



Obertrikotagenwerk, 1979 (Foto: Luwig, Bundesarchiv Bild 183-U0213-0303)

Ein weiterer Grund, weshalb Frauen trotz aller Belastungen an ihrer Berufsarbeit festhielten, war der soziale Zusammenhalt und die Solidarität unter den KollegInnen. Dass der Chef einer alleinerziehenden Kollegin die Kohlen in den Keller schippt¹¹, mag eher eine Ausnahme gewesen sein, aber dass man sich gegenseitig z.B. beim Renovieren half und anschließend gemeinsam feierte, dass man um Probleme der anderen wusste und notfalls half und mit den Familien gemeinsam Freizeit verbrachte, war vielfach gelebter Alltag. Dies beförderte das allgemeine Empfinden, dass Männer und Frauen an einem Strang ziehen (auch wenn sich letztere nicht selten darüber beklagten, dass sie die Hauptlast der Hausarbeit trugen), dass die gegenseitige Wertschätzung aus der individuellen Leistung resultiert und ‚Geschlecht‘ dabei keine Rolle spielt¹². Der monatlich gewährte Haushaltstag wurde sehr geschätzt; Frauen erlebten diesen arbeitsfreien Tag durchaus als gesellschaftliche Anerkennung und ganz pragmatisch als Erleichterung ihrer häuslichen Verpflichtungen. Dass damit auch traditionelle Geschlechterrollen und -ungleichheiten fortgeschrieben wurden, war eine kaum wahrgenommene und – mangels einer politischer Öffentlichkeit – auch kaum diskutier- und bzw. kritisierbare ‚Nebenwirkung‘. So wurde der 8. März in aller Regel mit Kulturprogramm, Kaffee und Kuchen gefeiert. Als Tag aber, an dem Frauenrechte eingefordert werden, spielte er keine Rolle.

Fazit: Frauen konnten in der DDR vor allem durch Einbeziehung in die Berufsarbeit ihre sozialen Handlungsräume in einer Weise erweitern, die ihren Großmüttern noch unmöglich erschienen wäre. Sie konnten dies um den Preis der Doppelbelastung und einer ‚Modernisierung‘ ihrer Lebensbedingungen, die die strukturellen Ursachen für Ungleichheit zwischen Männern und Frauen zwar abschwächte, aber nicht beseitigte. Die normative Vorstellung, dass Erwerbsarbeit entscheidend sei für die soziale Integration und den Lebenssinn der Einzelnen, wurde auch von den Frauen angenommen und verinnerlicht.

Seit 1990, als ostdeutschen Frauen ein ‚Modernisierungsvorsprung‘ bescheinigt wurde, hat sich die Arbeitswelt stark verändert. Dass Frauen erwerbstätig sind, ist mittlerweile in ganz Deutschland gang und gäbe (auch wenn viele von ihnen teilzeitbeschäftigt sind), und dass sie gleichen Zugang zu Leitungspositionen erhalten, wird zunehmend eingeklagt. Zugleich sind die Anforderungen an die Arbeitskraft komplexer geworden. Sie gehen oft über die Arbeitszeit hinaus und führen dazu, dass gewohnte Trennungen zwischen Arbeits- und Lebenswelt nicht mehr existieren. Das macht auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf neue Weise schwierig. Dies erfahren nicht nur, aber nach wie vor besonders Frauen. Für sie ist auch heute – wie vor Jahrzehnten für die DDR-Frauen – die Integration in die Erwerbsarbeit eine entscheidende Bedingung für ein ‚modernes‘ Leben und gleichberechtigte Teilhabe.

Ob aber diese Form der Erwerbsarbeit, die ‚den ganzen Menschen‘ mit all seinen intellektuellen und emotionalen Kräften in Dienst nimmt und verwertet, auch in Zukunft die zentrale Bedingung für ein sinnvolles, ‚gutes‘ individuelles Leben bleibt, ist eine offene Frage.

¹ Interview Steffi Kietzmann

² s. Stefan Hradil, Die ‚objektive‘ und die ‚subjektive‘ Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/30/1992, S. 3ff; Reiner Geißler, Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck. In: Ebenda, S. 15 ff

³ Ganz dieser Tradition folgend bezeichnete Lenin Hausarbeit als Tätigkeit, „die nichts enthält, was die Entwicklung der Frau irgendwie fördern könnte“ (W.I. Lenin, Werke Bd. 30, Berlin 1961, S. 26).

⁴ Vgl. Hildegard Maria Nickel: ‚Mitgestalterinnen des Sozialismus‘. – Frauenarbeit in der DDR. In: Helwig, Gisela; Nickel, Hildegard Maria (Hg.): Frauen in Deutschland 1945-1992. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 318. Bonn 1993, S. 233 ff

⁵ Am ausgeglichensten verteilt waren die häuslichen Pflichten bei Partnern, die beide über einen Hochschulabschluss verfügten. Vgl. Jutta Gysi, Dagmar Meyer: Leitbild: werktätige Mutter. DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe. In: Helwig, Gisela; Nickel, Hildegard Maria (Hg.): Frauen in Deutschland 1945-1992. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 318. Bonn 1993, S. 139 ff

⁶ Die Herstellung von Geschlechtergleichheit war diesem Ziel untergeordnet, die Lösung des sog. ‚Nebenwiderspruchs‘ wurde als (zwangsläufige) Folge der Lösung der ‚sozialen Frage‘ gesehen.

⁷ Allerdings war erst seit den späten 1970er Jahren ein flächendeckendes Angebot an Krippen und Kindergärten erreicht. Frauen, deren Kinder in den 1950er und 1960er Jahren geboren wurden, konnten oftmals noch nicht auf öffentliche Angebote zurückgreifen.

⁸ Eine detaillierte Darstellung der verschiedenen Phasen und Akzentsetzungen sozial-, familien- und frauenpolitischer Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen von 1949 bis 1989 findet sich in: Heike Trappe: Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik. Berlin: Akademie Verlag 1995

⁹ vgl. Irene Dölling: Zwei Wege gesellschaftlicher Modernisierung. Geschlechtervertrag und Geschlechterarrangements in Ostdeutschland in gesellschafts-/modernisierungstheoretischer Perspektive. In: Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik. Bd. 2. Münster: Westfälisches Dampfboot 2003, S. 73-1009

¹⁰ Sie betrug seit 1967 mit Einführung der 5-Tage-Woche 43 3/4 Stunden, Mütter mit zwei und mehr Kindern arbeiteten 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich. (Befristete) Teilzeitarbeit war zwar gesetzlich möglich, aber nicht unbedingt erwünscht, und viele teilzeitarbeitende Frauen hatten Wochenarbeitszeiten zwischen 25 und 35 Stunden. Vgl. Frauenreport, 90. Berlin: Verlag Die Wirtschaft, S. 81ff

¹¹ vgl. Interview mit Gisela Kulik

¹² DDR-Frauen nahmen mehrheitlich nicht Anstoß daran, dass die männliche Bezeichnung z.B. von Berufen auch für Frauen verwendet wurde, sie verstanden das oft eher als Anerkennung ihrer Leistung. Feministische Kritik daran nach der Vereinigung fanden sie auf Grund ihrer Erfahrungen abgehoben und realitätsfern, eine Frauenquote nicht selten als Abwertung ihrer individuellen Leistung.



AUSSTELLUNGSTHEMEN





Kombinierfahrerinnen der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Landmaschinenbau, Glückwunschkarte zum 8. März 1969 (Foto: Gahlbeck, Bundesarchiv DA 5/7378, Vorlage Bild 183-G 0703/14/1)

8. MÄRZ

Der internationale Frauentag erinnert an die frühen Streiks der Textilarbeiterinnen in den USA im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. „Her mit dem ganzen Leben: Brot und Rosen!“ So klang der Ruf nach menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen und höheren Löhnen.

20.000 Näherinnen gingen 1909 in New York für sichere Arbeitsbedingungen auf die Straße: Ihr Erfolg begründete im gleichen Jahr den nationalen Frauentag und löste auch in Europa die Diskussion um einen internationalen Frauentag aus. Auf Initiative von Clara Zetkin beschloss 1910 die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen den Internationalen Frauentag, der dann im März 1911 erstmalig unter der Parole „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ in mehreren Ländern gefeiert wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der DDR wie in der BRD die Erhaltung des Friedens zum Hauptanliegen des Internationalen Frauentages. In den 1960er Jahren gab es in der BRD keine Veranstaltungen mehr zu diesem Tag.

In der DDR dagegen wurde der Internationale Frauentag am 8. März zum festen Datum in der Gesellschaft: Nunmehr weniger ein Kampftag für Frauenrechte als ein Ehrentag für die (berufstätige) Frau. Die Feiern in den Betrieben organisierte der FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund). Zum Programm gehörten Ehrungen für verdiente Frauen, Kultur und Unterhaltung. Selbstverständlich wurde auch getanzt. Die Wertschätzung und Anerkennung, aber auch das Feiern und der Spaß miteinander gaben diesem Tag seine besondere Bedeutung.

Zu DDR-Zeiten, da war der 8. März noch was. Der Wirtschaftsleiter hat sich bedankt und dann war Tanz und Essen. Ohne Ehemänner, das war rein betrieblich. Das waren tolle Partys! Nur Frauen – da geht es auch ab!

REGINE DOERWALD

Im letzten Jahr habe ich einen internationalen Frauentag organisiert. Wir haben Flüchtlingsfrauen eingeladen, die Gleichstellungsbeauftragte hier hat uns unterstützt – es war eine wunderschöne Feier.

INGRID FRENINEZ

Wir haben als Betriebsrat einen Aushang gemacht: ein Rosenbild mit „Herzlichen Glückwunsch zum Frauentag“.

Sonst ist gar nichts. Ich würde es schön finden, wenn vom Betrieb auch eine kleine Geste kommt.

STEFFI KIETZMANN-URBACH

Die Chefs – damals waren die Chefs immer Männer – die waren verpflichtet, dort anzutanzten und mit den Frauen zu tanzen.

GISELA KULIK

Die Pflichtveranstaltungen hat man wahrgenommen, um mal die Frauen, die man sonst nur in der Fleischerkleidung sieht – und sie mich im Schlosseranzug – auch mit schöner Garderobe zu sehen, lustig zu sein und sich bedienen zu lassen. Aber sonst hat mir das nicht so viel bedeutet.

INGRID FRENINEZ

Ich möchte den Internationalen Frauentag nicht missen. Für Frauenrecht zu kämpfen und die erkämpften Rechte dann auch wirklich zu leben, das ist eigentlich etwas Besonderes.

HEIKE TAUBE

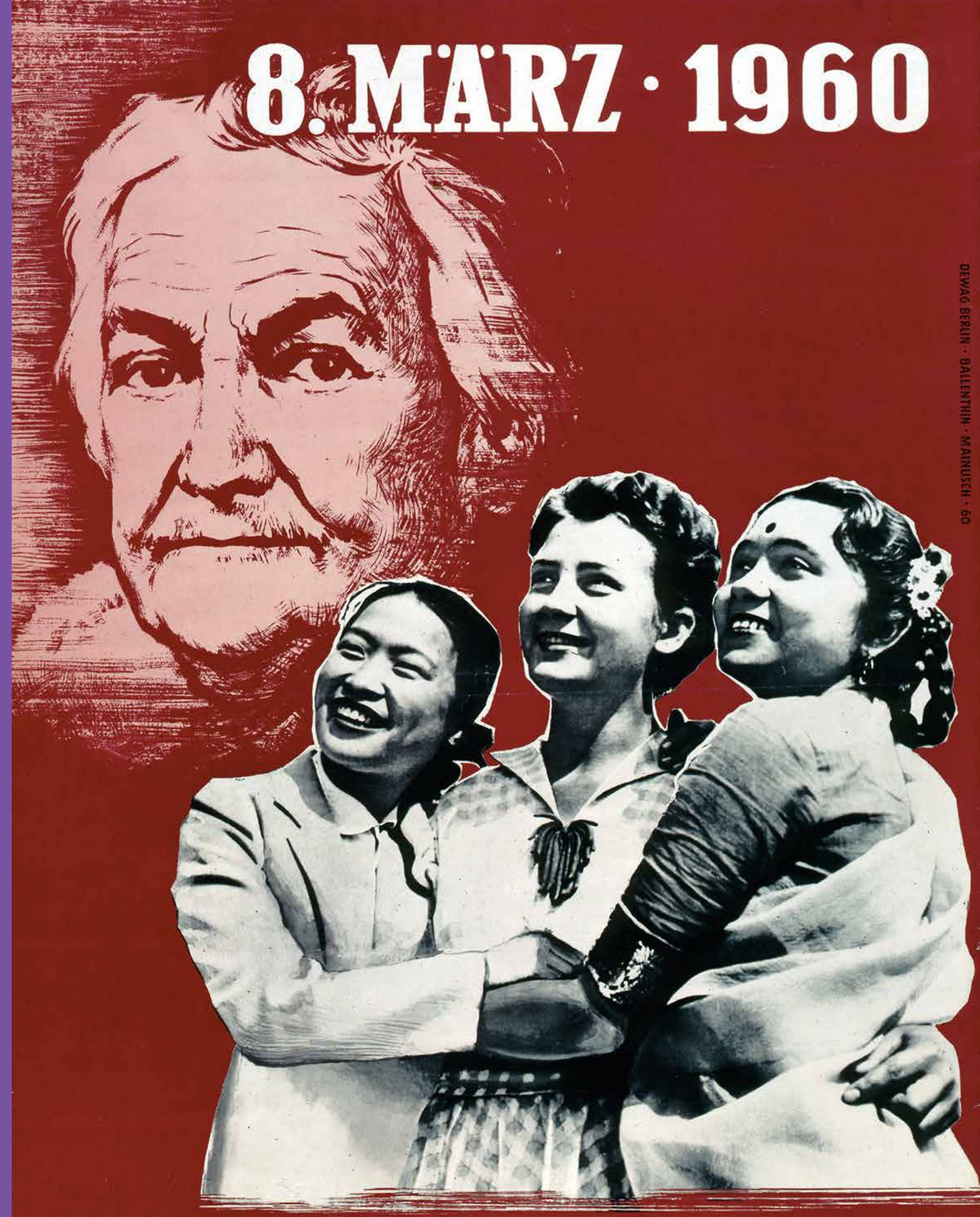
Wir haben immer versucht, am 8. März etwas auf die Beine zu stellen. Aber so richtig Anklang hat das nie gefunden. Entgelt-Gleichheit hatten wir als Thema zur Diskussion gestellt. Voriges Jahr haben wir Rosen verteilt und sind mit Flyern zu jeder Frau an den Arbeitsplatz. „Das ist ja toll, dass mal jemand dran denkt“ kam dann schon als Reaktion.

MARINA LANGE

Manchmal haben wir es geschafft, dass die Männer gesagt haben, wir betreuen euch heute: mit Schürzchen und Kulturprogramm. Da gab es auch Geld, den Kulturfonds. Damit konnten wir kaltes Buffet bestellen oder eine Kapelle – es wurde gern getanzt.

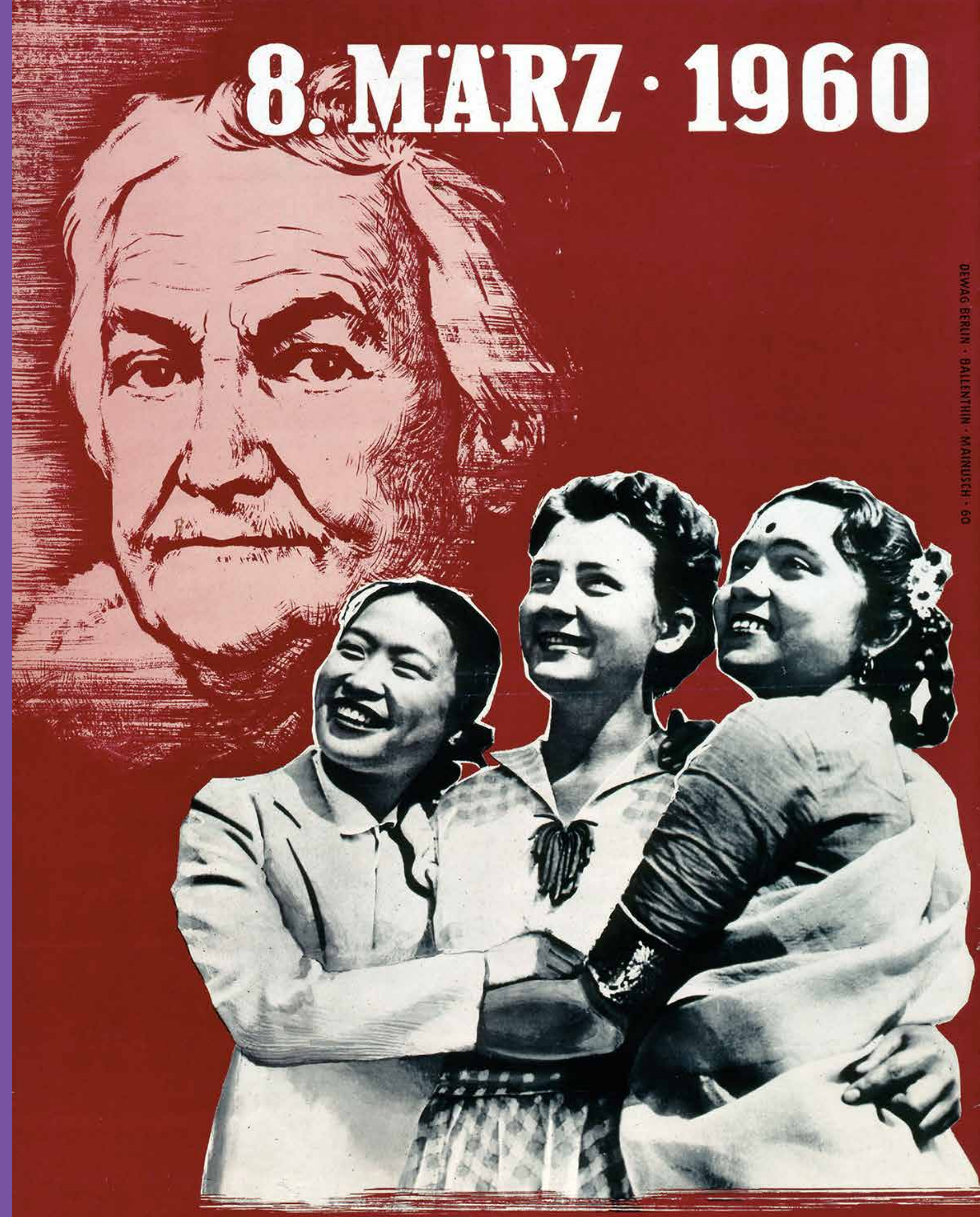
HELGA KÄSTNER

8. MÄRZ · 1960



DEWAG BERLIN · BALLENTIN · MAINUSCH · 60

8. MÄRZ · 1960



DEWAG BERLIN · BALLENTHIN · MAINUSCH · 60



Vorwärts



Heraus mit dem Frauenwahlrecht

FRAUEN-TAG

8. MÄRZ 1914

Den Frauen, die als Arbeiterinnen, Mütter und Gemeindegliederinnen ihre volle Pflicht erfüllen, die im Staat wie in der Gemeinde ihre Steuern entrichten müssen, hat Voreingenommenheit und reaktionäre Gesinnung das volle Staatsbürgerrecht bis jetzt verweigert.

Dieses natürliche Menschenrecht zu erkämpfen, muß der unerschütterliche, feste Wille jeder Frau, jeder Arbeiterin sein. Hier darf es kein Ruhen kein Rasten geben. Kommt daher alle, ihr Frauen und Mädchen in die am

Sonntag den 8. März 1914 nachmittags 3 Uhr stattfindenden

9 öffentl. Frauen-Versammlungen

1857

Erste Streiks der New Yorker Textilarbeiterinnen für menschenwürdige und sichere Lebens- und Arbeitsbedingungen und für höhere Löhne.

1909

20.000 Näherinnen streiken für diese Forderungen. Das Ergebnis : 1. nationaler Frauentag in den USA.

1910

II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen. Mehr als 100 Delegierte aus 17 Ländern beschliessen einen jährlichen Internationalen Frauentag.

1911

1. Internationaler Frauentag:

1913 beteiligen sich bereits Frauen aus 9 Nationen daran. Die Parole des 1. Internationalen Frauentages lautet „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“.

1914-1918

Während des Ersten Weltkrieges löst sich die Frauen-Internationale in ihre nationalen Bestandteile auf.

1919

Weimarer Verfassung: Das Frauenwahlrecht wird festgeschrieben. Das Hauptziel scheint erreicht – um den Sinn des Internationalen Frauentags wird nun gestritten.

1921

II. Internationale Konferenz der Kommunistinnen

(zu denen jetzt Clara Zetkin gehört): Der 8. März wird als Datum für einen einheitlichen Internationalen Frauentag festgelegt. Dieses Datum soll an die vielen russischen Textilarbeiterinnen in St. Petersburg erinnern, die 1917 unter der Parole „Frieden und Brot“ streikten.

1925

Auch die SPD-Frauen beschliessen, den Frauentag wieder zu begehen. Zentrales Thema ist nun das Recht der Frauen auf Erwerb.

1932

Der Internationale Frauentag ist ein Kampftag gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Dies ist für viele Jahre der letzte Internationale Frauentag in Deutschland.

seit 1946

In der DDR wird der Internationale Frauentag am 8. März ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Das Thema „Erhaltung des Friedens“ steht im Vordergrund, dann wird der Tag mehr und mehr ein Ehrentag für die berufstätige Frau.

1949

Auch in der BRD ist am Internationalen Frauentag die Erhaltung des Friedens Thema – doch in den 1960er Jahren finden keine Veranstaltungen mehr statt. Erst mit dem von der UNO ausgerufenen „Jahr der Frau“ 1975 wird auch von Gewerkschafterinnen die Diskussion über die Rechte und Stellung der Frau in Arbeit und Gesellschaft neu belebt.

1982

Der 12. Ordentliche Bundeskongress des DGB beschließt, dass der 8. März als Internationaler Frauentag von den DGB-Gewerkschaften begangen wird. Auf Veranstaltungen und mit vielfältigen Aktionen fordern Gewerkschafterinnen seitdem gemeinsam mit Fraueninitiativen die Gleichstellung der Frauen in Arbeit und Gesellschaft.





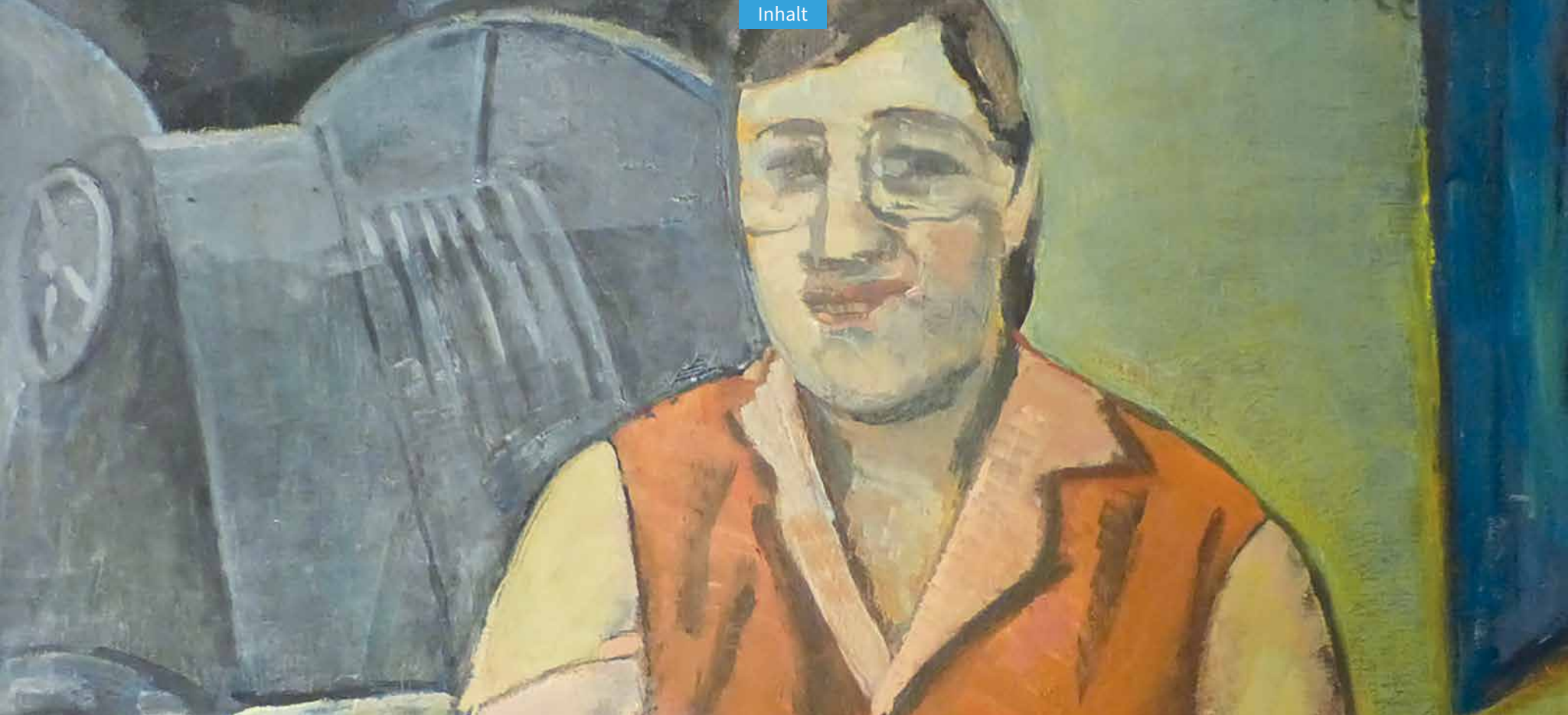
Frauentag 1964 (Foto: Glienke, Picture Alliance / ZB)



Frauen feiern 1981 (Foto: Sewcz, Bundesarchiv Bild 226-247)



*Frauentagsfeier im Betrieb 1980er Jahre
(Foto: Sammlung Kerber Lange)*



Porträt Jutta Birkholz - Arbeiterin (Ausschnitt), Claudia Borchers 1983, Öl auf Leinwand (Schaudepot Beeskow, Abbildung: Goedecke)

ARBEIT

Arbeit ist im sozialistischen Weltbild nicht nur ‚erstes Lebensbedürfnis‘ (Karl Marx), sondern auch Motor für die Entwicklung der Gesellschaft: Sie sichert die materiellen Grundlagen und ist zugleich der Ort, an dem die Menschen kooperativ, solidarisch und gleichberechtigt zusammenarbeiten. In dieser Perspektive war die Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozess nicht nur ökonomische Notwendigkeit, sondern zugleich die Einlösung eines Emanzipationsversprechens.

Vorrangig aber zwang der große Arbeitskräftemangel den Staat, möglichst vielen Frauen eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und sie auch ideologisch dafür zu gewinnen. Dazu gehörten „Hausfrauenbrigaden“ für temporäre Einsätze in der Produktion und der Ernte, besondere Qualifizierungsangebote und Maßnahmen zur Entlastung der Frauen bei Haushalt und Kindererziehung. Auch die betriebseigene ärztliche Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeit- und Ferienangebote bis hin zu Friseur- und Kosmetiksalon sollten Arbeit und private Lebensführung in Einklang bringen. Der Erfolg dieser auch vom FDGB gestützten Politik schlug sich in der stetigen Zunahme erwerbstätiger Frauen nieder. Die elementare Erfahrung ökonomischer Unabhängigkeit trug neben der gesellschaftlichen Anerkennung zum Selbstbewusstsein der arbeitenden Frauen bei. Erwerbstätigkeit bleibt auch nach der Wende im Selbstverständnis der ostdeutschen Frauen fest verankert.

Ich hab Arbeit nicht als Zwang empfunden. Ich wollte auch arbeiten, es wäre schlimm für mich gewesen, wenn ich hätte zuhause bleiben müssen.

REGINE DOERWALD

Die Frau hat durch Rübenhacken auf dem Feld manchmal mehr eingenommen als der Mann. So dass auch der Stolz der Frauen aufkam, ich habe mein eigenes Geld, ich habe es verdient.

HEIDI ZEIDLER

Wir waren zu sicherheitsverwöhnt, die Arbeit war da, das Einkommen auch. Man konnte vernünftig planen. Das war wirklich eine gesicherte Zukunft gewesen, für alle Beteiligten. Wer mehr gemacht hat, hat halt mehr gekriegt, das ist heute genauso. Wer mit dem zufrieden war, was da war, da war es halt so. Aber es gab nicht diese inneren Unruhen. Wir sind das nicht gewöhnt gewesen, von einem Tag auf den anderen oder in den Tag hinein zu leben.

HEIKE TAUBE

Ich wollte niemals für Kinder meinen Beruf aufgeben, niemals. Ich hatte auch einen Partner, der dazu gestanden hat, meinen Mann.

INGRID FRENINEZ

Die Selbstverwirklichung braucht man: Dass man gefragt wird, dass man ein Ergebnis bringt, dass man Höhen und Tiefen hat, aber sieht, dass man etwas geleistet hat. Ich kenne heute viele junge Frauen ohne Berufsausbildung – was soll aus denen werden? Ich würde ihnen die Möglichkeit geben, eine Berufsausbildung zu machen – und wenn man sie dahin tragen muss.

INGRID FRENINEZ

Die Ausbildung zum Schaltanlagenmonteur in einer Sonderklasse war schwer für mich – es war viel Technik. Aber am Ende der Ausbildung konnte ich, wenn mir der Ingenieur einen Bauschaltplan hingelegt hat, daraus einen Stromlaufplan entwickeln.

GISELA KULIK

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik 1968 (Fassung von 1974):

Art. 24 (2) Gesellschaftlich nützliche Tätigkeit ist eine ehrenvolle Pflicht für jeden arbeitsfähigen Bürger. Das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit bilden eine Einheit.

1950

18,4 Millionen Menschen leben in der DDR. Der Anteil der Frauen beträgt 55,6 %, ihre Erwerbsquote liegt bei 52,5 %.

1961

Die Volkskammer beschließt das Gesetzbuch der Arbeit. Kapitel 11 verpflichtet Staatsorgane und Betriebsleiter: „...alle Voraussetzungen zu schaffen, die es den Frauen ermöglichen, am Arbeitsprozeß teilzunehmen, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entwickeln und zugleich ihrer hohen gesellschaftlichen Aufgabe als Mutter gerecht zu werden.“

1967

Einführung der durchgängigen 5-Tage-Arbeitswoche mit 43 3/4 Stunden – allerdings gelten nun einige christliche Feiertage nicht mehr als arbeitsfrei.

1970

Die Erwerbsquote der Frauen liegt bei 66,1 %.

1978

Das neue Arbeitsgesetzbuch tritt in Kraft. In Kapitel 12 werden „besondere Rechte der werktätigen Frau und Mutter“ ausgeführt:

§ 160. Dauer der Arbeitszeit. (1) Die Politik des sozialistischen Staates ist auf den weiteren schrittweisen Übergang zur 40-Stunden-Arbeitswoche durch die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ohne Lohnminderung bei Beibehaltung der 5 Tage Arbeitswoche gerichtet.

§ 240. Grundsatz. (1) Der Betrieb ist verpflichtet, werktätigen Frauen mit Kindern durch die planmäßige Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen immer bessere Möglichkeiten zu schaffen, ihre berufliche Tätigkeit und Entwicklung mit ihren Aufgaben als Mutter und in der Familie zu vereinbaren.

1980

Die Erwerbsquote der Frauen (DDR) liegt bei 73,2%.

1989

Die Erwerbsquote der Frauen liegt bei 78,9 % – Auszubildende und Studierende eingerechnet sind es 91,2 %.

1990

Das Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik wird durch den Einigungsvertrag aufgehoben; lediglich Teile bleiben bis 1993 in Kraft.

1990 - 1994

Erwerbsquote Frauen: Neue Bundesländer 83,7 %
Alte Bundesländer 64,7 %

2005 - 2009

Erwerbsquote Frauen: Neue Bundesländer 81,6 %
Alte Bundesländer 71,8 %

2016

Erwerbsquote Frauen:
Neue Bundesländer 76,4 %
Alte Bundesländer 72,7 %



Quellen für die Zahlenangaben

Erwerbsquote bis 1989:

Frauenreport 90, Gunnar Winkler (Hg.), im Auftrag der Beauftragten des
Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Dr. Marina Beyer,
Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1990

Erwerbsquote bis 2009: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/13541/>
(abgerufen am 11.01.2018)

Erwerbsquote 2016: www.sozialpolitik-aktuell.de (abgerufen am 11.01.2018)



*Hausfrauenbrigade als Erntehelfer 1960
(Foto: Archiv historische Alltagsfotografie)*

1978

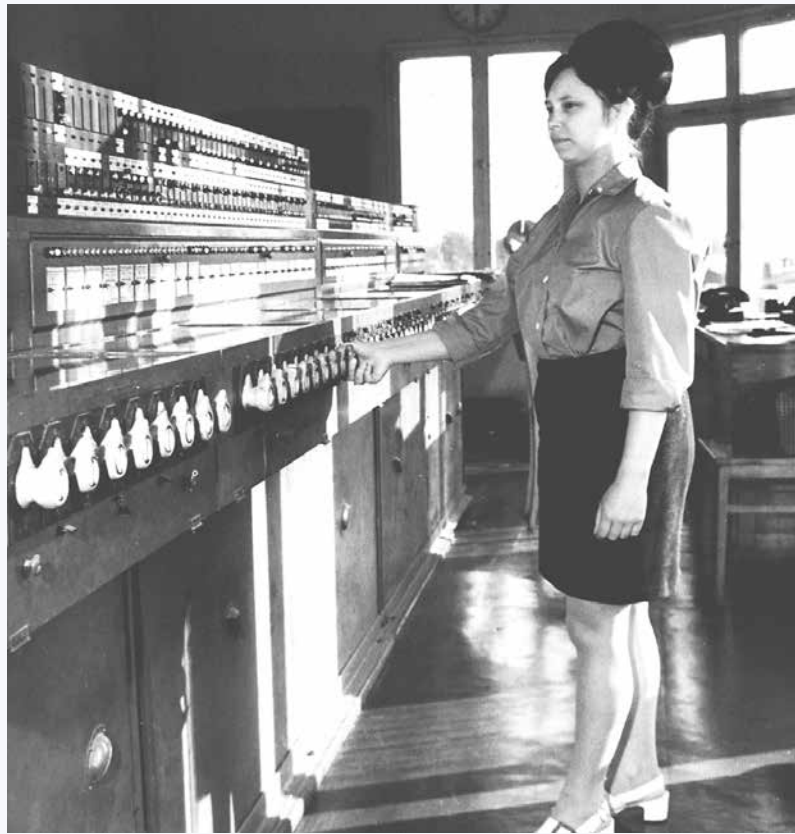


Am 1. Januar tritt das Arbeitsgesetzbuch der DDR in Kraft. Sechs Monate hatte der Entwurf zur Diskussion gestanden. Über 147 000 Vorschläge führten zu 90 inhaltlichen und 144 redaktionellen Änderungen.

Illustrierte „Für Dich“ 41/1978 (Archiv historische Alltagsfotografie)

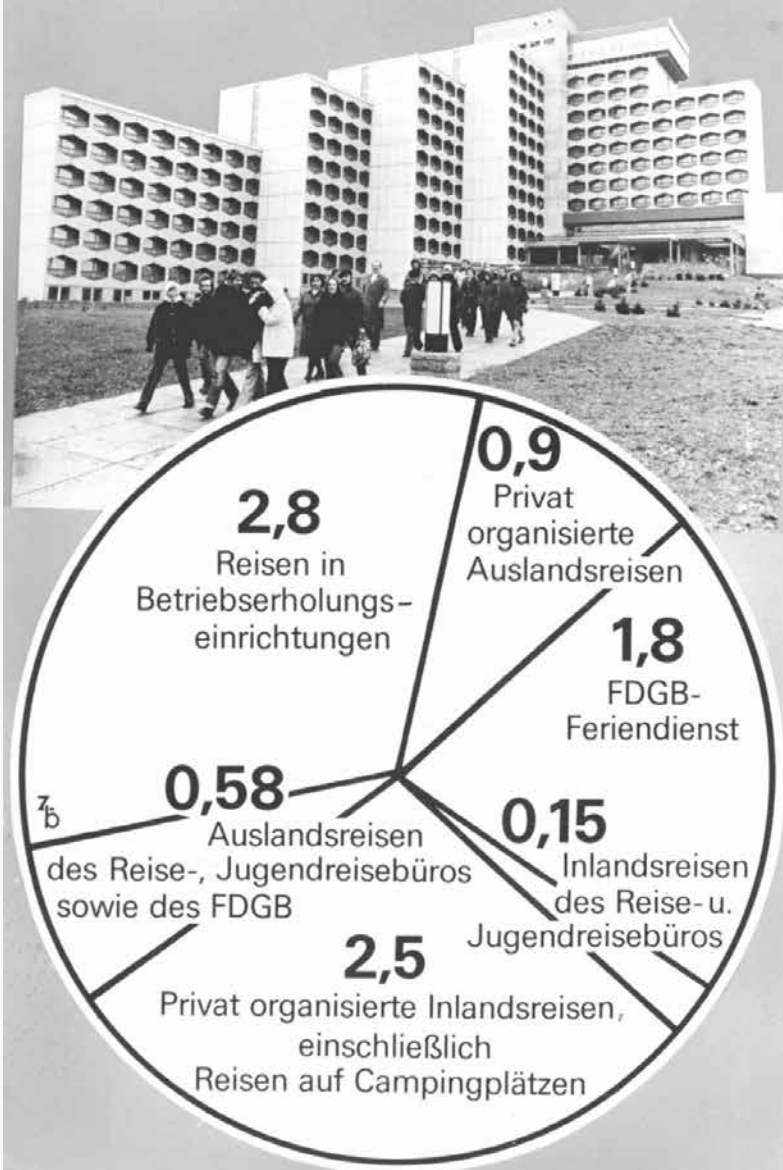


Obertrikotagenwerk 1979 (Foto: Ludwig/Bundesarchiv Bild 183-U0213-0303)



Stellwerkswärterin (Foto: VBN-Verlag)

8,7 Millionen Bürger
hatten 1980 eine Urlaubsreise



Grafik FDGB 1980 (Bundesarchiv Bild 183-Z0619-022)



Equal Pay Day, DGB-Aktion Berlin 2016
(Foto: Neumann)

GLEICHBERECHTIGUNG

Mit Gesetzen und Verordnungen, Frauenförderplänen und Sonderstudiengängen versuchte die Regierung, Frauen für qualifizierte und leitende Tätigkeiten zu gewinnen – auch in Männerdomänen des gewerblich-technischen Bereichs. Das Ziel war, über Qualifizierung eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Schaut man in die Statistiken zur Verteilung der Frauen auf Berufsfelder und Lohngruppen sowie zu ihrem Anteil an Führungspositionen in Wirtschaft, Staat und Politik, werden jedoch die Grenzen der Umsetzung sichtbar: Schon die Berufswahl der Schulabgängerinnen zeigt, dass der regionale Arbeitskräftebedarf ebenso wie traditionelle Rollen- und familiäre Vorbilder die jungen Frauen in typische Frauenberufe lenkten. Die Mehrheit arbeitete im Bildungs- und Gesundheitswesen, im Handel oder im Dienstleistungsbereich. In den industriellen Sektoren waren Frauen häufig als an- und ungelernte Arbeitskräfte unterhalb ihrer beruflichen Qualifikation eingesetzt und entsprechend niedriger entlohnt. Selbst in derselben Lohngruppe wurden Männer oft (durch diverse Zulagen) besser bezahlt. Die Aufstiegschancen von Frauen – auch mit Parteibuch – endeten in der Regel auf der mittleren Leitungsebene.

Selbst Haushaltstag, Babyjahr und kürzere Arbeitszeiten – Maßnahmen, die Frauen die Erwerbstätigkeit erleichtern sollten – wurden zum Hindernis für die Gleichberechtigung: Sie galten der Hausfrau und Mutter, nicht auch dem Vater und Ehemann. So blieb die traditionelle Rollen- und Aufgabenverteilung erhalten – und damit auch die „Zweite Schicht“ für die Frauen.

Wir haben Familie und Beruf gelebt – was heute so eine große Schlagzeile ist –, es gehörte für uns zusammen. Auch zur Selbstverwirklichung der Frau.

INGRID FRENINEZ

Der Kollege, also der 2. Produktionsleiter, hatte mehr Geld. Das war so. Das war richtig mehr. Aber mir hat man gesagt, du bist noch jung und fängst erst an.

REGINE DOERWALD

Es wurde krampfhaft ein Gruppenleiter gesucht, und dann hab ich das halt gemacht. Aber das war eine Ebene, nach der dann Schluss war: Abteilungsleiter oder gar technischer Direktor, da gab es keine Frauen.

GISELA KULIK

Es gab viele Gesetze, die die Frauen hätten in Anspruch nehmen können – gegen die Zwänge, denen sie unterlegen waren. Die Betriebsleiter waren nicht alle freundlich zu Frauen... . Es war so wie heute: Wo kein Kläger ist, ist kein Richter. Wenn nichts gesagt wurde, konnten wir als Gewerkschaft auch nichts unternehmen.

HEIDI ZEIDLER

Das sollte ein Frauensonderstudium werden. Aber man hat die Klasse nicht voll bekommen, hat doch viele Männer aufgenommen und dann nannte es sich Abendstudium.

GISELA KULIK

Ich war die einzige Schlosserin, die je dort gearbeitet hat. Ich habe das Gleiche verdient wie meine Kollegen.

INGRID FRENINEZ

Nach der Lehrausbildung sollte ich noch ein Ingenieursstudium machen, weil ich gut war. Dann kam aber meine Tochter und dann ist das im Sand verlaufen. Mit den Kindern – das hätte ich nicht mehr gewollt. Das Meisterstudium, das habe ich gemacht.

REGINE DOERWALD

Frauen und Männer haben heute nicht dieselben Chancen, eine höhere Lohngruppe zu erreichen. Männer sind an jeder Maschine mit diesen großen Teilen einsetzbar – Frauen nicht. Dabei ist das gar nicht der Anspruch der Stellenbeschreibung, diese Einsetzbarkeit. Oder sie gucken nach freiwilliger Mehrarbeit: „Ja, du hast immer sonnabends gearbeitet, du kriegst die Lohnstufe höher.“ Und viele nehmen sich halt keinen Betriebsrat mit dazu, wenn sie solche Gespräche haben.

MARINA LANGE

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968 (Fassung von 1974) :
Art. 20 (2) Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.

1952

Beschluss der Regierung der DDR, dass in allen Betrieben staatliche Frauenförderpläne als Bestandteil der Betriebskollektivverträge zu erarbeiten und zu realisieren sind.

1965

Die Volkskammer der DDR beschließt das „Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik“. Grundsatz: Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Lebensbereichen.

1966

Erlass einer Anordnung über die Aus- und Weiterbildung von Frauen für technische Berufe und den Einsatz in leitenden Funktionen. Frauen mit Kindern soll eine Aus- und Weiterbildung während der Arbeitszeit ermöglicht werden.

1967

Einführung von Sonderklassen für berufstätige Frauen an Fachschulen: Im Abendstudium erhalten Frauen eine Freistellung an 2 Wochentagen bei vollem Lohnausgleich; während eines Direktstudiums bis zu 80 % des Nettolohns.

1970

Einführung eines Sonderstudiums an Hoch- und Fachschulen für Frauen. Ministerrat und FDGB beschließen eine Richtlinie zur Gestaltung der Frauenförderpläne. Schwerpunkte: Qualifizierung in technischen Berufen, Vorbereitung für mittlere und leitende Funktionen.

1981

Erlass einer 4. Anordnung zur Durchführung des Frauen-Sonderstudiums an den Hoch- und Fachschulen der DDR: erweiterte Absicherungen durch Stipendien und Lohnausgleich, Freistellungen und Arbeitsplatzsicherung.

1997

Für alle Mitgliedsstaaten der EU wird Gender-Mainstreaming als verbindlich festgelegt. Gender-Mainstreaming soll dazu führen, dass in allen Phasen der Planung, Durchführung und Auswertung von Maßnahmen die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern und die Auswirkungen auf beide Geschlechter berücksichtigt werden.

2008

Erster „Tag für gleiche Bezahlung“ (Equal Pay Day) in Deutschland. Die „Business and Professional Women“ greifen eine Idee aus den USA auf: Seit 1966 machen dort zehntausende Frauen und Männer mit Aktionen auf den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen aufmerksam.

2015

Der Deutsche Bundestag beschließt ein Gesetz für die „gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen“. U.a.: Die 108 börsennotierten mitbestimmungspflichtigen Unternehmen in Deutschland müssen Aufsichtsräte mit mind. 30 % Frauen besetzen.

2017

10. Equal Pay Day in Deutschland mit großer Beteiligung von Gewerkschaften und Frauenorganisationen. In Deutschland verdienen Frauen durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer.



Wir wollen

FACHARBEITER

werden!



GRUNDSCHULE



Betriebe-

stellt Lehr-und Arbeitsplätze für uns bereit!



Schaufenster 1960er Jahre (Foto: Sewz/bpk)

Meine Mutti ist Abteilungsleiter (Auszug)

*Meine Mutti ist Abteilungsleiter,
alle Tage, alle Tage steht sie ihren Mann.
Nur zu Hause kommt sie gar nicht weiter,
packe ich im Haushalt nicht mit an. ...*

*Habe ich dann manchmal eine Frage,
meine Mutti, meine Mutti, die ist nämlich klug.
Ist ihr jede Antwort eine Plage,
und sie sagt: „Sei still, ich hab genug!“ ...*

*Deshalb mach ich ihr die Arbeit leichter
und ich spiele, und ich spiele erst wenn alles blüzt,
denn dann hab ich mehr von meiner Mutti,
und ich habe ihr und mir genützt.*

Kinderlied (Text: Heinz Kahlau / Musik: Hans Naumikat)

Wir stellen in unseren
neuzeitlich eingerichteten
Lehrwerkstätten
noch Mädchen als
Maschinenschlosser ein.

*Eine einwandfreie Ausbildung durch
qualifizierte Lehrkräfte ist gewährleistet
und eröffnet den Jugendlichen bei
Eignung die Möglichkeit
des Hochschulstudiums.*





Das erste Studienjahr für Frauen in Sonderklassen an Fachschulen der DDR beginnt. Sie bieten Frauen mit besonderer familiärer Belastung und Nachholebedarf an Bildung günstige Studienbedingungen.

Förderung Frauenstudium 1967 (Archiv historische Alltagsfotografie)



Grafik ADN-Zentralbild (Bundesarchiv Bild 183-1985-0819-023)



Buna Aphorismen: Das Liebespaar (Ausschnitt), Vera Singer, 1977,
Öl auf Hartfaser (Nachlass Vera Singer/Peter Rögellin, Schaupdepot Beeskow, Abbildung: Goedecke)

FAMILIE

Die Gründung einer Familie wurde in der DDR auf vielfältige Weise gefördert: Sichere Arbeitsplätze, Ehekredite, bevorzugte Zuteilung einer Wohnung und weitere auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtete Maßnahmen sollten die Entscheidung für Kinder und Familie erleichtern.

Das Betreuungsangebot wurde nach und nach ausgebaut. Krippen, Kindergärten, Schulhorte, Ferienlager und Wochenkrippen deckten einen erheblichen Teil der Zeiten ab, die Mütter und Väter im Betrieb verbrachten. So war es für Frauen möglich, neben der Versorgung der Familie zu arbeiten.

Das erklärte politische Ziel war es, Frauen mit Kindern in den Arbeitsprozess einzubinden – möglichst in Vollzeit. Die Entscheidung für ein Leben als Hausfrau widersprach der gesellschaftlichen Norm und war für die meisten Frauen und Familien auch materiell keine Alternative. Teilzeitarbeit war bereits in den 1960er Jahren nicht vorgesehen und wurde nur auf Antrag und bei besonderen Lebensumständen gewährt.

Für viele Frauen blieb es schwierig, die Bedürfnisse der Kinder mit den Arbeitszeiten zu vereinbaren. Der Geburtenrückgang seit Mitte der 1960er Jahre zeugte von einer privaten Lösung dieses Zwiespalts.

Der Staat reagierte: Weitere Vergünstigungen für Mütter und Familien wurden eingeführt, 1976 auch ein „Babyjahr“ nach der Geburt eines Kindes. Die Geburtenzahlen stiegen danach wieder an und blieben bis zur Wendezeit fast konstant.

Wenn ich zur Arbeit ging, hat die Chefin meines Mannes, die auch in Golzow gewohnt hat, unser Kind in Empfang genommen und es zur Kinderkrippe gebracht. Mein Mann hat es nachmittags wieder geholt. Das hat super funktioniert.

HEIKE TAUBE

Bei dem Sohn hatte ich mehr Zeit. Der konnte schon tippeln, als er in die Krippe ging. Überlegungen wie heute – ich bleibe einfach zuhause – das kannten wir gar nicht. Das hat mit der Krippe auch alles super funktioniert und man hat sich damit abgefunden.

STEFFI KIETZMANN-URBACH

Für Mütter, die zurück ins Berufsleben gekommen sind, hat man so genannte ‚Muttischichten‘ eingerichtet; die haben generell von montags bis freitags nur Frühschicht gemacht. Man hat sich dadurch die Person und deren Qualifikation erhalten.

HEIKE TAUBE

Ich habe den normalen Mutterschutz – 6 Wochen vorher und 8 Wochen hinterher – genommen. Wir hatten auch einen Krippenplatz, weil der Betrieb mich haben wollte. Auch bei uns gab es nicht endlos Krippenplätze. Es gab auch Wartezeiten, aber es spielte eine Rolle, aus welchem Betrieb ich gekommen bin – es war ein Exportbetrieb.

INGRID FRENINEZ

Ich habe meine Mutter aktiviert als ich noch keinen Krippenplatz hatte. Die wohnte am anderen Ende der Stadt. Meistens haben wir uns noch gesehen, aber manchmal war es auch so, dass ich losgegangen bin zur Straßenbahn und sie war noch nicht da. Und ich saß dann in der Schule und habe immer überlegt: Ist sie nun gekommen oder nicht? Aber sie ist immer gekommen – es ist nie etwas passiert.

GISELA KULIK

Dann hatte ich eine richtige Wohnung und damit schlagartig alle vier Kinder zuhause. Vorher lebten sie in einem Kinderheim. Meine Mutter hatte mich sehr beeinflusst: Kinder müssen vernünftig untergebracht werden, die müssen regelmäßig ihr Essen und Trinken haben. Daran habe ich mich gehalten und leider meine Kinder nicht groß werden sehen in dem entscheidenden Alter.

HEIDI ZEIDLER

1950

Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau in der DDR
(Fassung von 1950), u.a.:

- Mutterschutzfrist für 11 Wochen mit Lohnausgleich
- Staatliche Geburtsbeihilfe: 100 Mark ab dem 3. Kind, 250 Mark ab dem 4. Kind, 500 Mark für weitere Kinder

1961

Aus dem Gesetzbuch der Arbeit der DDR (Fassung von 1961):

- Werktätige sind freizustellen, wenn es zur Pflege ihres erkrankten Kindes erforderlich ist

1965

Aus dem Familiengesetzbuch der DDR (Fassung von 1965):

§1 (1) Der sozialistische Staat schützt und fördert Ehe und Familie. Staat und Gesellschaft nehmen durch vielfältige Maßnahmen darauf Einfluß, daß die mit der Geburt, Erziehung und Betreuung der Kinder in der Familie verbundenen Leistungen anerkannt und gewürdigt werden.

1972

Erweiterung der familienpolitischen Maßnahmen in der DDR, u.a.:

- 40-Std.-Arbeitswoche für voll erwerbstätige Mütter mit 3 Kindern unter 16 Jahren
 - Staatliche Geburtenbeihilfe: 1000 Mark bei der Geburt des Kindes (in Teilbeträgen, gebunden an Beratungen)
 - Ehekredit in Höhe von 5000 Mark für junge Ehepaare (beide nicht älter als 26 Jahre)

1976

Weitere Maßnahmen, u.a.:

- 40-Std.-Arbeitswoche für Mütter mit 2 Kindern unter 16 Jahren
- Einführung des Babyjahres ab dem 2. Kind für Verheiratete und ab dem 1. Kind für Alleinstehende
- Verlängerung des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs auf 26 Wochen

1977

Aus dem Arbeitsgesetzbuch der DDR:

- Kündigungsschutz für Schwangere, Mütter und Väter mit Kindern im Alter bis zu einem Jahr und für Alleinerziehende mit Kindern im Alter bis zu drei Jahren

1986

Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Familien mit Kindern in der DDR, u.a.:

- Babyjahr ab dem ersten Kind für alle Mütter mit Lohnfortzahlung (max. 90 % des Nettoeinkommens)

2001

Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes, u.a.:

- ‚Erziehungsurlaub‘ wird ‚Elternzeit‘
- beide Eltern können gleichzeitig Elternzeit nehmen (max. 3 Jahre)

2013

Achtes Sozialgesetzbuch - SGB VIII :

- Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Nicht nur berufstätige, sondern alle Eltern können einen Anspruch geltend machen

2015

Elterngeld Plus:

- Verlängerung des Bezugs bei geringerem Betrag auf maximal 24 bzw. 28 Monate
 - bei paralleler Teilzeitarbeit der Eltern und für Alleinerziehende Verlängerung um jeweils 4 Monate



Frauen, Petra Hachulla Fleming, 3-teiliges Tafelbild (linker Teil), 1974
Parthelanhalle Naunhof, (cc) BY-SA 3.0



Familienausflug 1957 (Foto: Sammlung Kästner)



Erntekindergarten 1960 (Archiv historische Alltagsfotografie)



Ausflug um 1965 (Foto: Sammlung Kästner)



Kinderkrippe 1989 (Foto: Hirndorf / Bundesarchiv)

Entwicklung der Kindergartenbetreuung

Jahr	Einrichtungen	betreute Kinder	Betreuungsgrad *
1950			205
1955	8 527	350 332	345
1960	11 508	458 678	461
1970	13 105	654 658	645
1980	12 233	664 478	922
1985	13 148	788 232	899 / 940 **
1986	13 265	779 712	934
1987	13 334	770 336	936
1988	13 402	764 423	940
1989	13 452	747 140	951

* Betreute Kinder in Einrichtungen der Vorschulerziehung je 1000 Kinder im Kindergartenalter.

** Bis 1965 Kinder von 3 bis unter 6 Jahren plus 9/12 der 6- bis unter 7-jährigen; ab 1986 Kinder von 3 bis unter 6 Jahren plus 7/12 der 6- bis unter 7-jährigen. Das Jahr 1985 wurde vergleichbar gemacht.

Quelle: Frauenreport '90, hrsg. von Gunnar Winkler, im Auftrag der Beauftragten des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Dr. Marina Beyer.

Verlag der Wirtschaft Berlin 1990



Sportspiele am Strand von Binz 1981 (Foto: Sammlung Zeidler)



Die zweite Schicht (Ausschnitt), Kurt Dornis, 1986, Mischtechnik auf Möbelspanplatte, 82 x 101 cm (Albertinum, Inv.-Nr. 88/02, © Albertinum, Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Foto: Elke Estel/Hans-Peter Klut)

HAUSHALTSTAG

Die Wäsche machen, sich mit Freundinnen treffen, zur Kosmetik gehen oder einen Ausflug mit den Kindern machen – der Haushaltstag wurde in der DDR vielfältig und gerne genutzt. Im Nationalsozialismus war ein unbezahlter Washtag für kriegsverpflichtete Frauen in der Rüstungswirtschaft eingeführt worden.

Im sowjetisch besetzten Sektor wurde dieser Washtag – gegen den massiven Protest der Frauen – nicht mehr genehmigt. Aber viele informelle und betriebliche Regelungen ermöglichten es berufstätigen Frauen, sich trotzdem für einen monatlichen bezahlten „Washtag“ frei zu nehmen. 1952 wurde der Haushaltstag in der DDR gesetzlich verankert.

Zunächst durften nur voll beschäftigte und verheiratete Frauen den Haushaltstag nutzen; später galt dies auch für alleinerziehende Mütter. Erst ab 1977 erhielten alleinstehende Frauen ab 40 Jahren, alleinstehende Männer mit Kindern und Männer mit einer pflegebedürftigen Ehefrau das Recht auf einen monatlichen freien Tag.

Im Grundsatz waren es jedoch die Frauen, die Anspruch auf den Tag hatten: Staat und Gesellschaft wiesen ihnen damit die Verantwortung für die Hausarbeit zu; die ungleiche Verteilung der Hausarbeit wurde zementiert.

Dennoch behielt der Haushaltstag bis in die heutige Zeit hinein eine emotionale Bedeutung: als Wertschätzung und Anerkennung der doppelten Leistung und Belastung von Frauen.

Dieser Haushaltstag war eine gesellschaftliche Einrichtung und das vermissen unsere Frauen seit 1990 unheimlich.

HEIDI ZEIDLER

In der Regel wurde der Tag sauber geplant. Da kamen natürlich auch Bemerkungen wie: Frau müsste man sein, aber das waren keine Anfeindungen.

INGRID FRENINEZ

Man hat diese Tage mitunter auch genutzt, um Zeit mit den Kindern zu verbringen. Nachteilig war: man konnte den Tag nicht als ganze Familie gemeinsam verbringen.

HEIKE TAUBE

Das ist generell so, dass viele sagen: Haushaltstag, das wäre nicht schlecht. Aber dafür war der Urlaubsanspruch auch weniger, ich glaube 18 Tage hatten Vollbeschäftigte zu DDR-Zeiten.

MARINA LANGE

Ich hab mir auch manchmal einen Bunten gemacht, aber meistens habe ich wirklich große Wäsche gemacht.

GISELA KULIK

Ganz ehrlich: Wir Mädels, wir waren ja mehrere – wir haben unsere Kinder abgegeben und dann sind wir nach Berlin zum Shoppen gefahren.

STEFFI KIETZMANN-URBACH

Mit dem Haushaltstag war es immer spannend. Wenn 20 Lehrerinnen an der Schule waren, hieß es 20 Tage im Monat zu vertreten!

HELGA KÄSTNER

Meistens habe ich Wäsche gewaschen und gebügelt, weil das bei vier und später fünf Kindern doch eine Menge war. Aber bei der Kosmetik bin ich auch ein paar Mal gewesen.

HEIDI ZEIDLER

Dass es den Haushaltstag gab – das sollte man nicht unterschätzen.

Der eine Tag im Monat war für alle Frauen schön und eine tolle Sache!

GISELA KULIK

Aus dem Arbeitsgesetzbuch der DDR (Fassung von 1977):

§185 (1) Vollbeschäftigte werktätige Frauen mit eigenem Haushalt erhalten monatlich einen Hausarbeitstag, wenn a) sie verheiratet sind
b) wenn Kinder bis zu 18 Jahren zum Haushalt gehören
c) pflegebedürftige Familienangehörige zum Haushalt gehören (...)
d) sie das 40. Lebensjahr vollendet haben.

1891

Für Arbeiterinnen wird die Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen auf 10 Stunden begrenzt, damit sie ihren Haushaltspflichten nachkommen können.

1939 - 1942

Etappenweise werden bis zu zwei unbezahlte freie Tage eingeführt, zunächst für Mütter, dann für alle deutschen („arischen“) Frauen, die 48 Stunden Wochenarbeitszeit und einen eigenen Hausstand haben.

1943

Der Haushaltstag wird gesetzlich verankert mit dem Ziel, die Einsätze von Frauen in den (Rüstungs-) Betrieben abzusichern.

1952

In der DDR wird der Haushaltstag nun gesetzlich geregelt. Anspruch haben verheiratete Frauen mit Kindern.

1965

In der DDR werden die Gruppen der Berechtigten erweitert: Auch nicht verheiratete Frauen mit Kindern unter 18 Jahren können jetzt den Haushaltstag nutzen.

1977

Der Ausbau wird fortgesetzt: Im Arbeitsgesetzbuch der DDR gibt es nun auch für alleinstehende Frauen über 40 Jahre und unter bestimmten Bedingungen auch für Männer einen Haushaltstag.

1979

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass der Haushaltstag mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik nicht vereinbar sei. Das Gericht sieht das Gebot der Gleichberechtigung verletzt.

1991

Mit Inkrafttreten des Arbeitszeitgesetzes für die Bundesrepublik ist der Haushaltstag nun in allen Bundesländern Geschichte.

LUCINDE WORRINGER

Buchtitel von 1954

(Abbildung: Archiv historische Alltagsfotografie)

Haushalt

**kurz
und
fröhlich**



für alle, die mal Hausfrau werden



Plakat 1947 (Bundesarchiv PLAKY 2/507)

Wenn Mutti früh zur Arbeit geht,
dann bleibe ich zu Haus.
Ich binde eine Schürze um
und feg die Stube aus.

Das Essen kochen kann ich nicht,
dazu bin ich zu klein.
Doch Staub hab ich schon oft gewischt.
Wie wird sich Mutti freun!

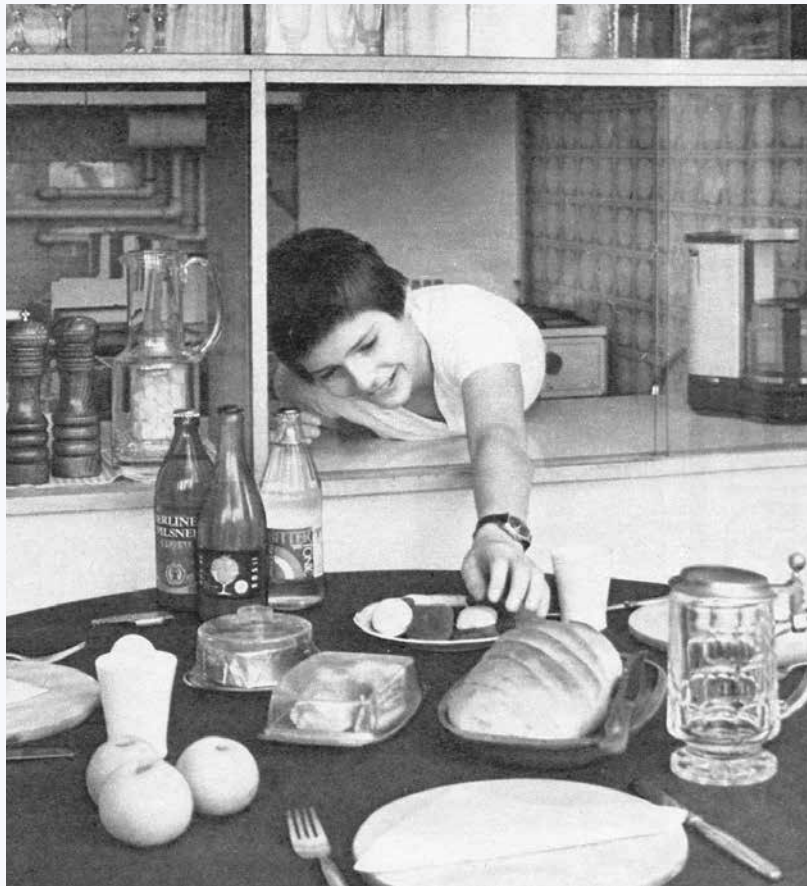
Ich habe auch ein Puppenkind,
das ist so lieb und fein.
Für dieses kann ich ganz allein
die richt'ge Mutti sein.

Kinderlied (Text und Musik: Kurt Schwaen)





Große Wäsche am Haushaltstag 1980 (Archiv historische Alltagsfotografie)



Abendessen 1985 (Archiv historische Alltagsfotografie)



*Bummel in Berlin 1968 (Foto: Brüggmann / Bundesarchiv
Bild 183-G0416-0034-001)*



Frauen, Petra Hachulla Fleming, 3-teiliges Tafelbild (Mittelteil), 1974,
Parthelanhalle Naunhof, (cc) BY-SA 3.0

KOLLEKTIV

Zusammen arbeiten – zusammen leben: Dies war ein Leitbild aus der Tradition der Arbeiterbewegung, das in der DDR Wirklichkeit werden sollte. Im Wohnbereich gab es die Hausgemeinschaften, im Betrieb wurde in einem Kollektiv oder einer Brigade gearbeitet. Das Arbeitskollektiv hatte nicht nur die Aufgabe, die geplanten Produktionsziele zu erreichen; es überbrückte auch Mängel in der Arbeitsorganisation, förderte die Qualifizierung seiner Mitglieder und half den Einzelnen bei Alltagsproblemen und privaten Nöten. Die vom Betrieb finanzierten und organisierten betrieblichen Freizeit- und Ferienangebote bestärkten diese enge Verbindung von Arbeit und Leben. So wirkte das Arbeitskollektiv über den Betrieb hinaus und bildete häufig auch den Kern des (nicht familiären) Freundeskreises. Diese kollektive Einbindung bedeutete für das Leben der Menschen nicht nur Stütze, sondern auch Kontrolle. Gleichwohl blieb ein Grundgefühl von Sicherheit und Verbundenheit, das sich im Kontrast zu den Erfahrungen der Vereinzelung nach der Wende in der Erinnerung wieder verstärkt. Gegenseitige Hilfe und Solidarität sind soziale Werte, die viele der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger heute vermissen.

Eine neue Kollegin stand im Lehrerzimmer – die Ehe war auseinandergegangen – und sagte: Ich fang jetzt bei euch an. Wir haben jede Stunde zusammen vorbereitet.

HELGA KÄSTNER

Man hat ein Team gehabt, in dem man aufgefangen wurde. Wenn meine Kinder mal krank waren, da hat keiner was gesagt, oder wenn der Kindergarten angerufen hat – nie hat einer gemeckert. Ich konnte weg und mich kümmern.

INGRID FRENINEZ

Wenn ich die letzten 10 Jahre betrachte:

Ich bin freigestelltes Betriebsratsmitglied, ich komme in alle Bereiche. Ich habe nur meine Kollegen als Kollektiv und vergleiche mal das Kollektiv von heute mit dem von früher: Es gibt einen Kern, die halten zusammen, die machen heute gemeinsam Veranstaltungen so wie früher, und dann hast du einen anderen Teil, die schimpfen, meckern. Die fahren nach Hause – essen, trinken, schlafen –, stehen wieder auf und fahren zur Arbeit. Das gab es früher und gibt es heute.

STEFFI KIETZMANN-URBACH

Dass heute jeder eben bloß an sich denkt, das ist mir von früher nicht so in Erinnerung.

MARINA LANGE

Der eine brauchte dies und der andere jenes, irgendeiner brauchte vielleicht ein paar Fliesen – und dann schaute jeder, was er noch hatte. Auch in den Hausgemeinschaften, da hat man sich auch getroffen, im Keller oder im Sommer draußen und hat sich geholfen. Jetzt denkt jeder erstmal an sich selbst. Vielleicht ist das auch eine Art Konkurrenzkampf. Mit der Wende ging ja die Ellenbogengesellschaft los und jeder kämpfte um seinen Arbeitsplatz.

GISELA KULIK

Das Klima am Arbeitsplatz war viel schöner als heute. Man konnte sich mit dem Nachbarn mal unterhalten und wir haben trotzdem gearbeitet. Früher wurde nicht so explizit und intensiv nur auf die Produktivität geguckt. Du hast schon deine Arbeit gemacht, aber nicht nur unter dem Druck der Produktivität.

REGINE DOERWALD



Arbeitseinsatz in der LPG 1958 (Foto: Sammlung Zeidler)



Hausgemeinschaft 1950er Jahre (Foto: Bertram DDR-Fotos)



Kollektiv Hausgemeinschaft um 1975 (Archiv historische Alltagsfotografie)



Arbeitskollektive in der Freizeit 1986 (Archiv historische Alltagsfotografie)



Warnstreik 2015 (Foto: Polentz / transit)

GEWERKSCHAFT

Der FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) wurde 1946 gegründet. Die Verfassung der DDR legte eine enge Zusammenarbeit zwischen FDGB und SED fest. Die Gewerkschaften sollten vor allem die Ziele des Staates und die Vorgaben der sozialistischen Planwirtschaft auf Branchen- und Betriebs-ebene durchsetzen. Vor Ort waren dafür die Gewerkschaftsleitungen zuständig, so im Arbeitsschutz und bei den betrieblichen Ferienregelungen. Frauenausschüsse sollten die Vereinbarkeit der familiären und der beruflichen Aufgaben sicherstellen. Die Rechte und Regelungen zielten auch darauf, die Arbeitsbedingungen und beruflichen Chancen von Frauen zu verbessern.

Der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) wurde 1949 gegründet. Das Grundgesetz garantiert die Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegenüber dem Staat. In der Gewerkschaftspolitik hatte der Kampf um sichere Beschäftigung, höhere Löhne und ‚gute Arbeit‘ Vorrang. Dagegen spielten die Bedürfnisse und Interessen von Frauen so lange eine untergeordnete Rolle, wie in der Gesellschaft das Rollenbild der Hausfrau und Mutter vorherrschte.

Heute sind im DGB und in den Mitgliedsgewerkschaften Frauen in allen Politikfeldern aktiv und setzen sich dafür ein, Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen zu verbessern. Aktuelle Schwerpunkte sind: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Equal Pay; Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Eindämmung von Minijobs und prekärer Beschäftigung; Förderung von Frauen in Führungspositionen.

Alles was nach der Wiedervereinigung kam, das habe ich mit der Gewerkschaft gelernt, ganz schnell gelernt: Vor allem das Betriebsverfassungsgesetz. Und gut ist, dass man auch als „Schwarze“ zum DGB gehört – das freut einige!

INGRID FRENINEZ

Die Betriebsratsarbeit hat mir sehr viel Spaß gemacht. Nach der Wende eigentlich mehr als vorher. Jetzt ging es um die Arbeitsplätze – wir mussten kämpfen

GISELA KULIK

Für mich war klar, nur die Position im Betriebsrat mit Freistellung kommt in Frage. Man hat das dann auch erst so richtig mitgekriegt, die Notwendigkeit für einen Betriebsrat. Vorher war ja nichts.

REGINE DOERWALD

Da war sehr viel Unzufriedenheit mit dem Schichtsystem – weil man wirklich bloß einen Tag frei hatte in der Woche. Das war die Gründungszeit für den Betriebsrat.

MARINA LANGE

Dann kam der 8. März, der erste nach der Wende. Die GEW hatte den Gewerkschaftstag in Frankfurt /M. organisiert. Ich staunte nicht schlecht: In der ersten Reihe holten Frauen ihr Strickzeug 'raus. Das kann doch nicht wahr sein, der da vorn gibt seinen Rechenschaftsbericht und die stricken und schwatzen!

HELGA KÄSTNER

Frauenarbeit ist ja alles, ob als Betriebsrat oder als Gewerkschafter. Ich mache auch Seminare im Sozialrecht, weil ich Schwerbehinderten-Vertretung bin. Es geht immer darum, was kann ich daraus für meine Kollegen mitnehmen? Gerade für die Frauen, weil deren Probleme mich mehr ansprechen.

STEFFI KIETZMANN-URBACH

Ich finde es sehr wichtig, dass Frauen zu Lehrgängen der Gewerkschaft fahren. Wir haben dort viel von der Entwicklung der Bundesrepublik gelernt. Und wir haben erzählt, was wir gehabt haben: diese sozialen Vergünstigungen, mit den Kindern ins Ferienlager und Patenschaften, wo über die Arbeit gesprochen wurde.

HEIDI ZEIDLER

Die Interessen der Leute gehen mitunter in ganz andere Richtungen. Da fragst du dich, wo greifst du ein, wo kannst du sie abholen? Wenn ich das über den gesamten Zeitraum zurückverfolge: Ihre Interessen – gewerkschaftsmäßig oder für die eigenen Bedürfnisse – die Leute fangen erst an zu laufen, wenn der Schuh drückt.

HEIKE TAUBE



*#machdichstark – Fotoaktion DGB-Projekt
„Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“, 2017 (DGB)*



Gewerkschaftstag IGM 1992 (Foto: Sammlung Kulik)



*Antragskommission Gewerkschaftstag der Gewerkschaft EVG 2017
(Foto: Sammlung Zeidler)*

Mitglieder Deutscher Gewerkschaftsbund 1980 - 2017

Jahr	insgesamt	in %	davon weiblich	in %
1980	7.882.527	100	1.596.274	20,3
1985	7.719.468	100	1.705.131	22,1
1988	7.797.077	100	1.826.649	23,4
1989	7.861.120	100	1.882.556	23,9
1990	7.937.923	100	1.939.600	24,4
1991	11.800.412	100	3.890.151	33,0
1995	9.354.670	100	2.861.454	30,6
2000	7.772.795	100	2.369.560	30,5
2005	6.778.429	100	2.158.064	31,8
2010	6.193.252	100	2.008.049	32,4
2015	5.995.437	100	2.019.701	33,7
2017	6.095.513	100	2.043.757	33,5

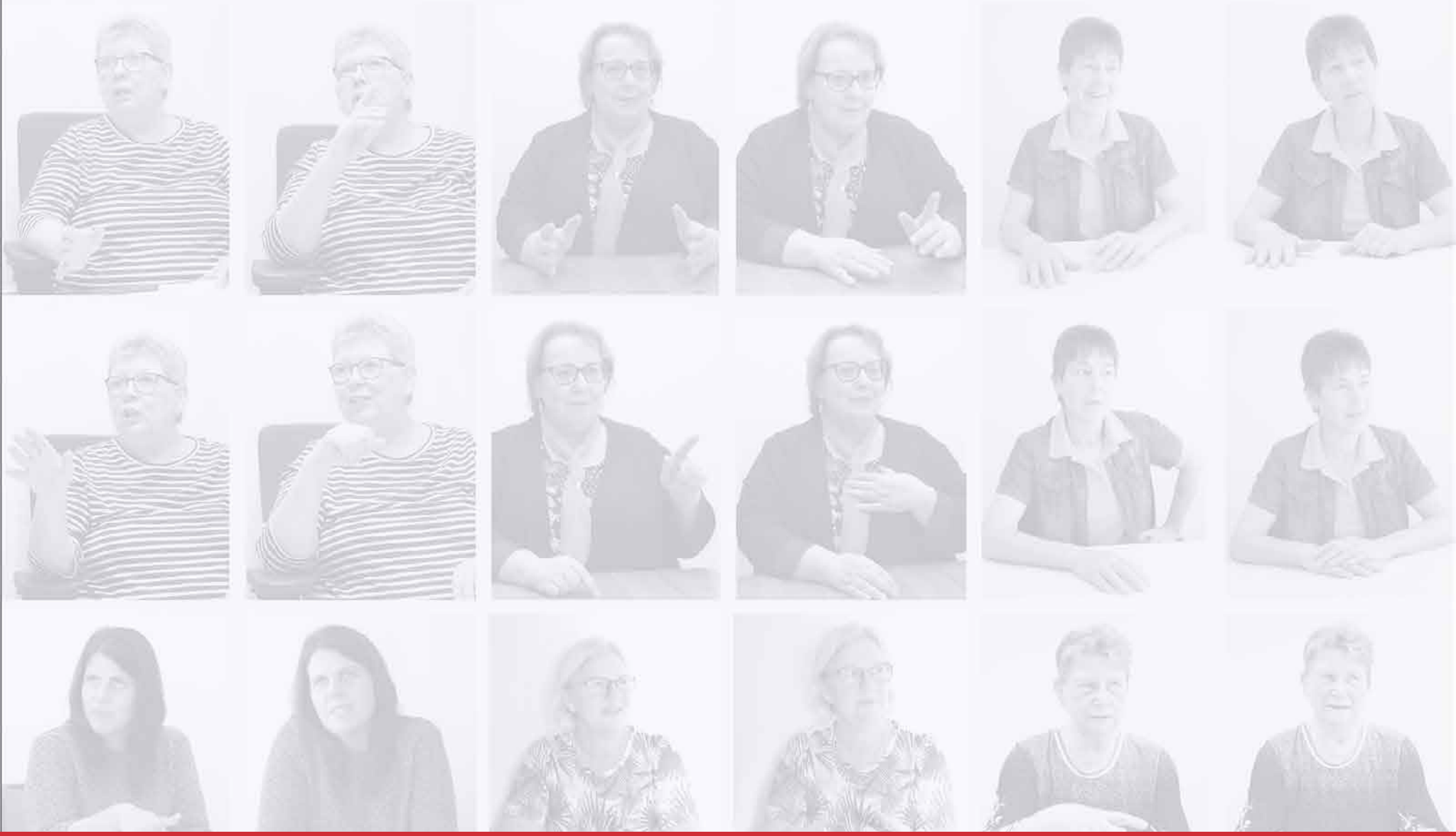
Bis einschließlich 1990: alte Bundesländer Bundesrepublik Deutschland

Quelle: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland ab 1999
nach den Angaben auf der Homepage des DGB

Mitgliederentwicklung im DGB (Statistische Jahrbücher der BRD)



*Demo der GEW gegen Rechtsextremismus, Potsdam um 1995
(Foto: Sammlung Kästner)*



BIOGRAFIEN





ZEITZEUGIN REGINE DOERWALD



„Arbeite so, wie du es selber gerne haben würdest.“

Regine Doerwald ist Mitglied der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall). In der Wäscherei der Charité wurde sie zur Textilreinigungsfacharbeiterin ausgebildet, machte dort mit 19 Jahren ihren Meister und wurde anschließend Produktionsleiterin. Nach der Wende wurde die Wäscherei privatisiert. Regine Doerwald wurde Schichtleiterin und bei der ersten Betriebsratswahl zur Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Sie bekam nun ein Büro, einen Computer und ihre ersten Schulungen für diese Aufgabe. Sie erzählt, wie motiviert sie jedes Mal zurückkam, um dann festzustellen, wie wenig sie im betrieblichen Alltag ausrichten konnte. Seit 12 Jahren kämpft sie nun für die Belegschaft um anständige Löhne und Urlaubstage, setzt sich für die bessere Verständigung zwischen deutschen und polnischen Beschäftigten ein und für mehr Gesundheitsschutz. In ihrem Betrieb arbeiten viele Frauen, die gerne kürzer arbeiten würden, es sich aber nicht leisten können. Sie selbst zählt sich zu den Glücklichen, weil sie nie arbeitslos geworden ist und in ihrem Arbeitsfeld bleiben konnte.

1959	geboren in Berlin
1976	Ausbildung zur Textilreinigungsfacharbeiterin
1978	Meisterausbildung an der Abendschule
1981	Produktionsleiterin
1979/1981	Geburt der Tochter / Geburt des Sohnes
1999	Umzug des Betriebs nach Fürstenwalde
2005	Betriebsratsvorsitzende
2007	Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte des Konzerns in Deutschland
2017	Gesamtbetriebsratsvorsitzende

Regine Doerwald arbeitet in einer harten Branche. Ihr Betrieb ist nicht tarifgebunden, alle Vereinbarungen müssen mühsam einzeln ausgehandelt werden und viele Themen kommen in jeder neuen Wahlperiode wieder auf den Tisch. Sie spricht nicht von den Erfolgen, präsentieren ist nicht ihre Sache: „So bin ich nicht groß geworden“. Aber Regine Doerwald will, dass es trotz allem vorwärts geht – auch für sich selbst.



Betriebsratsvorsitzende Regine Doerwald in der Wäscherei, 2017
(Foto: Hellemann)

Regine Doerwald

Regine Doerwald ist Berlinerin, Ostberlinerin. 1959 ist sie hier geboren, als eines von sechs Kindern. Ihre Eltern trennen sich, da ist sie in der 1. Klasse. So gibt es für sie immer zwei Ferienangebote, erzählt sie: Nach Kloster Chorin ist sie über den Betrieb des Vaters gefahren, in die Nähe von Schwerin über den Betrieb der Mutter. „Das war richtig schön!“ schwärmt sie und fügt hinzu, dass sie später mit den eigenen Kindern jedes Jahr über den FDGB in die Ferien gefahren ist.

1976 beginnt Regine Doerwald eine 2-jährige Lehre als Textilreinigungsfacharbeiter in der Wäscherei der Charité. Eine Ausbildung, die ihr ein Lehrer vermittelt hat. „Das machst du fertig und dann nix wie weg“ denkt sich Regine Doerwald, denn sie hat anderes vor: Sie will zur Kriminalpolizei. Eine Berufsausbildung ist Bedingung für die Bewerbung. Aber ihre Schwester macht ihr einen Strich durch die Rechnung: Sie reist aus der DDR aus. „Damit war für mich der Weg versperrt“ sagt Regine Doerwald. Sie begräbt ihren Wunschberuf und beginnt gleich nach der Facharbeiterausbildung 1978 einen Meisterkurs an der Abendschule. Da ist sie 19 Jahre alt.

1985 hat Regine Doerwald nicht nur ihren Meisterbrief, sondern auch schon zwei Kinder. Beim ersten Kind konnte sie für ein halbes Jahr zuhause bleiben, beim zweiten Kind gibt es schon das volle Babyjahr. Sie ist zufrieden, als sie wieder arbeiten kann, Arbeit hat sie nie als Zwang empfunden. Mit 26 Jahren ist sie Produktionsleiterin und verdient nun deutlich mehr - aber, sagt sie, nicht so viel wie der ‚Mann an ihrer Seite‘, der zweite Produktionsleiter. Die Wäscherei der Charité ist damals eine der modernsten Wäschereien, ein Vorzeigeobjekt auch für das Ausland. Obwohl es eine körperlich schwere Arbeit ist, sind hier überwiegend Frauen beschäftigt. In ihrem Meisterkurs, erinnert sich Regine Doerwald, saß überhaupt kein Mann. Sie arbeiten in zwei Schichten unter zwei Produktionsleitern. Ihre Arbeitsteilung ist: Für den Innenbereich ist sie zuständig, für den Außendienst der Kollege – wegen seiner guten Beziehungen. Außendienst bedeutet nämlich auch, für die Mitarbeiterinnen Apfelsinen, Bananen usw. zu besorgen.

In der Wäscherei arbeiten circa 50 Frauen und an der Pressstrecke eine Jugendbrigade. Es ist ein gutes Arbeitsklima, sagt Regine Doerwald. Sie arbeiten in einem Raum auf Sicht, das macht auch mal eine Unterhaltung mit der Kollegin möglich. Selbst die Freizeit verbringen die Kolleginnen miteinander. Mittwochs wird Tischtennis gespielt, das hat die Jugendbrigade organisiert. Man wohnt im gemeinsamen Umfeld, manche auch im selben Hochhaus. Die Charité unterhält eigene Wohnhäuser für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Der Rückblick, den Regine Doerwald auf ihre Arbeit vor der Wende wirft, verweist auf das, was mit der Wende verloren gegangen ist. Für manches muss sie heute wieder kämpfen. Die Wäscherei der Charité wird nach der Wende mit anderen Wäschereien des Berliner Senats zu einem neuen, inhabergeführten Betrieb zusammengelegt. Regine Doerwald arbeitet nicht mehr für die Charité, sondern an verschiedenen Standorten. Mit der Wende wechselt ihr ehemaliger Wäschereileiter in die Computerbranche, die neue Leitung übernimmt eine Frau. Regine Doerwald kommt mit ihr nicht gut aus. 1999 wird der Standort Fürstenwalde als neue Betriebszentrale eröffnet. Regine Doerwald arbeitet hier als Schichtleiterin, die Kollegin als Produktionsleiterin. Das Arbeitsklima zwischen ihnen bleibt schlecht. Aber mit dem Verkauf des Betriebs an einen Konzern eröffnet sich Regine Doerwald eine Chance: Sie kandidiert für den neu geschaffenen Betriebsrat. Für sie ist klar, dass nur eine Position mit einer Freistellung infrage kommt. Regine Doerwald schafft es: Aus dem Stand wird sie in den Betriebsrat und zu dessen Vorsitzender gewählt. Ihre Erfahrung und die Anerkennung ihrer Arbeit als Produktionsleiterin vor und als Schichtleiterin nach der Wende haben ihr geholfen. Regine Doerwald kann gut mit den Kollegen: Als Vorgesetzte im Fuhrpark hat sie sich durchgesetzt. Sie kann keinen LKW fahren, aber lässt sich alles erklären. Und dann, sagt sie, kommen Ansagen wie: "Für dich Chefin mach ich das". Sogar einen Präsentkorb haben sie ihr geschenkt – das hat es noch nie gegeben.



*Ausweis, 1986
(Sammlung Doerwald)*



*Meisterbrief, 1985
(Sammlung Doerwald)*

Über alle Wahlperioden hinweg ist Regine Doerwald bis heute Betriebsratsvorsitzende. Circa 220 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen arbeiten am Standort. Nach der Wende sind auch Männer an der Waschstraße beschäftigt. Die Hälfte der Belegschaft kommt aus Polen und - unabhängig von der Qualifikation, die die Beschäftigten haben - gezahlt wird nur der Mindestlohn. Der Betrieb ist nicht tarifgebunden. Regine Doerwald weiß: Die meisten Frauen würden lieber Teilzeit arbeiten, können es sich aber mit dem Verdienst nicht leisten. Die Arbeit ist nicht attraktiv, sagt sie, ein Nischengeschäft.

Zur DDR-Zeit, erinnert sich Regine Doerwald, haben die Kolleginnen lieber gesagt, sie arbeiten in der Charité – heute sagen sie: Ich arbeite in einer Wäscherei, weil das heißt: Ich habe Arbeit.

Regine Doerwald war nie arbeitslos, konnte immer in ihrer Branche bleiben. Sie resümiert: „So wie es ist, ist es gut. Ich hätte gern Kriminalistik studiert – aber es hat für mich einen vernünftigen Lauf genommen.“



ZEITZEUGIN

INGRID FRENINEZ



(Fotos: Hellemann)



„Misch dich ein, gestalte mit – bekenn dich zur Demokratie.“

Ingrid Freninez ist Mitglied der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Gleich nach der Wende ist sie in ihrem Betrieb in den Betriebsrat gewählt worden. Von ihrer Gewerkschaft hat sie das Rüstzeug für diese Arbeit erhalten. Es war eine schöne Zeit, sagt Ingrid Freninez, und sie habe viel gelernt. Schlosserin war ihr Beruf – aber lernen und das Gelernte weiter zu geben wird ihr nun zur Berufung. So wird aus der Schlosserin nach einer Umschulung eine Dozentin für Arbeits- und Sozialrecht, eine ehrenamtliche Richterin am Landesarbeits-, am Sozial- und am Finanzgericht und schließlich die Leiterin eines Sozialen Zentrums. Sie übernimmt Funktionen in NGG und DGB, wird Mitglied der CDU und Gründungsmitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) im Landkreis Oder-Spree. Für ihr gesellschaftliches Engagement wird Ingrid Freninez 2015 mit der Hans-Böckler-Medaille des DGB ausgezeichnet.

1957	geboren in StalinStadt (heute: Eisenhüttenstadt)
1974 - 1976	Ausbildung zur Mechanikerin im VEB Halbleiterwerk Frankfurt/Oder
1977	Geburt der ersten Tochter
1977 - 1994	Schlosserin im Fleischkombinat Eisenhüttenstadt
1979 / 1981	Geburt der zweiten und dritten Tochter
1991 - 1994	Betriebsrätin im Treuhandbetrieb Fleischkombinat Eisenhüttenstadt (später Fürstenberger Fleischwaren GmbH), Leiterin der Marketingabteilung
1994 - 1995	Arbeitslosigkeit /ABM-Stelle im Naturpark Schlaubetal
1996 - 1998	Umschulung zur Rechtsanwaltsfachangestellten mit Ausbildungseignungsprüfung
1998 - 1999	Dozentin für Arbeits- und Sozialrecht, Bewerbungstraining und Suchtprävention
seit 1999	Projektleiterin Soziales Zentrum „Haltestelle“ in Fürstenwalde

Als Vorsitzende ihres DGB-Kreisverbandes unterstützt Ingrid Freninez die brandenburgische Frauenwoche: Es ist ihr wichtig, dass Frauen zusammenkommen und in einem geschützten Raum über ihre Situation nachdenken. Und das nicht nur am 8. März!



ehrenurkunde



Hans Böckler-Medaille

Ingrid Freniez

Ingrid Freninez

„Nicht regelkonform“ – so benennt Ingrid Freninez ihr Leben in der DDR – ein Staat, in den sie 1957 hineingeboren wird. Stalinstadt hieß ihr Geburtsort da noch, erst 1961 wird er in Eisenhüttenstadt umbenannt. Ingrid Freninez wächst in einem kirchlichen Umfeld auf. „Verankert“ seien ihre Familie und die ihres Mannes in der Kirche gewesen. Diese Verankerung mag erklären, woraus sich die Kraft speist, mit der Ingrid Freninez durch die Zeiten und ihre Wendungen geht.

„Nicht regelkonform“ handelt Ingrid Freninez in vielerlei Hinsicht: Das beginnt damit, dass sie – aufgewachsen unter Jungs – Autoschlosserin werden will. Aber sie wird für zu klein und zu leicht befunden. 46 kg bringt sie auf die Waage, aber doch genug, um Mechanikerin zu werden. 1974 beginnt sie eine Lehre im Halbleiterwerk Frankfurt/Oder, als einziges Mädchen. Es war eine schöne Zeit und sie hat dort viel gelernt, sagt sie. Nach der Geburt ihrer ersten Tochter wechselt sie in das Fleischkombinat Eisenhüttenstadt, damit sie nicht mehr so lange Fahrzeiten hat. Hier kann sie nicht nur in Normalschicht, sondern auch in ihrem Wunschberuf Schlosser arbeiten. Auch hier ist sie wieder die einzige Schlosserin, die je in diesem Betrieb gearbeitet hat. Sie will beweisen, dass sie ihre Arbeit ebenso schafft wie die männlichen Kollegen. Das kann sie. Nur körperlich gibt es Grenzen, und sie muss lernen, um Unterstützung zu bitten. Es sei zu DDR-Zeiten nicht einfach gewesen, als Frau einen Männerberuf zu ergreifen, glaubt Ingrid Freninez – man brauchte Selbstbewusstsein, wie heute auch. Sie erinnert sich an ihren ersten Schweißerlehrgang: „Was – ‘ne Frau und dann noch Linkshänder!“ Als sie dann den Schweißerpass hat, brüstet sich der Meister damit, dass er das „selbst einer Frau“ beigebracht hat – als seien, empört sie sich, Frauen zu blöd, eine Schweißnaht zu ziehen.

1977 bis 1994 arbeitet Ingrid Freninez in diesem Betrieb. „Sie hat ihn gemocht“, sagt sie. Mit ihren Kollegen hat sie ein gutes Team gebildet, sie haben Rücksicht genommen: auf ihre Schwangerschaften und auch, wenn mit den Töchtern mal etwas war. Dass sie in einem Exportbetrieb arbeitet hat Vorteile: Sorge um einen Krippen- oder Kindergartenplatz braucht sie nicht zu haben, Schinken und Wiener sind für sie keine Mangelware.

Mit der Wende wird der Betrieb von der Treuhand übernommen und privatisiert. Aus dem Fleischkombinat Eisenhüttenstadt wird die Fürstenberger Fleischwaren GmbH, die später in Insolvenz geht. Ingrid Freninez wird 1991 in den Betriebsrat gewählt. Ihre Gewerkschaft ist nach der Wende in der Gewerkschaft NGG aufgegangen, deren Mitglied sie nun ist. Sie nutzt viele Fortbildungsangebote für ihre Betriebsrätstätigkeit. Aber die Auseinandersetzungen mit der neuen Geschäftsleitung werden mit harten Bandagen geführt. Sie erzählt von einem Erlebnis, dass ihr heute noch „in den Knochen“ steckt: In einer Betriebsversammlung warnen die Betriebsräte die Belegschaft vor neuen, ungünstigen Arbeitszeitregelungen. Der Geschäftsführer streitet dies ab und er droht: Wer morgen noch hier Geld verdienen will, verlässt jetzt den Raum. Das Geräusch des Stühlerückens – Metallstühle auf Fliesen – wird sie nie vergessen. Mitbestimmung, sagt Ingrid Freninez, muss man eben auch lernen.

Schließlich verlässt sie den Betrieb, als das Mobbing durch die Geschäftsleitung zunimmt. Eisenhüttenstadt bleibt ihr Wohnort, ihr Zuhause – aber nicht mehr der Ort, an dem sie arbeiten möchte. Für Ingrid Freninez beginnt eine Zeit der Neuorientierung: Für ein paar Monate arbeitet sie auf einer ABM-Stelle im Naturpark Schlaubetal. Hier organisiert sie Projektstage und betreut Schulwandertage. Es ist eine Arbeit, die ihr gefällt und sie eine ganz neue Seite an sich entdecken lässt: die Lust, Wissen an andere weiterzugeben.

Diese Erfahrung gibt der beruflichen Zukunft von Ingrid Freninez eine neue Richtung, denn als Schlosserin, das ist ihr klar, wird sie nicht mehr arbeiten können. Sie erkämpft sich eine Umschulung zur Rechtsanwaltsfachangestellten – mit fast 40 Jahren ist sie die Älteste im Kurs. Von 27 Teilnehmenden erreichen nur sieben den Abschluss – Ingrid Freninez ist dabei. Sie absolviert die vorgeschriebenen Praktika und besteht zum Schluss auch noch die Ausbildereignungsprüfung. Jetzt kann sie als Dozentin Arbeits- und Sozialrecht unterrichten.



*Konfirmation, 1973
(Foto: Sammlung Freninez)*



*Hans-Böckler-Medaille des DGB
(Foto: Sammlung Freninez)*

Ingrid Freninez übernimmt Trainingsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose, ist für kurze Zeit private Arbeitsvermittlerin und findet 1999 ihren beruflichen Halt in der „Haltestelle“ – einer Sozialeinrichtung der Diakonie, die inzwischen zur Caritas gehört. Hier arbeitet sie nun seit fast 20 Jahren. Sie fühlt, dass sie hier richtig ist, weil sie Menschen begleiten und ihnen helfen kann. Kämpfen muss sie auch hier: um Zuschüsse für eine Förderung der Einrichtung, um die Anerkennung und Fortführung ihrer Arbeit. Jetzt, sagt Ingrid Freninez, gibt es drei „Haltestellen“ im Landkreis Oder-Spree und „wir arbeiten mit gehobener Achtung“.

Etwas bewegen, etwas verändern – das versucht Ingrid Freninez auf ganz unterschiedlichen Wegen und Bühnen zu erreichen, denn: „dies ist das Deutschland, für das ich mich engagieren möchte“, sagt sie. Ingrid Freninez ist Mitglied der CDU und der CDA (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft) und DGB-Kreisvorsitzende im Landkreis Oder-Spree. Sie ist ehrenamtliche Richterin am Landesarbeits- und Finanzgericht und am Sozialgericht Frankfurt/Oder und Abgeordnete im Stadtparlament Eisenhüttenstadt. Sie nennt das: Demokratie leben.



ZEITZEUGIN HELGA KÄSTNER



(Fotos: Hellemann)

„Natürlich würde ich sagen: Geh in die Gewerkschaft – wer sonst soll deine Rechte vertreten?“

Helga Kästner ist Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie war Lehrerin wie ihre Schwester und ihr Vater. Ein Wunschberuf – sie hat sich auf jede Unterrichtsstunde gefreut. Ihre Gewerkschaft Unterricht und Erziehung wurde 1990 in die GEW überführt. Helga Kästner wurde Vorsitzende ihres Kreisverbands – auch weil sie vor der Wende nicht in der Partei (SED) war. Besonders stolz ist sie darauf, dass sie und ihre GEW-Kolleginnen und -Kollegen es geschafft haben, gleich nach der Wende Personalräte aufzustellen. Nicht nur für die Schulen, sondern auch für die Kindergärten, die besonders auf den Dörfern von Schließungen bedroht waren.

1935	geboren in Niemegk
1953	Lehrerausbildung in Leipzig
1955	Lehrerin in Niemegk
1957 / 1961	Geburt des Sohnes / Geburt der Tochter
1958	Lehrerin in Belzig
1969	Fachberaterin für das Fach Deutsch im Kreis
1990	Vorsitzende des GEW-Bezirks Belzig
seit 1992	Rentnerin und Chronistin: Erforschung der Geschichte der Orte des Fläming

Helga Kästners Berufung zur Chronistin begann 1984 mit dem Projekt „Heimatkalender“. Für jedes Dorf sollte gemeinsam mit den Dorfbewohnern eine Chronik erstellt werden. Nach der Wende konnten dafür ABM-Stellen eingerichtet werden und sie hat ehrenamtlich die Recherchen und die Dokumentationen unterstützt. Mehr als 100 Chroniken hat sie begleitet und mitverfasst – darunter eine sechsbändige Chronik über Belzig. Für ihr Engagement hat sie nicht nur den Förderpreis der Stadt Belzig, sondern auch das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten.



Lehrerin Helga Kästner im Unterricht, 1970
(Foto: Sammlung Kästner)

Helga Kästner

„Im Schulhaus ist ein Mädchen geboren!“ hieß es, als Helga Kästner, Tochter des Schulleiters in Niemegk im Fläming Brandenburgs, 1935 auf die Welt kam. Das Schulhaus prägt ihr Leben: Es ist Zuhause und Spielplatz zugleich und wird über viele Jahrzehnte auch ihr Arbeitsort sein. Die längste Zeit in Belzig (heute Bad Belzig), unweit von Niemegk, wo sie noch heute wohnt.

Lehrerin ist für Helga Kästner von Anfang an der Wunschberuf. Auch ihre ältere Schwester ist Lehrerin. Der Vater musste sich als Schulleiter in der NS-Zeit zur Parteimitgliedschaft mit Parteifunktion verpflichten. 1945 wird er inhaftiert und stirbt in Buchenwald. Die Mutter ist kränklich und gezeichnet von Typhus aus dem Ersten Weltkrieg. Nach dem Abitur 1953 nimmt Helga Kästner ihre Lehrerausbildung in Leipzig auf und beendet sie zwei Jahre später. Dass sie in den Schuldienst nach Niemegk zurückkehrt, ist der Pflege der kranken Mutter geschuldet. Sonst folgt die Verteilung der Junglehrer eher einem politischen Kalkül: Anwärter aus der Berliner Region nach Mecklenburg, Junglehrer aus Sachsen in die Grenzregion Brandenburg. Die Sachsen gelten als heimatverbunden und damit als weniger geneigt, sich in den ‚Westen‘ abzusetzen - ein Umstand, dem Helga Kästner ihre Ehe verdankt: Ihr Mann ist ein Lehrer aus Sachsen. Aber diese staatliche Lenkung verhindert die Abwanderung nicht. Helga Kästner erzählt, dass die bange Frage „Wieviel Lehrer sind wir noch?“ sich jedes Jahr erneut nach der Sommerpause stellt.

1955 steht Helga Kästner als Zwanzigjährige vor ihrer ersten, damals noch reinen Mädchenklasse in einer Schule, die sie selbst erst vier Jahre zuvor verlassen hat. „Das war ein komisches Gefühl“, sagt sie. Wie mit Schülerinnen umgehen, die sie noch gut aus der Nachbarschaft kennt? Sollen sie Helga Kästner nun weiter ‚duzen‘ oder doch lieber ‚siezen‘? Helga Kästners Kernfach ist Deutsch und sie hat eine Lehrberechtigung für Geschichte und Sport. Aber es ist eine Zeit, in der es noch zu wenig fachgerecht ausgebildete Lehrer und Lehrerinnen gibt. Und so muss Helga Kästner auch Russisch unterrichten, weil sie das Fach in der Schule hatte, außerdem Biologie und - Handarbeit!

1958 kommt ein Notruf aus Belzig: Zwei Lehrer sind nicht aus dem Westen zurückgekommen, damit ist Helga Kästners Fach unbesetzt. Ihr Mann – sie sind seit einem Jahr verheiratet – arbeitet bereits als Biologie-Lehrer in Belzig. Die Kästners bekommen nun eine Wohnung und Helga Kästner den Stundenplan der Deutschlehrerin. Der Sohn und die Tochter werden hier groß. Auch der Sohn entscheidet sich später für den Lehrerberuf.

Fast 40 Jahre lang ist Helga Kästner Lehrerin in Belzig. Einmal wechselt sie die Schule, sie findet 30 Jahre unter einem Direktor sind genug. Sie unterrichtet neben Deutsch auch weiterhin Biologie, wird 1969 Fachberaterin in Deutsch für die Schulen des Kreises und Redaktionsmitglied in der Fachzeitschrift „Deutschunterricht“. Lust am Schreiben entwickelt Helga Kästner mit der ‚pädagogischen Lesung‘: ein Format, in dem Lehrererfahrungen zu einem bestimmten Thema gebündelt und im Rahmen von Weiterbildungen und Fachtagungen vorgestellt werden. Die Themen konnten frei gewählt werden, sagt sie – allerdings ist erwünscht und üblich, ein Zitat von Margot Honecker voranzustellen oder sie im Quellenverzeichnis aufzuführen.

Viele solcher ‚Lesungen‘ hat Helga Kästner durchgeführt – bis hin zum Pädagogischen Kongress im Palast der Republik. Sie hat für diese Arbeit nicht nur eine Auszeichnung bekommen, ihr verdankt sie die Verleihung des Titels ‚Studienrat‘ - ein Titel, der nach der Wende nicht anerkannt wird. Nicht zuletzt entspringt dieser Schreib-Arbeit auch Helga Kästners Leidenschaft für die spätere Tätigkeit als Chronistin.

Nach der Wende hat Helga Kästner tiefe Einschnitte in ihrer Berufsbiografie zu verkraften. Eine ehemalige Schülerin ist neue Schulrätin und bereitet Kündigungen vor: „Die Ältesten standen oben auf der Liste. Ich war 55 Jahre und stand mit darauf. Die Entlassung mit Kopie auf dünnem Durchschlagpapier war schon vorbereitet. Im Nachhinein“, sagt Helga Kästner, „war es gut so.“ Sie erleidet keine finanziellen Einbußen, erhält Altersübergangsgeld und fühlt sich nun frei für andere Aufgaben. So gibt sie Unterricht für Frauen in ABM-Maßnahmen; eine andere Aufgabe wird die Gewerkschaftsarbeit in der GEW.



*Beim Korrigieren, Mitte 1960er Jahre
(Foto: Sammlung Kästner)*



*Polytechnische Oberschule Bruno Kühn in Belzig, eingeweiht 1968
(Foto: Sammlung Kästner)*

Helga Kästner wird 1990 zur Vorsitzenden der GEW ihres Kreises gewählt. Auch weil sie nie Parteimitglied war, betraut man sie mit der Überführung der alten Gewerkschaft Unterricht und Erziehung in die GEW ihres Kreises. Das geht nicht ohne Konflikte ab. Bis heute versteht sie nicht, warum ihre ehemaligen Kollegen den Übergang verweigerten. „Sie wollten etwas ganz Neues machen,“ erzählt Helga Kästner, „aber sie haben nichts gemacht“. Helga Kästner bleibt einige Jahre Kreisvorsitzende in ihrer GEW-Landesgruppe, noch bis 2016 schreibt sie als Redaktionsmitglied für die Gewerkschaftszeitung, „aber vorwiegend Historisches“. Jetzt hat sie die Aufgaben an Jüngere übergeben. Die Chronistin Helga Kästner ist jedoch geblieben – wie auch im Herzen die begeisterte und deshalb andere begeisternde Lehrerin. Ehemalige Schüler übernehmen nun ihre Vorträge und lassen sich als Stadtführer schulen. Und wenn Helga Kästner erzählt, dass ihr manche von ihnen Gemüse aus dem eigenen Garten, Marmelade oder Pilze vorbeibringen und sich so bei ihr bedanken, dann glaubt man ihr den Satz: „Ich hab meine Schüler wie meine Kinder empfunden“.



ZEITZEUGIN

STEFFI KIETZMANN-URBACH



(Fotos: Hellemann)

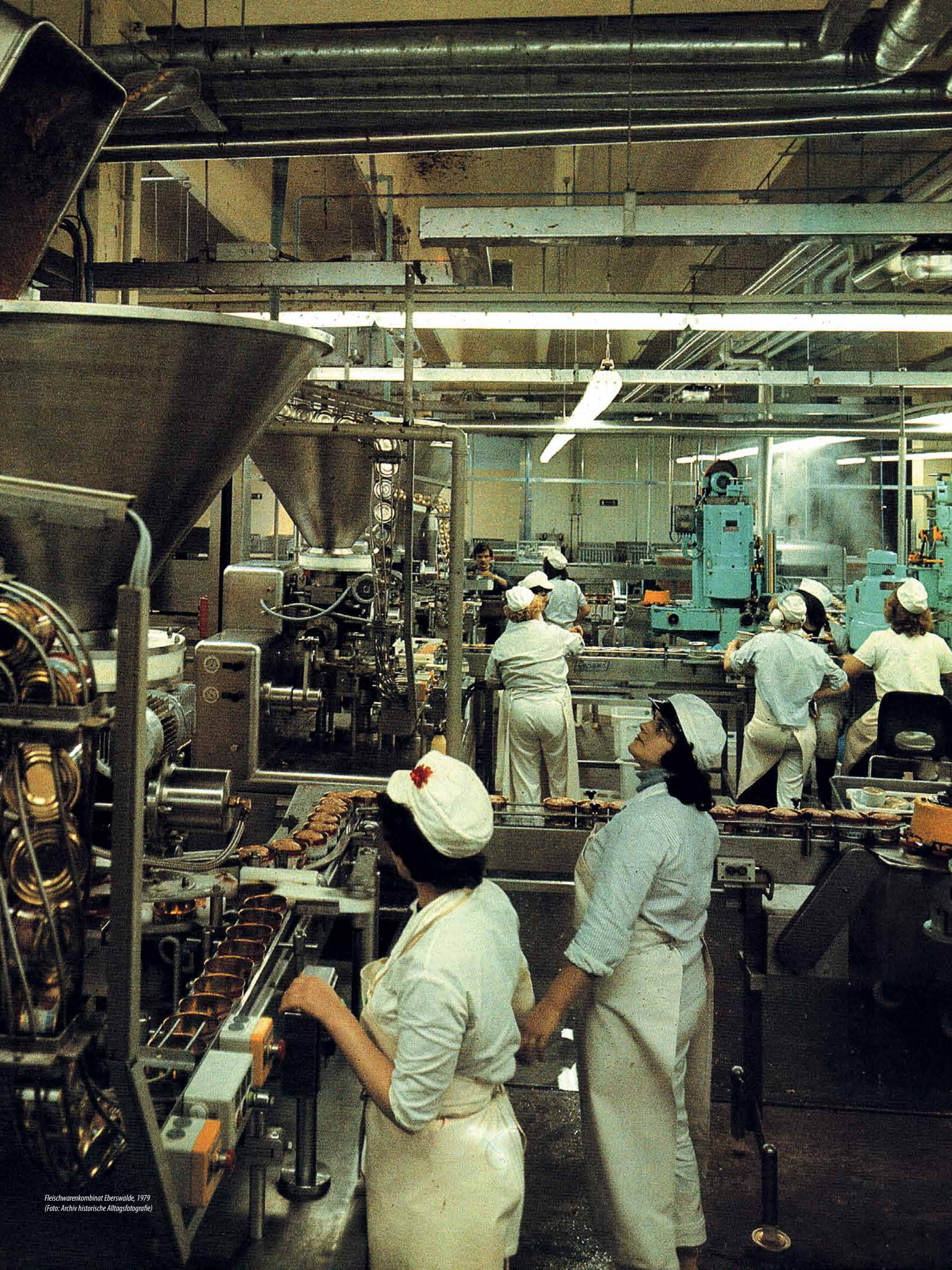


„Macht eine Ausbildung, macht ein Studium. Macht es fertig und guckt in die Welt hinaus.“

Steffi Kietzmann-Urbach ist Facharbeiterin für Fleischerzeugnisse, Mitglied der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und Betriebsrätin. Ihr war es immer wichtig, sich beruflich weiterzuentwickeln, ihren Kopf einzusetzen und ‚über den Tellerrand zu schauen‘. Der Wunsch nach Veränderung führte sie schließlich zur Gewerkschafts- und zur Betriebsratsarbeit. Steffi Kietzmann-Urbach wurde zunächst Ersatzmitglied und später freigestellte Betriebsrätin mit den Schwerpunkten Frauenarbeit und Schwerbehinderten-Vertretung. „Ich komme mit Menschen in Kontakt – fahr auch ins Land und versuche, das in meine Arbeit einzubringen.“ Interesse an dem, was Menschen bewegt, ist die Triebfeder ihrer Arbeit.

1964	geboren in Schwedt/Oder
1980 -1983	Ausbildung in einem Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb als Facharbeiterin für Fleischerzeugnisse
1984 /1987	Geburt der Tochter / Geburt des Sohnes
1989	Beiköchin in einer Schülerspeisung
1991	Schließung der Schülerspeisung nach der Wende
1991 -2006	Rückkehr in den Ausbildungsbetrieb: Arbeit am Band in der Schweinezerlegung
seit 2007	freigestellte Betriebsrätin

Steffi Kietzmann-Urbach ist in ihrem Betrieb immer wieder angeeckt. Sie hat sich nicht alles gefallen lassen, auch wenn sie Nachteile in Kauf nehmen musste. Als Betriebsrätin macht es ihr zu schaffen, dass gleiche Arbeit nicht gleich bezahlt wird und Leiharbeiter nicht zur Belegschaft zählen. Doch trotz aller Hindernisse erkämpft der Betriebsrat für die Belegschaft immer wieder Erfolge wie bezahlte Zeiten zum Umziehen. Das motiviert sie für die weitere Arbeit.



Fleischwarenkombinat Eberswalde, 1979
(Foto: Archiv historische Alltagsfotografie)

Steffi Kietzmann-Urbach

SVKE ? Ehemalige DDR-Bürger wissen genau, was sich hinter dieser Abkürzung verbirgt: Eberswalder Würstchen zum Beispiel. Das Schlacht-und Verarbeitungskombinat Eberswalde/Britz (SVKE) nimmt 1977 die Produktion auf. Es ist ein Ergebnis der ‚Wandel durch Annäherung‘- Politik von Willy Brandt. Projektiert und aufgebaut von westlichen Firmen entsteht hier die europaweit modernste Anlage der Fleischverarbeitung – von der Schlachtung bis zur Konserve. 3000 Beschäftigte arbeiten hier und 300 Lehrlinge werden ausgebildet. Steffi Kietzmann wird eine von ihnen. Eigentlich wollte sie Bauingenieurin werden, aber gesundheitliche Gründe sprechen dagegen. Ihre Schwester hat schon in Britz gelernt und nimmt sie für einen Tag mit. „Ich fand das irgendwie cool, wie die Fleischer da mit ihren Messertaschen an mir vorbei gegangen sind. Ich fand das einfach toll!“ Genau begründen kann Steffi Kietzmann das nicht, aber es hat ihr gefallen und sie bewirbt sich erfolgreich. 1980 beginnt sie die Ausbildung. Für sie heißt das, von Schwedt/Oder, wo sie 1964 geboren wurde, nach Britz in ein Internat umzuziehen. Steffi Kietzmans Zeugnisse sind gut und sie denkt weiter: ein Studium vielleicht. Aber ein kleiner Zwischenfall nimmt ihr den ‚Wind aus den Segeln‘. Für die Deutsch-Sowjetische-Freundschaft wird ihr ein Beitrag abverlangt. „Warum soll ich für eine Freundschaft bezahlen?“ Die Antwort: „Steffi, du willst doch studieren“. Rückblickend kann sie nicht sagen, ob sie ihr „Na, dann eben nicht“ bereuen muss: Ihre heutige Arbeit macht ihr unwahrscheinlich viel Freude.

Steffi Kietzmann schließt die Ausbildung 1982 mit dem ‚Facharbeiter für Fleisch‘ ab. Sie geht in die Zerlegung. Die meisten Frauen, erzählt sie, wollen in die Verarbeitung, an die Füllmaschinen oder zum Aufschnitt. „Aber ich fand es eben schön mit den Messern“. In die Schlachtung wäre sie auch gerne gegangen, auch weil dort eine zweijährige Weiterqualifizierung für TKO – Tierärztliche Kontrolle möglich ist. Aber hier heißt es: Dieses Jahr bilden wir keine aus. So entscheidet sie sich für die Zerlegung. Ein harter Job, nicht nur für Frauen, auch für Männer. Sie arbeitet Früh- und Nachtschicht im Wechsel; als sie schwanger ist, nur noch Frühschicht.

Steffi Kietzmann ist 20 Jahre alt, als ihre Tochter geboren wird. Nach einem halben Jahr gibt sie die Tochter in die Krippe – das schmerzt sie noch heute. „Sie war ja noch so klein“ sagt sie, aber sie wollte auch arbeiten gehen, Geld verdienen, dem Kind etwas bieten. Steffi Kietzmann spürt bald, dass es ihr und dem Kind mit den langen Arbeits- und Wegezeiten nicht gut geht. Sie stellt einen Antrag auf verkürzte Arbeitszeit, bis es einen Krippenplatz in der Nähe ihrer neuen Wohnung gibt. Der Schichtleiter unterstützt sie. Die Kolleginnen nicht. Sie sehen nur, dass Steffi Kietzmann eine Stunde früher geht. Und das mit nur einem Kind. Keine fragt, warum das so ist, und keine interessiert, dass sie den ‚Haushaltstag‘ dafür hergibt. Es sei schlimm gewesen, sagt Steffi Kietzmann. „Besonders in der Frühschicht, in der nur Frauen arbeiten. Da gibt es schon ein Gehacke.“ Auch ein Grund, warum sie später den Betrieb verlassen hat.

Als Steffi Kietzmann 1987 mit ihrem Sohn schwanger ist, hat sie mit dem Schonarbeitsplatz kein Glück: Kartons falten, das ist langweilig. Als sie und ihre Kolleginnen stattdessen 80-Liter Edelstahlkübel schrubben sollen, wehrt sich Steffi Kietzmann nach dem ersten Kübel: „Mit diesem Reinigungsmittel arbeite ich nicht. Ich bin schwanger.“ Man hält ihr Arbeitsverweigerung vor, aber gemeinsam mit den anderen Frauen stellt sie klar, dass es um die Reinigungsmittel geht. Kübel schrubben müssen sie dann nicht mehr.

Nach der Geburt des Sohnes bleibt Steffi Kietzmann ein Jahr zuhause und ist froh, dass „er da ja schon tippeln konnte, als er in die Krippe kam. Überlegungen wie: ‚einfach zuhause bleiben‘ waren den meisten Frauen fremd,“ sagt sie, „es hat mit der Krippe auch alles super funktioniert und man hat sich damit abgefunden.“



Steffi Kietzmann-Urbach mit Sohn, 1988 (Foto: Sammlung Kietzmann-Urbach)

1989 verlässt Steffi Kietzmann den Betrieb – sie will sich neu orientieren und wird Beiköchin in einer Schülerspeisung. Schüler und Schülerinnen bis zur 10. Klasse erhalten hier ein Mittagessen gegen Essensmarken. Die Arbeit mit den Kindern macht ihr Spaß, „das war eine schöne Zeit!“ 1991, nach der Wende, wird die Einrichtung als eine der ersten geschlossen. Alle MitarbeiterInnen erhalten die Kündigung. Steffi Kietzmann bewirbt sich in ihrem alten Betrieb und arbeitet wieder in der Zerlegung. Seit 2000 wird der Betrieb als privates Unternehmen geführt. 2002 finden Betriebsratswahlen statt. Steffi Kietzmann lässt sich aufstellen. Sie will auch aus der Zerlegung ‘raus, etwas „für den Kopf“ haben. Sie wird Ersatzkandidatin, seit 2006 ist sie freigestellte Betriebsrätin. Sie engagiert sich für Schwerbehinderte und schult sich im Sozialrecht.

Sie will die Schwachen stärken – so, wie sie früher im Kombinat schon vorgeschlagen hat, dass nicht die Leistungstärksten ausgezeichnet werden, sondern wer seine eigenen Leistungen verbessert hat.



ZEITZEUGIN

MARINA LANGE



(Fotos: Hellemann)



„Weil die Interessenvertretung einfach wichtig ist!“

Marina Lange ist stellvertretende Betriebsratsvorsitzende und Mitglied der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall). Sie ist Plast- und Elastfacharbeiterin und arbeitet in einem Metallbetrieb. Marina Lange hat den Betriebsrat 2004 mitgegründet. Damals musste die Wahl noch im Geheimen und ohne das Wissen der Betriebsleitung vorbereitet werden. Zu Beginn haben sich die Betriebsratsmitglieder vieles selber aneignen müssen: „Die ganze Arbeit war ja neu. Man musste sich belesen, man musste gucken, man hat alles mit der Hand mitgeschrieben. Heute hat man durch die vielen Schulungen doch ein anderes Wissen.“ In den letzten Jahren haben sie als Betriebsrat wichtige Regelungen erkämpft, z.B. fairere Arbeitszeiten im Rahmen des Schichtmodells.

1971	geboren in Staaken
1988 - 1991	Ausbildung zur Plast- und Elastfacharbeiterin
1992	Produkt-Umstellung des Betriebs, Entlassung
1992	Umschulung zur Handelsfachpackerin
seit 1994	Maschinenbedienerin in einem Metallbaubetrieb
seit 2006	Mitglied im Betriebsrat, später stellvertretende Vorsitzende
2010 - 2011	Insolvenz des Betriebs, dann Übernahme durch einen ausländischen Investor

Marina Lange ist sehr verbunden mit der Region, in der sie aufgewachsen ist. Daher stand ein Wegzug nicht zur Debatte, als ihr Betrieb kurz nach ihrem Ausbildungsabschluss geschlossen wurde. Sie wechselte in einen Metallbetrieb, in dem sie heute noch arbeitet. Marina Lange und ihre Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat vermissen oft die Anerkennung der Belegschaft. Das macht ihre Arbeit nicht leichter. Dennoch sieht sich Marina Lange in der Verantwortung. Sie hält einen Betriebsrat für unverzichtbar – gerade für Betriebe, die unsicheren Zeiten entgegen gehen.



Spritzgussmaschine im
Plastverarbeitungswerk Staaken um 1991
(Foto: Sammlung Kerber/Lange)

Marina Lange

„Nein, das war nicht mein Traumberuf“, erklärt Marina Lange. Sie ist Plast- und Elastfacharbeiterin – eine Berufsbezeichnung aus der DDR, die dann mit der Wende verschwindet. Marina Lange wird 1971 in Falkensee geboren, absolviert die 10. Klasse der Polytechnischen Oberschule und beginnt diese Lehre im Plaste-Werk Staaken. Aber es gibt einen Traumberuf: Keramikmalerin. Ihre ältere Schwester hat diese Ausbildung hinter sich. Marina Lange weiß deshalb, was mit dieser Ausbildung verbunden ist: Sie hätte Falkensee verlassen und in ein Internat wechseln müssen. „Das wollte ich gar nicht“, sagt sie. Sie bewundert die Jugend von heute, die für ihre Praktika ins Ausland geht – so ein Typ sei sie aber nicht.

Marina Lange beginnt ihre Lehre 1988. Sie kennt das Plaste-Werk Staaken. In dem Patenbetrieb ihrer Schule haben sie hier für die Fächer Produktive Arbeit (PA) und Einführung in die sozialistische Produktion (ESP) gearbeitet. Wohl auch deshalb entscheidet sich Marina Lange für diese Ausbildung. Die halbe Klasse geht zur Reichsbahn, das will sie auf gar keinen Fall. Und dann „blieb auch nicht mehr viel“, sagt sie.

Die Ausbildung endet 1991, zwei Jahre nach der Wende. Im rückblickenden Vergleich sind die Auszubildenden vor der Wende besser betreut und angeleitet worden, meint Marina Lange. Es gab eine Lehrwerkstatt und immer einen Ansprechpartner. Und man nahm sich Zeit. Die eher ausbildungsfremden ‚Nebenbei-Aufgaben‘ haben Marina Lange am meisten Spaß gemacht: Wandzeitungen gestalten, Weihnachtsbaum schmücken oder den Osterstrauß herrichten – hier kamen ihre gestalterischen Talente zur Geltung. Heute, bedauert Marina Lange, sind die Auszubildenden doch sehr auf sich allein gestellt, laufen mal hier, mal da mit. Haben keinen eigenen Ansprechpartner. Und so gehe es ein bisschen nach Nase: dem einen wird viel gezeigt und erklärt, ein anderer ist sich selbst überlassen.

Mit der Wende wird der Betrieb übernommen und heißt nun Berolina Kunststoff GmbH. Marina Lange wird nach der Ausbildung weiter beschäftigt. Die Produktion wird von eher vielfältiger Kleinteil-Produktion auf Getränkeboxenproduktion umgestellt und damit auch der ganze Maschinenpark. Nach und nach werden Mitarbeiter/innen entlassen, auch Marina Lange wird arbeitslos. Sie beginnt eine Umschulung zur Handelsfachpackerin. Aber Verwandte vermitteln ihr eine Stelle in einer Metallbaufirma. 1994 bricht Marina Lange die Umschulung ab. Ein sicherer Arbeitsplatz und mehr Geld bedeuten ihr viel. Da sie keinen Metall-Beruf erlernt hat, wird sie als ungelernte Maschinenbedienerin eingestellt. An ihren ersten Arbeitstag erinnert sich Marina Lange genau: „Oh, das machst du nicht lange!“ hat sie gedacht. Besonders die Arbeitsbedingungen machen ihr am Anfang zu schaffen.

Der Lärm, der Dreck, die Späne – dagegen ist Plaste sauber, sagt sie. Besonders hat sie unter dem Bohrwasser gelitten. Trotz Handschuhen hat sie immer rote Hände und Ausschlag. Der hat sich mit der Zeit dann gegeben. Aber sie muss sich auch von einem Zweischicht auf ein Dreischicht-System umstellen. Am Anfang, sagt sie, hat ihr das nicht viel ausgemacht. Nun, da sie älter ist, schlauchen die Nachtschichten doch. Weiterbildungsmöglichkeiten gab es nicht. Marina Lange arbeitet jetzt über 20 Jahre in diesem Betrieb, nach wie vor als Maschinenbedienerin.

Marina Lange ist seit 2006 Mitglied des Betriebsrats und hat als stellvertretende Vorsitzende einen guten Überblick über die Veränderungen, die im Laufe der Zeit im Betrieb eingetreten sind. 2010 hat der Betrieb eine Insolvenz überstanden. Der Standort in Berlin, an dem tarifgebunden gearbeitet wurde, wurde geschlossen und nach Polen verlagert. Es arbeiten überwiegend Männer im Betrieb, auch, weil die Produktionsbereiche wirklich schwere körperliche Arbeit verlangen. Deshalb ist die Fluktuation unter den Mitarbeitern hoch und weil überwiegend nur Mindestlohn gezahlt wird. Gerade die jungen Leute suchen sich schnell etwas anderes, sagt Marina Lange.

Ganz im Gegensatz zur Belegschaft ist der Betriebsrat „weiblich“. Schon vor ihrer Zeit hatte eine Kollegin versucht, einen Betriebsrat zu gründen, ihr wurde gekündigt. Deshalb haben sie den zweiten Versuch im ‚Geheimen‘ geplant. Auf ihrer ersten Liste waren fünf der neun aufgestellten Kollegen Frauen. Manche männlichen Kollegen sind auch deshalb wieder abgesprungen, weil sie um ihre Weiterbildung oder ihren Aufstieg fürchteten.



*Facharbeiterbrief Plast- und Elastfacharbeiter,
1990 (Foto: Sammlung Lange)*



*Marina Lange auf der IGM-Frauenkonferenz, 2016
(Foto: IGM)*

Die Lage im Betrieb ist seit der Insolvenz nicht rosig, auch wenn ein neuer Gesellschafter eingesprungen ist. Das spüren alle. Es geht bergab, das mache ihr ein bisschen Angst, sagt sie. Falls ‚die Karre gegen die Wand fährt‘, hofft sie, dass sich für sie dennoch andere Möglichkeiten eröffnen – auch in ihrem Alter.





(Fotos: Hellemann)



„Nach der Wende hat die Gewerkschaft einen ganz anderen Stellenwert bekommen.“

Heike Taube ist Fahrdienstleiterin, Mitglied der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Seit 2006 ist sie Betriebsrätin. Es gab viele Schritte auf dem Weg dort hin: Sie sammelte Erfahrungen als Vertrauensfrau der Gewerkschaft und kannte die Probleme, die sich ihrem Mann als Vertreter der Schwerbehinderten im Betrieb stellten. Den umfassenden Personalabbau und seine Folgen für die Deutsche Bahn hat sie in der Nachwendezeit selbst miterlebt.

Heike Taube ist Eisenbahnerin – wie schon ihre Mutter. Sie hat von der Pike auf gelernt, hat sich immer wieder in technisches Neuland vorgewagt und verfügt über breites Erfahrungswissen. Es macht ihr Sorgen, dass den Nachwuchskräften heute nicht mehr ausreichend Zeit gegeben wird, um sich in die Aufgaben im Bahnbetrieb gründlich einzuarbeiten.

1963	geboren in Lütte
1980 - 1982	Ausbildung zum Facharbeiter für Eisenbahntransporttechnik, Spezialisierung Betriebsdienst in Golzow
1982	Qualifizierung zum Fahrdienstleiter in Belzig
1982 - 1983	Einsatz in einem Stellwerk in Baitz
1983 - 1995	Fahrdienstleiter in Golzow
1987	Geburt des Sohnes
1995	über den Sozialplan beschäftigt in Gollwitz
1996 - 1998	übergangsweise tätig als Blockwärter in Borne und Baitz sowie als Weichenwärter in Borkheide
1996	Qualifizierung zum Bediener Gleisbildstellwerke (elektrotechnische Steuerung der Stellwerke)
seit 1998	Fahrdienstleiter auf dem Rangierbahnhof in Seddin

Verantwortung ist Heike Taube wichtig und kein leeres Wort. „Als Fahrdienstleiter – dessen muss man sich bewusst sein – hat man eine Verantwortung: eine Verantwortung für Material und für Menschenleben.“



Fahrdienstleiterin Heike Taube am Bedientisch vor der Meldetafel im
Stellwerk des Eisenbahnknotens Seddin, 2017
(Foto: Sammlung Taube)

Heike Taube

Heike Taube ist Eisenbahnerin. Ihr Leben ist von der Schiene geprägt – auch wenn nicht immer alles nach Fahrplan lief. Es gab Verspätungen und Weichenstellungen, aber nie das Abstellgleis.

1963 wird Heike Taube im Fläming Brandenburgs geboren. Ihre Mutter ist alleinerziehend mit vier Kindern. Sie arbeitet bei der Eisenbahn, hat Schicht- und Wochenenddienste, aber, so Heike Taube, „das war für uns Kinder nicht dramatisch.“ In der 9. Klasse ist für sie die Berufswahl entschieden: Sie will zur Eisenbahn, „da werden auch immer Leute gebraucht. Denn in der DDR war die Berufswahl gelenkt“, erläutert Heike Taube, „es war alles ein bisschen politisch gesteuert“. 1978 brauchte man Arbeiter für das Stahlwerk, 1979 Installateure und 1980 eben Eisenbahner. Gesundheitswesen und Forst sind begehrtere Bereiche – da ist man aber auf eine gute Lobby angewiesen.

Heike Taube schließt die 10. Klasse an der POS (Polytechnischen Oberschule) ab und beginnt am 1. September 1980 eine Lehre zum Facharbeiter für Eisenbahntransporttechnik. Hinter dieser Berufsbezeichnung stehen sehr unterschiedliche Arbeitsbereiche. Der Rangierdienst bleibt für Frauen tabu, weil er zu schwer sei. Für sie stehen die Bereiche Betriebsdienst und Verkehrsdienst mit Reise- oder Güterverkehr offen. Heike Taube entscheidet sich für den Betriebsdienst, und dank ihres guten Notendurchschnitts darf sie sich schon während der zweijährigen Lehrzeit zusätzlich zum Fahrdienstleiter qualifizieren. Das bringt zwar zusätzliche Belastungen mit sich, aber für Heike Taube zählt die Auszeichnung, das Lob, das damit verbunden ist.

Nach der Lehre und der Qualifizierung wird Heike Taube in Baitz im Stellwerk auf der freien Strecke als Fahrdienstleiterin eingesetzt. In dieser Zeit lernt sie ihren Mann kennen, er ist Eisenbahner in der Bahnmeisterei Belzig. Um näher am Wohnort ihres Mannes zu sein, erlangt sie ihre Versetzung zurück nach Golzow, ihre „Heimatsdienststelle“, in der sie gelernt hat. Hier arbeitet sie bis 1995 als Fahrdienstleiterin. 1987 wird ihr Sohn geboren, die Familie wird in Golzow sesshaft. Jetzt muss nur noch ihr Mann pendeln. Darauf wurde in der DDR, so Heike Taube, geachtet: dass Wohn- und Arbeitsort möglichst dicht beieinander liegen. Für Krippen- und Kindergartenplätze sorgen die Dienststellen. Die Frauen können in „Muttischichten“ (Frühschichten) arbeiten, das erleichtert ihnen die Rückkehr aus dem Babyjahr in ihr altes Berufsleben. Schichtdienst ist ein oft genannter Grund von Frauen, die nach der Lehre die Bahn verlassen – zumal auch nicht alle Männer Schichtdienst bei ihren Frauen tolerieren.

Mit der Wende erfährt die Deutsche Reichsbahn tiefe Einschnitte, insbesondere im Personalbereich. Umstrukturierungen und Zusammenlegung der Deutschen Reichsbahn (DR) mit der Deutschen Bundesbahn (DB) zur Deutschen Bahn AG dauern drei Jahre. In diesem Zeitraum wurden fast 45% der Gesamtbelegschaft der DR (140 000 Beschäftigte) abgebaut.

Heike Taube erlebt die Wende als eine Zeit, in der die politischen und sozialen Regeln, die bis dahin gegolten haben, außer Kraft gesetzt sind. Es gab ein neues System, das keiner kannte und alle mussten irgendwie damit umgehen lernen. In ihrem konkreten Bereich verändert sich zunächst nichts, aber sie beobachtet, wie die Einführung elektronischer Stellwerke viele Arbeitsplätze vernichtet. Und schließlich ist auch Golzow „dran“. Hier ist es kein elektronisches Stellwerk, sondern der übliche „Sozialplan“, der den Beschäftigten „auf die Füße fällt“. Auch Heike Taube ist betroffen. Sie kann noch eine Zeit lang in Gollwitz arbeiten, bis auch dort das elektronische Stellwerk eingerichtet ist und im Normalbetrieb läuft. „Dann“, sagt Heike Taube, „war Ende, aus.“ Sie hat dennoch Glück. In der „alten Schiene“ wird doch noch Personal gebraucht, und so kann sie mal als Blockwärterin, mal als Weichenwärterin arbeiten. Dass sie nicht gleich wieder als Fahrdienstleiterin eingesetzt wird, ist für sie kein Problem: Hauptsache Arbeit. Natürlich verbunden mit finanziellen Einbußen – aber was hätte ihr das Arbeitsamt anbieten können? Facharbeiter der Deutschen Reichsbahn, sagt sie, gelten nun als Ungelernte. Sie hätte mit ihrem Abschluss nichts anfangen können.



*Facharbeiterbrief Eisenbahntransport-
technik, 1982 (Foto: Sammlung Taube)*



*Eisenbahnknoten Seddin, 2017
(Foto: Sammlung Taube)*

1998 wird eine Stelle für Fahrdienstleiter im Rangierbahnhof Seddin ausgeschrieben. Der war zu DDR-Zeiten eine wichtige Drehscheibe Europas im Transit- und Güterverkehr. Bei der Inbetriebnahme 1980 kamen dort nur ausgewählte Kollegen mit Erfahrung zum Zuge. Die Lehrgänge für die neue Technik in dem Zentralstellwerk liefen über einen langen Zeitraum, und wohl auch um das Ausfallrisiko möglichst gering zu halten, gab es damals nur wenige Frauen in dem Bereich.

Nun, nach der Wende, fällt zwar der Transitverkehr weg, aber der Rangierbahnhof Seddin behält seine überregionale Bedeutung. Heike Taubes Mann rät ihr, sich auf den ausgeschriebenen Fahrdienstleiter-Posten zu bewerben. Sie erhält den Zuschlag und nimmt die Herausforderung an. Die neue Arbeit dort hat sie wie eine zweite Lehrzeit empfunden. Ein Quantensprung sei es gewesen, sagt sie, denn der Rangierbahnhof Seddin hat Dimensionen, die sie bisher nicht kannte.

Aber Heike Taube hat es geschafft – sie arbeitet seit 20 Jahren im Stellwerk Seddin.



ZEITZEUGIN

HEIDI ZEIDLER



(Fotos: Hellemann)

„Frauen haben eine andere Sicht auf die Veränderung der Gesellschaft, das wird zu wenig genutzt.“

Heidi Zeidler ist Mitglied der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Sie wurde 1990 Schaffnerin, später Zugführerin. Vor der Wende war sie Mitarbeiterin des FDGB im Kreis Seelow und ehrenamtlich Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung in einem Futtermittelbetrieb. Nach der Wende wollte sie keine Funktionen übernehmen – doch ihr Wissen wurde gebraucht. So wurde sie Ersatzmitglied im Betriebsrat bei der Bahn, war aktiv im EVG-Ortsverband und in DGB-Frauengremien. Sie ist stolz, dass die Frauen in der EVG sich über ihre Themen länderübergreifend beraten und Seminare organisieren. Heute engagiert sich Heidi Zeidler für die Senioren und wurde dafür vom Seniorenbeirat der Stadt Frankfurt/Oder geehrt.

1942	geboren in Essen und aufgewachsen in Höxter (Weserbergland)
1957	Übersiedlung nach Golzow / Kreis Seelow
1959	Ausbildung zur Rinderzüchterin, LPG Döbberin
1962 - 1966	Geburten ihrer drei Söhne und ihrer Tochter
1964 - 1968	Dozentin in der Erwachsenenqualifizierung Landwirtschaft / Fernstudium Agraringenieurin
1968 - 1979	Sachbearbeiterin für Futtermittel
1973	Geburt eines weiteren Sohnes
1982	FDGB-Hochschule Bernau, Frauensonderklasse
1985	Mitarbeiterin beim FDGB, Kreis Seelow: Sekretärin für Arbeit und Löhne / Fernstudium Jura
1990	Schaffnerin und Zugführerin bei der Deutschen Bahn
seit 2002	Rentnerin

Heidi Zeidlers Leben ist von der Geschichte geprägt: Ihre Eltern waren im Widerstand gegen das NS-Regime; sie haben KZ und Arbeitslager überlebt. Nach dem Krieg traten sie in die KPD ein. 1956 wurde die KPD verboten, und bevor ihre Eltern als aktive Mitglieder inhaftiert wurden, siedelte Heidi Zeidler in die DDR über. Dem Leitspruch ihres Vaters „Die Köchin muss den Staat regieren können“ fühlte sie sich verpflichtet: So wurde aus der Rinderzüchterin eine Funktionärin des FDGB und später eine ausgebildete Arbeits- und Sozialrechtlerin.



Heidi Zeidler als Praktikantin an der Pflanzmaschine, 1958
(Foto: Sammlung Zeidler)

Heidi Zeidler

Heidi Zeidler wandert zwischen Welten, realen und idealen: Sie verlässt die eine, deren Vergangenheit ihre Kinder- und Jugendzeit schwer belastet, um in der anderen eine Zukunft zu finden, die sie dann wieder verliert.

Sie wird 1942 in Essen geboren und wächst nach dem Kriegsende in Höxter (Weserbergland) auf. Ihre Eltern, Widerstandskämpfer in der NS-Zeit, sind aktive Mitglieder der KPD. In ihren Kampf für ein neues, antifaschistisches Deutschland wird Heidi Zeidler als Kind mit einbezogen. Besonders nach dem KPD-Verbot 1956 übernimmt sie Kurierdienste und übergibt Flugblätter. Für eine 14-Jährige bedeutet das Abenteuer. Aber Hausdurchsuchungen und die Last eines existenzbedrohenden Geheimnisses verweigern ihr eine Kindheit, in der man Freundinnen nach Hause einlädt und gemeinsam Schularbeiten macht. Mit der Übersiedlung in die DDR 1957 wird ihr diese Last genommen. Ihre Eltern und der jüngere Bruder bleiben in Höxter. Heidi Zeidler kommt in ein Internat nach Golzow im Oderbruch. Sie ist nun 15 Jahre, der Krieg 12 Jahre vorbei, aber: „Ich dachte, der Krieg ist gerade erst zu Ende! Überall Ruinen und Menschen, die sich eingerichtet haben in Ställen, die sie für sich ausgebaut haben.“ Höxter mit seinen schönen Fachwerkhäusern ist weit weg.

Heidi Zeidler kommt in ihrer Klasse gut zurecht, auch der Lehrstoff unterscheidet sich kaum von ihrem vorherigen – außer Geschichte, aber da hilft ihr die politische Erziehung der Eltern. Enttäuscht ist sie, dass die Menschen nicht so ‚sozialistisch‘ denken, wie sie sich das vorgestellt hat. In der ‚Schülerproduktionsbrigade‘, in der sie die Arbeitsfelder einer LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) kennenlernt, entwickelt Heidi Zeidler ihren Berufswunsch Rinderzüchterin. „Etwas mit Tieren“ sei schon immer ihr Traum gewesen.

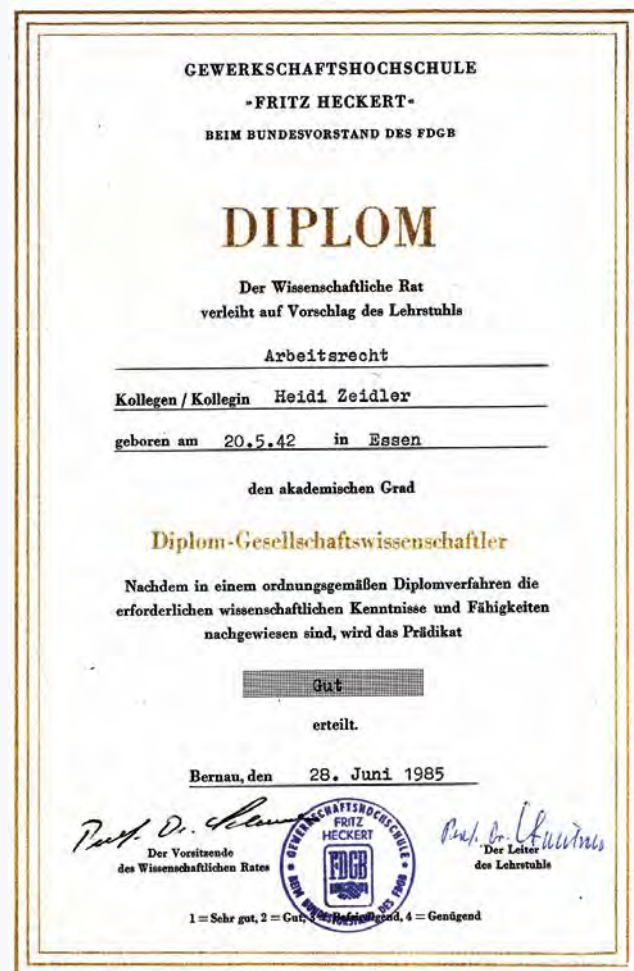
Nach der 10. Klasse zieht sie zur Ausbildung nach Döbberin (Kreis Seelow) in ein anderes Internat. Es sind viele Jugendliche aus Berlin dabei, die wegen beengter Wohnverhältnisse, schlechter Schulleistungen oder Erziehungsproblemen „aufs Land“ geschickt wurden. Heidi Zeidlers Vater kommt zur Unterschrift unter den Lehrvertrag und fragt auch gleich nach dem Gewerkschaftsbuch. Für die LPGen gebe es keine Gewerkschaft, wird ihm erklärt – aber für Landarbeiter, kontert der Vater, und zu denen zählen die Lehrlinge. So sorgt er „als alter Gewerkschafter“ dafür, dass sie 1959 Mitglied im FDGB wird. Aber sie weiß immer noch nicht recht, was es mit der Gewerkschaft auf sich hat. Der Eintritt in die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) ist dagegen für sie selbstverständlich. Mit 18 Jahren wird sie Parteimitglied.

Heidi Zeidler fährt noch einmal zu ihrer Familie nach Höxter, auch um ihre Mutter zu besuchen, die wegen ihrer KPD-Arbeit in Essen im Gefängnis ist. Danach kehrt Heidi Zeidler wieder in die DDR zurück und schließt 1961 ihre Ausbildung als Rinderzüchterin ab. Der Beruf ist der richtige für sie: „Das war das, was ich wollte“ sagt sie.

Am 13. August 1961 wird die Mauer gebaut. Es ist genau der Tag, an dem ihre Mutter zu Besuch kommt, auch um eine schwere Krankheit behandeln zu lassen. Heidi Zeidler sorgt sich sehr. Die Mutter erholt sich und bevor sie zurück in den Westen fährt, erwirkt sie für ihre Tochter einen Arbeitsvertrag als Rinderzüchterin in Dolgelin (Kreis Seelow). Heidi Zeidler sucht emotionalen Halt in einer Freundschaft, die Folgen hat. Sie wird schwanger und verschweigt vorerst ihren Zustand: „Ich war ja eigentlich immer auf mich allein gestellt.“ Heidi Zeidler nimmt trotz Schwangerschaft ihre Arbeit in der LPG auf. Es ist eine Zeit, die sie mit schönen Erlebnissen verbindet. Der Sohn wird im Frühjahr 1962 im Müttererholungsheim in Bad Saarow geboren, dort verbringt sie mit ihm die ersten Wochen und fühlt sich umsorgt. Vom Vater des Kindes hat sie sich getrennt.



Heidi Zeidler als Praktikantin der Landschule in Golzow im Gewächshaus, 1958 (Foto: Sammlung Zeidler)



Diplom Arbeitsrecht, 1985 (Foto: Sammlung Zeidler)

Im Herbst 1962 wird Heidi Zeidler zur Schule für Funktionäre der sozialistischen Landwirtschaft delegiert, für eine Ausbildung zum Feldbaumeister. Ihren Sohn gibt sie in ein Dauerheim für Säuglinge und Kleinkinder. Leider kann sie ihn nur an den Wochenenden besuchen, die Verkehrsverhältnisse auf dem Land sind schlecht und lassen ihr keine Wahl. In ihrem Lehrgang ist sie mit 20 Jahren die Jüngste. Die Ausbildung zum Parteisekretär in der Landwirtschaft ist das Ziel der Schule und der Eltern, aber es ist nicht ihr Ziel, betont Heidi Zeidler. Sie will zurück in die LPG und auch wieder im Kuhstall arbeiten. Aber es kommt anders: Man beruft sie in die Parteikreisleitung, nun sitzt sie auf einem Bürostuhl statt auf dem Melkschemel. Nach einem Jahr in der Kreisleitung und der Geburt des zweiten Sohnes – Heidi Zeidler ist wieder mit dem Vater der Kinder zusammen und verheiratet – lässt sie sich in den Rat des Kreises versetzen; in der Abteilung Erwachsenenqualifizierung organisiert sie Lehrgänge für Frauen und Männer aus den LPGen, die ihre Facharbeiterausbildung nachholen wollen.

Bis 1968 arbeitet Heidi Zeidler in diesem Bereich. Sie hat inzwischen drei Söhne und eine Tochter und sich in einem vierjährigen Fernstudium – als einzige Frau – zum Agraringenieur ausgebildet. Seit 1966 wohnt sie mit ihrem Mann und den vier Kindern in einer Zweiraumwohnung. 1968, nach der Scheidung von ihrem Mann, erhält sie endlich eine große Wohnung und kann nun ihren Kindern ein schönes Zuhause geben. Heidi Zeidler bedauert sehr, dass sie die Entwicklung ihrer Kinder in den ersten Jahren nicht selbst hat erleben können. Aber sie fährt fast jedes Jahr mit allen Kindern zusammen in die Ferien. Über viele schöne Erlebnisse freut sich Heidi Zeidler heute noch.

1968 wechselt Heidi Zeidler in den VEB Getreidewirtschaft (früher VEAB). Hier ist sie für die Zuteilung von Kraftfutter, Heu und Stroh an die Groß-LPGen zuständig. Als der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) sein Amt aufgibt, soll sie sich zur Wahl stellen. Sie wird gewählt und denkt: „Was machst du denn nun?“ Sie weiß zwar abstrakt um die Aufgaben der Gewerkschaft, aber nicht, wie man sie im Alltag erfüllt. Ein Kollege hilft ihr, sich einzuarbeiten. Die BGL-Leitung ist eine ehrenamtliche Aufgabe, die sie neben ihrer Arbeit übernimmt. Heidi Zeidler hält mit den Mitarbeitern Verbindung, informiert sich über Missstände, studiert die Ökonomie des Betriebs und kann in der Betriebsversammlung bald qualifizierte Fragen an den Betriebsleiter stellen. Sie bemüht sich insbesondere um die Wahrnehmung der Rechte aus dem Arbeitsgesetzbuch, wie den Haushaltstag, bezahlte Freistellung zum Arztbesuch oder die Pflege von kranken Kindern. In diesen Jahren wächst ihr Interesse am Arbeitsrecht.

1971 heiratet Heidi Zeidler erneut und bringt 1973 ihr nun fünftes Kind auf die Welt. Sie wird 1979 für eine FDGB-Jahresschule in Frankfurt/Oder freigestellt. Es fügt sich, dass ein Sekretär für Sozialpolitik in Rente geht, Heidi Zeidler wechselt von der Getreidewirtschaft in den Apparat des FDGB-Kreisvorstandes. Aber sie will mehr und wird von 1982 bis 1985 Studentin in der Frauensonderklasse der FDGB-Hochschule in Frankfurt/Oder, studiert Gesellschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Arbeitsrecht, in Vollzeit und mit einem staatlichen Stipendium. „Fast alle haben durchgehalten“ erinnert sich Heidi Zeidler, „das war eine schöne, lehrreiche Zeit“.

Nach Abschluss des Studiums wird sie 1985 im FDGB-Kreisvorstand als Sekretär für Arbeit und Löhne eingesetzt. „Das ist nicht nur eine komplizierte Materie“, erklärt sie, „sondern auch eine heikle: Man erhält die geschönten Berichte aus den Betrieben und kennt aber die Fakten und sieht die ‚Schwindeleien‘.“ Die Arbeit besteht nun aus Eingaben, Schulungen für Mitglieder der Konfliktkommission und die Vertretung von Kollegen bei Arbeitsgerichtsverhandlungen. Aber Heidi Zeidler will weg aus Seelow und geht nach Frankfurt/Oder zum FDGB, Abteilung Arbeit und Löhne, Sektor Recht. Ein weiterer Vorstoß hat Erfolg: Sie nimmt an der Berliner Humboldt-Universität das Fernstudium im Fach Jura auf. Bis zur Wende hat Heidi Zeidler – bis auf Strafrecht – alle juristischen Fächer zu Ende studiert, die sie für die Gewerkschaftsarbeit brauchte.

Nach der Wende gelten die Arbeitsverträge zwar noch, aber der FDGB löst sich schon auf. Die Vorstände der Westgewerkschaften fädeln vor allem Kontakte zu den Großbetrieben ein. Heidi Zeidler erwägt einen Neuanfang bei der Bahn. Aber noch denkt sie, dass ihre alte Arbeit weiter geht und die Gewerkschaft den Übergang organisiert. Ernüchtert erkennt sie: Weder Gewerkschaft noch Partei „haben ja überhaupt noch gewusst, wo sie sind.“ Sie schließt einen Überleitungsvertrag ab und fängt am 1. März 1990 bei der Reichsbahn an.



*Abschlussfeier Gewerkschaftshochschule, 1985
(Foto: Sammlung Zeidler)*

Es klingt ein bisschen nach Wildwest, wenn Heidi Zeidler von den übervollen Zügen erzählt und den Währungen, die sie beim Fahrkartenverkauf annehmen durfte: DDR-Mark, DM, Zloty, Rubel und sogar Dollar wurden umgerechnet auf den Preis der Fahrkarten. Bis 1996 arbeitet sie als Schaffnerin im Fernverkehr. Dann besucht sie mit einer Kollegin einen Zugführer-Lehrgang: 4 Wochen Ausbildung, 4 Wochen praktische Einweisung. Zugführer sind nicht nur für Fahrkartenkontrollen und Verkauf, sondern auch für die Sicherheit verantwortlich und halten Kontakt zum Lokführer, anfangs mit Wimpeln, später mit grünen und orangefarbenen Kellen. Bis 2002 ist Heidi Zeidler Zugführerin (Kundenbetreuerin im Nahverkehr) und zugleich eine aktive Gewerkschafterin; sie wird mehrfach in den Betriebsrat der DB-Regio gewählt. Regelmäßig nimmt sie an Gewerkschaftseminaren teil: „Die waren toll!“ Heidi Zeidler lernt von den ‚Westlern‘ und die von ihr, der zumeist Einzigen aus dem Osten. Ein Frauenseminar 2011 in Auschwitz hat sie sehr bewegt.

Der Vater von Heidi Zeidler hat ihr immer gesagt: Wer nicht lernt, muss später Kühe hüten. Heidi Zeidler hat gelernt und studiert. Aber sie kann auch Kühe hüten.



ZEITZEUGIN

GISELA KULIK



(Fotos: Hellemann)



„Offen sein für alles, sich nicht einschließen – und fragen, fragen, fragen!“

Gisela Kulik ist Elektrozeichnerin und IG Metall-Mitglied. Trotz vieler betrieblicher Veränderungen während der Wendezeit konnte sie bis zur Rente in ihrem Betrieb arbeiten. In der ersten ordentlichen Betriebsratswahl 1992 wurde sie mit hoher Stimmenzahl in den Betriebsrat gewählt. Bis zum Ausscheiden aus ihrem Berufsleben blieb sie Betriebsrätin und war viele Jahre stellvertretende Vorsitzende. Sie organisierte nach der Wende Schulungen und Rechtsberatung in der IG Metall, weil „doch keiner bei den vielen neuen Gesetzen durchblickte!“. Eine besondere Herausforderung war der Erhalt der Arbeitsplätze. Gegen Zusammenlegungen und Schließungen haben sie gekämpft – und doch verloren. Das war hart und ging an die Substanz, auch wenn sie Erfolge erreichen konnten. Die Arbeit hat ihr trotzdem Spaß gemacht – bis zum Schluss.

1953	geboren in Cottbus
1967 - 1971	Ausbildung zur Elektrozeichnerin in einer Sonderklasse
1971 / 1978	Geburt des Sohnes / Geburt der Tochter
1975 - 1980	Sonderstudium Betriebsökonomie, parallel zur Arbeit
1980 - 1989	Tätigkeit in der Kalkulation für Elektrotechnik im Tagebau
1990 - 1998	Tätigkeit im Vertrieb: Kalkulation von Kraftwerksanlagen
1999 - 2004	Entwicklung von E-Learning-Kursen für das Betreiben von Kraftwerksanlagen
2004 - 2016	Tätigkeit im Qualitätsmanagement im Bereich Ausrüstungen für Tagebauanlagen
seit 2016	Rentnerin

„Der 8. März lebt noch!“ – jedes Jahr unterstützt Gisela Kulik die Kolleginnen des DGB, der IG Metall und anderer Einzelgewerkschaften aus der Region bei der Organisation des Internationalen Frauentages. Ansprachen, Essen, Trinken und Kultur gehören dazu. Denn: Der 8. März soll an die lange Geschichte des Frauentages erinnern – aber er ist auch zum Feiern da!



Großtagebau in Welzow-Süd/Lausitz, 1980er Jahre
(Foto: Sammlung Kulik)

Gisela Kulik

Gisela Kulik ist Cottbusserin. Hier wurde sie 1953 geboren und hier ist sie geblieben. Mit 14 Jahren beginnt sie eine Ausbildung zum Schaltanlagenmonteur in der VEM – ein Großbetrieb für Starkstromanlagenbau, der Tagebauanlagen produziert. Eine Ausbildung, die ihr die Mutter „besorgt“ hat – in einer Sonderklasse, die auch den Abschluss der 10. Klasse sicherte. Unter den 25 Schülern sind sie fünf Mädchen. Von den Zeugnissen her, erzählt sie, hätte eigentlich irgendetwas mit Deutsch näher gelegen. Aber „wer hat mit 14 Jahren schon eine Meinung dazu, was er werden will?“

Gisela Kulik entscheidet sich für die Fachrichtung E-Zeichnerin. Viel Technik – aber am Ende ihrer Ausbildung kann sie aus einem Bauschaltplan einen Stromlaufplan entwickeln. Das erzählt sie mit spürbarem Stolz. Nach fünf Jahren im Zeichensaal (ein reiner Frauenarbeitsbereich) nimmt sie das Angebot der VEM an, Betriebsökonomie im Rahmen eines Abendstudiums zu studieren. Sie schließt das Studium erfolgreich ab und arbeitet dann in der Kalkulation für elektrotechnische Ausrüstung der Tagebauanlagen.

Es ist ein beruflicher Aufstieg, den Gisela Kulik ohne die staatlichen Maßnahmen zur Qualifizierung von Frauen und Müttern vermutlich nicht so problemlos erreicht hätte. Ihre Ausbildung in einer Sonderklasse, ihr Studium, das ursprünglich als Frauensonderstudium konzipiert war (aber dann ein normales Abendstudium wurde, weil nicht ausreichend Frauen sich interessierten), die betriebliche Unterstützung während des Studiums mit Studientagen und Freistellung zur Anfertigung der Abschlussarbeit haben das Fortkommen mit ermöglicht. Und – das betont Gisela Kulik – immer: mit vollem Lohnausgleich. Kritischer beurteilt sie die Möglichkeiten für Frauen in Leitungsfunktionen. Abteilungsleiter und Direktoren – das waren eben Männer. Nicht dass die Frauen es nicht gewollt hätten, glaubt sie, aber es wurde ihnen einfach nicht angeboten. Sie selbst hatte es dann bis zur Gruppenleiterin gebracht, eine Aufgabe, die sie gerne übernommen hat. Sie sagt, dass sie immer ein gutes Verhältnis zu ihren Kollegen und Kolleginnen hatte - bis heute, und sie strahlt, wenn sie sagt „Wir waren ein tolles Team!“

Im privaten Leben steht Gisela Kulik gleich nach dem Ende der Ausbildung vor einer großen Herausforderung: Sie ist gerade 18 Jahre geworden und schwanger. Ihr Mann studiert in Dresden – sie wohnt bei der Mutter, einer pensionierten Lehrerin. Das Kind wird vier Wochen zu früh geboren. Gisela Kulik hat keinen Krippenplatz, aber sie braucht das Geld. So übernimmt sie Heimarbeit: 8,75 Stunden täglich technische Zeichnungen zuhause am Tisch. Sie habe gearbeitet wie eine Verrückte und kaum geschlafen – auch wenn die damalige Chefin rücksichtsvoll mit den Aufträgen ist. „Das war die härteste Zeit, das war wirklich hart!“ Bis ihre Mutter dann einen Krippenplatz „organisiert“ hat. Das lief sicher auch über ihre alten Beziehungen, die sie noch in der Volksbildung hatte, erklärt Gisela Kulik, denn 1971 gibt es eben noch nicht genügend Krippenplätze. 1978, bei der Geburt ihres zweiten Kindes ist es schon einfacher. Sie steht nun mitten im Studium und kann das Babyjahr in Anspruch nehmen – aber nicht ganz, denn der Krippenplatz wird etwas vorzeitig angeboten. Sie geht deshalb drei Monate früher wieder zur Arbeit, denn: Ohne Arbeit gibt es keinen Krippenplatz.

Gisela Kulik hat nicht nur über Jahrzehnte hinweg, sondern auch unter ganz unterschiedlichen Bedingungen die betrieblichen Veränderungen hautnah erlebt und durchzustehen: Es gibt Übernahmen und Teilschließungen ihres alten Betriebes. Schon 1986 gibt es in der DDR eine Fusion ihrer Firma mit einem anderen Unternehmen und eine Weiterführung unter einem neuen Namen. Für Gisela Kulik bedeutet das den Wechsel in eine andere Abteilung. Hier ist sie nicht mehr Gruppenleiterin, sondern Sachgebietsleiterin. Nach der Wende 1990 übernimmt ein großer Technologiekonzern den Betrieb von der Treuhand und die Bereiche werden umstrukturiert. Gisela Kuliks Arbeitsgruppe wird auseinandergerissen, sie kann im Kraftwerksbereich bleiben und kalkuliert weiter Projekte für Kraftwerksanlagen. Eine leitende Funktion hat sie nun nicht mehr. Sie schildert, wie von den ehemals 3000 Mitarbeitern nach und nach viele entlassen und die Bereiche dezimiert oder geschlossen werden. 1999 – der Treuhandvertrag ist abgelaufen – wird auch ihr Bereich dichtgemacht. Es heißt: Den brauchen wir nicht mehr in Ostdeutschland, wir machen jetzt alles von Mannheim aus.



*Gisela Kulik als Auszubildende der VEM, um 1970
(Foto: Sammlung Kulik)*



*Elektrozeichnerinnen der VEM, einem Betrieb für Elektroenergieanlagen, um 1970
(Foto: Sammlung Kulik)*

Gisela Kulik ist zu dem Zeitpunkt schon Mitglied des Betriebsrats. Der entwickelt Pläne für einen neuen Bereich: ABB University, E-learning für Kraftwerksanlagenbetreiber. Das Konzept hat Gisela Kuliks Team erarbeitet, zweisprachig, für die vielen Kunden aus dem Ausland. Aber die Unternehmensstrategie erklärt jeden Bereich zum Profitcenter, das sich selbst finanzieren und Profit erwirtschaften muss. Fünf Jahre haben sie durchgehalten, aber es sind dann doch zu wenige Kunden. Der Bereich wird geschlossen. „Aber“, sagt Gisela Kulik, „eigentlich waren wir unserer Zeit damals weit voraus.“

So steht sie 2004 wieder vor der Frage: Wie soll es weitergehen? Seit fast 40 Jahren ist sie nun in diesem Betrieb beschäftigt, hat Aufgaben und Verantwortung übernommen, hatte immer ein offenes Ohr für die Probleme ihrer Kolleginnen und Kollegen. Zur DDR-Zeit war sie in der Betriebsgewerkschaftsleitung für den Kinder- und Jugendbereich zuständig und später Vorsitzende des Frauenausschusses, nach der Wende wählen ihre Kollegen sie wie selbstverständlich in den Betriebsrat. Sie selbst sagt, dass die langjährige Betriebszugehörigkeit, die Unterstützung des Betriebsrates und die Solidarität einer Kollegin, die Stunden abgegeben hat, ihr zu einer Stelle in ihrem ursprünglichen Arbeitsbereich „Ausrüstungen für Tagebauanlagen“ verholfen haben. Gisela Kulik wird hier im Qualitätsmanagement eingesetzt, und das erweist sich als Glücksfall: Sie ist zuständig für Arbeitssicherheit und Brandschutz, kommt in alle Bereiche des Betriebes und sorgt für die Umsetzung der Verordnungen, organisiert arbeitsmedizinische Untersuchungen, veranstaltet Schulungen. „...das war die tollste Arbeit, die ich je hatte. Das war so interessant! Die Arbeit mit Menschen war das, was ich eigentlich immer wollte – aber da war ich nun schon 50 Jahre!“ Mehr als 10 Jahre lang hat sie diesen Arbeitsplatz noch ausfüllen können.

„Es war mein Glück“, sagt sie – auch dass sie mit 63 Jahren und 45 Beitragsjahren ohne Abzüge in Rente gehen kann.

Im Rückblick auf ihre Arbeitsjahre hebt Gisela Kulik eines hervor: „Das Schönste war, dass ich immer einen guten Kontakt zu den Kollegen hatte und immer noch habe, das ist eigentlich die schönste Erinnerung.“



*Gewerkschaftstag der IGM 1992, Empfang im Hamburger Senat bei Henning Voscherau
(Foto: Sammlung Kulik)*

INTERVIEWS

Spitz' die Ohren und wirf einen Blick in die Lebens- und Arbeitswirklichkeit junger Brandenburger Frauen.



Katarina Golbs
lebt im Oderbruch



Xenia Karapetian
aus Eisenhüttenstadt



Ramona Sommer
aus Neuruppin

ZEIGEN, WAS ES GEGEBEN HAT

Ende 2018 haben wir mit den beiden Initiatorinnen über die Geschichte des Ausstellungsprojekts gesprochen. Wir wollten wissen, ob und wie es für das frauenpolitische Engagement in der Region eine Unterstützung ist und zu welchen neuen Ideen es angeregt hat.

Bärbel Zimmermann ist Personalratsvorsitzende in der Kreisverwaltung Potsdam-Mittelmark und war bis vor kurzem auch Vorsitzende des DGB-Kreisverbands im Landkreis. Sie ist Jahrgang 1956, geboren in Jüterbog, hat zwei Kinder und lebt in Potsdam.

Theresa Pauli ist Gleichstellungsbeauftragte für Potsdam Mittelmark. Sie ist Jahrgang 1986, aufgewachsen in Ludwigsfelde, hat drei Kinder und lebt in Brandenburg/Havel.

Fragen: Martina Panke, Karin Sötje



im Gespräch (Foto: Sötje)

| Wie ist die Idee zur Ausstellung „Frauenarbeit in Brandenburg“ entstanden?

B. Zimmermann: Wir wollten eine Ausstellung, die den Kindern, den Frauen zeigt, was es hier gegeben hat. Sie sollte unsere Geschichte, auch über Generationen hinweg, abbilden. Wir haben dann beschlossen, gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten ein Ausstellungsprojekt zum 8. März anzuschließen. Es ist schön, dass es solche Resonanz hat!

Th. Pauli: Meine Motivation war und ist immer noch, meiner Generation mehr Wissen darüber zu vermitteln, was unsere Mütter und Großmütter geleistet haben und auch leisten mussten. Das Wissen geht ja verloren. Meine Generation fragt nicht nach, nicht über das Leben, nicht über die Arbeit in der DDR. Wir fragen auch unsere Eltern nicht.

Meine Recherchen ergaben, es gibt Ausstellungen zu Frauen in verschiedenen Jahrzehnten, in verschiedenen Systemen, zu unterschiedlichen Themen: aber keine über Frauenarbeit in der DDR.

| Mit welchen Argumenten lässt sich bei anderen kommunal engagierten Frauen für diese Ausstellung werben?

Th. Pauli: Sie gibt einen Rundblick auf das System Arbeitswelt DDR – aus der Frauenperspektive. Die ostdeutsche und westdeutsche Frauenbewegung unterscheiden sich ja in ihrer Herangehensweise. Die Ausstellung lässt sich für einen Vergleich nutzen: Was wurde mit der Wende abgegeben, was musste danach wieder erkämpft werden? Das kann man gut diskutieren.

Die Ausstellung lässt sich mit Seniorinnen, mit Jüngeren, mit Ostdeutschen, Westdeutschen und auch international nutzen. Sie ist optisch schön und zeitlos und vor allem ist sie anschlussfähig.

B. Zimmermann: Sie ist ein guter Impuls ins Gespräch zu kommen, über Generationen hinweg. Was war damals, was ist heute. Die jungen Frauen sagen: Das war ja viel besser oder: ne, so wollen wir das nicht. Die westdeutschen Kolleginnen erzählen, dass sie neidisch auf die Frauen im Osten geguckt haben, sie mussten kämpfen und auf die Straße gehen. Und dass sie große Hoffnung in die Wende gesetzt hatten und enttäuscht sind, dass so viel weggebrochen ist.

Th. Pauli: Für uns jüngere Frauen ist es wichtig, diese Vorbilder zu sehen: Ingenieurinnen, Lokführerinnen, vollzeitbeschäftigte Frauen in Männerberufen. Die Berufswahl wurde zwar auch gelenkt, aber die Berufswelt war vielfältiger.

| Ihr arbeitet beide in der Region vor Ort. Gibt es Ideen, wie die Ausstellung für Veranstaltungen oder auch Einrichtungen im Landkreis genutzt werden kann?

Th. Pauli: Ich sehe viele Möglichkeiten: Für Seniorinnen, für die Landfrauen, die sehr aktiv sind. Die Familienzentren wären auch ein guter Ort, da kommen viele junge Mütter hin. Aber auch der Schulbereich. Laut Rahmenlehrplan wird „Kalter Krieg“ gelehrt: Meine Mutter war Gymnasiallehrerin, sie hat das genutzt, um Frauenthemen im Ost-Westvergleich einzubringen.

B. Zimmermann: Bei uns war das auch ein Thema in der Familie. Eine Freundin ist beruflich in den Westen gegangen und sagt, es gab kein Interesse zu erfahren, wie wir gelebt haben. Die Freunde ihrer Kinder denken, hinter Berlin liegt Sibirien. Ich frag mich, wie in den Familien über uns geredet wird. Welches Bild wird vermittelt? Wie werden wir dargestellt?

Th. Pauli: Ich habe in Erfurt studiert, und erst da wurde ich gefühlt zur „Ostdeutschen“. Die Westdeutschen mussten sich dagegen fragen lassen, warum sie „in die Zone“ gehen zum Studium und ob es da Internet gibt und zu welchem Arzt sie dann gehen. Es braucht ja mehr für ein Geschichtsbild: Familie, Schule, Fernsehen – erst im Zusammenspiel kann man sich eine Meinung bilden. Und wenn Schule und Familie nichts einbringen, was für ein Bild entwickelt sich dann?

B. Zimmermann: Zur Anregung, die Ausstellung in die Familienzentren zu bringen: Es wäre wichtig, dass Zeitzeuginnen ansprechbar sind. Die jungen Frauen sehen zwar, wie die Frauen sich zu der Zeit organisiert haben, aber können nichts damit anfangen. Ja, ich könnte mir vorstellen, eine Runde lebenserfahrener Frauen von hier zu gewinnen, die als Zeitzeuginnen die Ausstellung begleiten. Es gäbe dann auch einen regionalen Bezug.

Th. Pauli: Ich denke, dass es noch viele Frauen gibt, die auch zu DDR-Zeiten gearbeitet haben. Aber man muss natürlich bedenken, dass jede andere Erfahrungen gemacht hat. Je nach Partei oder anderen Gruppenzugehörigkeiten haben sie vermutlich einen unterschiedlichen Blick auf Diskriminierungen im DDR-System.

B. Zimmermann: Man muss sich auf die Schwerpunkte beziehen, die das Leben abgebildet haben und darüber möglichst vorurteilsfrei diskutieren. Es soll ja der Blick geöffnet werden für die Probleme von damals. Auch unter den Rahmenbedingungen, die da waren.

| Welche Fragen, welche Themen sollten heute im Vordergrund stehen?

Th. Pauli: Es kommt auf die Zielgruppe an. Eltern einer Krabbelgruppe sind vermutlich an der Kinderbetreuungssituation interessiert. Ich als Gleichstellungsbeauftragte würde die wirtschaftliche Unabhängigkeit in den Mittelpunkt stellen.

B. Zimmermann: Ich beobachte als Personalrätin, dass bei vielen jungen Leuten die Familie an erster Stelle steht. Sie sind bereit, dafür in Teilzeit zu gehen, Abstriche zu machen und auch den Arbeitsplatz oder den Arbeitgeber zu wechseln. Aber ich sehe bei den jungen Frauen auch die Sorge, ob sie nach der Elternzeit auch wieder auf den Arbeitsplatz zurückkehren können.

Th. Pauli: Die Konkurrenz, der Leistungsdruck ist hoch. Wie Frau es macht, ist es verkehrt. Egal ob sie gleich nach dem Mutterschutz oder erst nach der Elternzeit in den Beruf zurückkehrt, ihre Chancen stehen immer schlechter als vorher. Ich weiß selbst nicht, was ich einer Frau raten soll. Auf alle Fälle natürlich, dass auch der Mann mehrere Monate Elternzeit nimmt – schon wegen der Rollenverteilung. Es gibt ja verschiedene Rollenmodelle, aber die sind nicht präsent. Deshalb finde ich die Ausstellung so wichtig.

Sie sprechen mit vielen Frauen. Mit welchen Problemen und Fragen werden Sie häufig konfrontiert?

Th. Pauli: Zu mir kommen wenige Frauen. Vielleicht auch, weil sie ihr Problem nicht als Gleichstellungsfrage sehen. Es geht um wirtschaftliche Unabhängigkeit und/oder das Zurück in die einfachen Rollenbilder. Der Blick für Diskriminierung als Frau fehlt häufig oder er kommt zu spät, und dann wird individualisiert nach dem Motto: Frau ist selber schuld, wenn sie so wenig Geld verdient, dann hat sie eben schlecht verhandelt. Eigentlich sind es immer noch die Gleichstellungsthemen, die schon seit 20 Jahren auf der Agenda stehen: Quotenfrau und geschlechtergerechte Sprache zum Beispiel.

B. Zimmermann: Also dieses „die Frau bleibt zuhause und versorgt die Kinder“, darüber hätte ich nie nachgedacht. Ich hätte ja auch nichts bekommen, um zu Hause bleiben zu können. Heute ist die Entscheidung abgesichert. Die gesellschaftlichen Angebote sind da und die Entscheidung wird leichter gemacht.

Th. Pauli: Mit Teilzeit ist natürlich auch vieles leichter zu ‚handlen‘. Man muss sich nicht so viel abstimmen und es gibt immer Gründe, warum man lieber Teilzeit arbeitet. Aber über die Rente denkt dann noch keine Frau nach. Und es sind ja die Frauen, die in Teilzeit gehen. Bei uns in der Kreisverwaltung sind 93% der Teilzeitbeschäftigten Frauen. Männer reduzieren eher ihre Arbeitszeit, um eine Weiterbildung zu machen, Frauen, um die familiären Belastungen zu mindern.

In der Ausstellung ist noch eine Tafel frei. Welchem Thema würden Sie die Tafel widmen?

Th. Pauli: Gleichstellung und Rollenerwartungen unter Einbeziehung der Männer: also vielleicht ein Männer-Rollup, die ‚andere Seite‘ des Rolemodels.

B. Zimmermann: Ich finde die Sicht der Kinder wichtig. Wie haben sie ihre Mütter, Großmütter erlebt? Waren sie stolz auf die Mütter oder haben sie ihnen gefehlt?

Im Land Berlin wird über den Internationalen Frauentag am 8. März als Feiertag diskutiert. Eine gute Idee?

Th. Pauli: Wenn der Tag als Protesttag, als Kampftag begangen wird, dann bin ich dafür. Also wenn wichtige, frauenspezifische Themen wie Ungleichheit damit in die Öffentlichkeit kommen. Und das Datum ist multikulturell anschlussfähig, also besser als der Reformationstag.

B. Zimmermann: Es wäre ein Zeichen, eine Wertschätzung der Frau. Ein Tag als Würdigung, denn kämpfen tun wir gefühlt 364 Tage im Jahr.

Nele Techen

FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK – MEHR TEMPO, BITTE!

Viele Kolleginnen, Betriebsrätinnen und Gewerkschafterinnen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark engagiert und sehr viele Erfolge erzielt - mal mit mehr Unterstützung ihrer Kollegen, mal mit weniger. Die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt wächst stetig. Vom Mutterschutz, über den Erziehungsurlaub und Elternzeit bis zur aktuellen Brückenteilzeit, die Rahmenbedingungen haben sich stetig verbessert.

Aber offensichtlich, wie nachfolgende Daten (Stand 2024) zeigen, sind wir noch nicht im Ziel.

Die sogenannte Entgeltlücke – also der Betrag, den Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer, beträgt in Ostdeutschland 7 Prozent. Sie liegt damit unter der gesamtdeutschen Entgeltlücke – aber insgesamt verdienen Frauen und Männer in Ostdeutschland immer noch weniger als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Die Differenz ist in tarifgebundenen Unternehmen sehr viel kleiner als in tariflosen.

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen beträgt 24 Prozent. Er hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt, liegt aber deutlich unterhalb des internationalen Durchschnitts und ist in den Branchen sehr unterschiedlich. In den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen sind es mittlerweile 35,7% Prozent nach Einführung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Insgesamt sind 2024 mehr als 12 Mio. Menschen in Deutschland in Teilzeit beschäftigt, über 78 Prozent davon sind Frauen. Ein Drittel der Beschäftigten in Teilzeit gaben bei einer IG Metall-Beschäftigtenbefragung an, ihre Arbeitszeit erhöhen zu wollen, es aber aufgrund des fehlenden Entgegenkommens der Arbeitgeber nicht zu dürfen.

Wir bleiben dran: Leitbild gewerkschaftlicher Gleichstellungspolitik ist die eigenständige Existenzsicherung von Frauen. Damit sie gelingen kann, müssen wir Geschlechterungleichheiten überwinden und die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen im Alltag verbessern – in Betrieben und Verwaltungen, in Kreisen und Städten. Gleichzeitig muss Familienpolitik alle unterstützen, die füreinander Verantwortung übernehmen und Partnerschaftlichkeit von Anfang an fördern. Weil Arbeit und Leben für Männer und Frauen zueinander passen müssen!

Damit Frauen wirtschaftlich unabhängig sein können, müssen sie gleichberechtigt am Erwerbsleben teilhaben können. Bundesregierung und Arbeitgeber müssen dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Das bedeutet konkret: Unbezahlte Sorgearbeit muss umverteilt und die Betreuungsinfrastruktur ausgebaut werden, Beruf und Familie müssen besser miteinander vereinbar und Löhne existenzsichernd sein.

Die Bilanz bezüglich der Themen, die wir in den letzten Jahren in der Bundespolitik platzieren konnten, ist durchwachsen: In einigen Punkten sind wir vorangekommen – mussten aber auch Abstriche in Kauf nehmen. Den Mindestlohn konnten wir nach vielen Jahren engagierter Arbeit durch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter durchsetzen und auf Druck erhöhen. Hiervon profitiert auch eine große Anzahl von Frauen. Aber: Es gibt zu viele Verstöße gegen den Mindestlohn und zu wenig Kontrollen, zudem ist der Mindestlohn nur das Mindeste. Wir streiten weiter für mehr Tarifbindung, die leider in den letzten Jahren zurückgegangen ist.

In 2017 trat das Entgelttransparenzgesetz in Kraft, das erstmals ein individuelles Auskunftsrecht zur Bezahlung gibt. Das sind Ansätze in die richtige Richtung – aber wir haben dringenden Nachbesserungsbedarf!

Beim Entgelttransparenzgesetz sehen wir die Notwendigkeit, dass das Gesetz auch für Betriebe mit weniger als 200 Beschäftigte gilt, denn sonst werden viele Frauen nicht davon profitieren. Zwei Evaluationen, an der auch viele Betriebsrätinnen teilgenommen haben, wurden durchgeführt. Das Entgelttransparenzgesetz hat dazu beigetragen, das Thema der ungleichen Bezahlung von Frauen, mit allen negativen Folgen, in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Wirklich geändert hat es nichts. Das liegt vor allem daran, dass es für sehr viele Beschäftigte und Betriebe nicht gilt. Wer in einem Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten arbeitet, hat Pech gehabt, wer als Arbeitgeber mehr als 500 Menschen beschäftigt, Glück. Wobei selbst große Unternehmen lediglich aufgefordert werden, gerechte Strukturen zu schaffen. Gesetzlich verpflichtet sind auch sie nicht. Wenn das Gesetz wirklich greifen soll, muss es dringend nachgebessert werden.

Um das Recht auf Teilzeit haben Gewerkschaften lange gekämpft. Seit 2001 steht es im Gesetz und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ist gestiegen, vor allem unter Frauen. Doch nach dem ersten Jubel, fühlten sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, vor allem aber berufstätige Frauen, die ihre Arbeitszeit verringert hatten, ernüchtert. Denn einmal Teilzeit bedeutet für viele immer Teilzeit. Damit ist die berufliche Karriere für viele oft zu Ende oder geht sogar steil nach unten. Aktuell besteht das Recht, vorübergehend die Arbeitszeit zu reduzieren, nur in Betrieben mit mehr als 45 Beschäftigten. Arbeitnehmer*innen die bisher in Teilzeit gearbeitet haben, sollen das Recht haben ihre Arbeitszeit zu erhöhen. Sonst droht vor allem für Frauen die Teilzeitfalle.

Neben Nachbesserungsbedarf an den Gesetzen ist es jetzt auch unsere Aufgabe, die gesetzten Ansprüche in betriebliche Praxis umzusetzen. Hierzu werden wir weitere Konzepte, Handlungsstrategien und Materialien zur betriebspolitischen Umsetzung entwickeln und gemeinsam mit Gewerkschaften, Betriebsräten und Vertrauensleuten umsetzen.

Wir haben vor einiger Zeit 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert. Der 12. November 1918 gilt als die Geburtsstunde des Frauenwahlrechts in Deutschland. An diesem Tag rief der Rat der Volksbeauftragten das deutsche Volk auf: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen“. Am 19. Januar 1919 wurden 37 Frauen in die Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung gewählt.

Das Wahlrecht gehört zu den elementaren demokratischen Grundrechten. Die Errungenschaft des Wahlrechts für Frauen, das von entschiedenen Frauenrechtlerinnen erkämpft wurde, legt einen wichtigen Grundstein für die gesetzliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Die Parlamente sind zurzeit so männlich aufgestellt wie lange nicht mehr. Sowohl in Landtagen als auch im Bundestag sind deutlich weniger als ein Drittel der Abgeordneten weiblich. Damit sind Frauen bei der politischen Gestaltung unseres Landes unterrepräsentiert. Zudem versuchen rechtspopulistische Kräfte die Zeit zurückzudrehen. Sie propagieren ein Rollenverständnis von vorgestern und wollen Frauen wieder in enge Schranken weisen. Da halten wir gegen!

Frauen haben die Wahl und können sich für Wahlen aufstellen lassen, auch bei den nächsten Betriebsratswahlen. Die konstant steigende Zahl der weiblich besetzten und geführten Betriebsratsgremien ist einer von vielen positiven Aspekten mitbestimmter Unternehmen. Sie sind auch in höherem Maße gleichgestellt. Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen führen zu besseren Bedingungen in der Bezahlung, der Arbeitszeit und der Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf. Gezielte Frauenförderung ist so besser möglich – und führt zu besseren Ergebnissen.

Ein Blick auf die politische Bildung: Sie schafft die Grundlage dazu, dass sich die Einzelnen bei politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen einbringen. Sie stärkt die grundlegenden Werte einer demokratischen und sozialen Gesellschaft. Bildung schafft Chancen.

Aktuell planen Bundes- und Landesregierungen massive Kürzungen für die Politische Bildung. Dies stellt die Politische Bildung vor große Herausforderungen und Probleme. Die Folgen können die gesamte Gesellschaft betreffen. Die Maßnahmen kommen zu einer Zeit, in der der Frust über die Demokratie wächst und der Ton in der Gesellschaft schärfer wird. Rechtsextreme Tendenzen gewinnen an Einfluss. Die Notwendigkeit von Aufklärung und Politischer Bildung war noch nie so dringlich. Für jeden Einzelnen. Für alle. Auch für Frauen.



#machdichstark – Fotoaktion DGB-Projekt „Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“, 2017 (DGB)

Laura Rauschnick

MACH DICH STARK MIT DEM PROJEKT

“WAS VERDIENT DIE FRAU? MEHR GELD, ZEIT UND RESPEKT!“

Junge Frauen wollen auf eigenen Beinen stehen! Sie wollen ihre Karriere- und Familienplanung selbst und auf Augenhöhe mit dem*der Partner*in in die Hand nehmen. In der Realität gestaltet sich das oftmals schwieriger als gedacht. Zwei Drittel der beschäftigten Frauen verdienen nicht genug, um mit ihrem Einkommen für Phasen der Nichterwerbstätigkeit (z.B. während der Kindererziehungszeiten oder im Alter) vorzusorgen. Kommen Kinder hinzu, sieht das Ganze noch drastischer aus: Nur jede vierte erwerbstätige Frau kann den Unterhalt für sich und ihren Nachwuchs selbst erwirtschaften – bei den erwerbstätigen Männern ist es immerhin jeder zweite.

Die Orientierung an klassischen „Frauenberufen“, welche häufig schlechter bewertet und bezahlt werden, familienbedingte Unterbrechungen der Erwerbsarbeit und nicht zuletzt Geschlechterstereotype und veraltete Rollenvorstellungen tragen dazu bei, dass Frauen signifikant schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Sie verdienen fast ein Viertel weniger als Männer und stehen damit einem enormen Risiko gegenüber: der Altersarmut. Der Rentenanspruch von Frauen ist durchschnittlich nur halb so hoch wie der von Männern.

Wir finden: Das muss sich ändern! Die eigenständige Existenzsicherung muss unabhängig von verschiedenen Lebens- und Familienmodellen gesichert sein und darf nicht durch eine Trennung oder Schwangerschaft gefährdet werden. Um die langfristigen Auswirkungen von Erwerbsentscheidungen zu verstehen, müssen alle Phasen im Verlauf eines (Erwerbs-)Lebens einbezogen werden. Deshalb setzen wir schon früh an.

Damit Frauen sich schon im jungen Alter für ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit stark machen können, stellen wir vom DGB-Projekt „Was verdient die Frau? Mehr Geld, Zeit und Respekt!“ jungen Frauen viele Informationen, Fakten und Tipps über Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, vor allem Instagram und auf www.was-verdient-die-frau.de.

In unserem Bildet Banden!-Netzwerk vernetzen wir außerdem junge Frauen miteinander. In verschiedenen Städten deutschlandweit entstehen Banden, die sich monatlich treffen und zu unseren Themen austauschen. Zusammen sind wir stärker!

Letztendlich müssen sich jedoch die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz ändern, damit Frauen die Chance haben, wirtschaftlich unabhängig zu werden und zu bleiben. Dafür besuchen wir Betriebe und geben Vorträge oder Workshops mit praktischen Tipps für mehr Gleichstellung im Arbeitsleben. Wir zeigen auf, welchen Herausforderungen Frauen gegenüberstehen, warum man sehr wohl über Geld sprechen sollte, welche Arbeitszeiten zum Leben passen und wie ein diskriminierungssensibler Arbeitsplatz aussehen kann. Leitfäden und gute Praxis Beispiele zum Thema Gleichstellung veröffentlichen wir zudem in einer Toolbox auf unserer Website.

Wir fordern, dass sich die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen zugunsten wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Frauen verändern – deshalb informieren wir auch Politik und Gewerkschaften über unsere Themen und formulieren konkrete Handlungsempfehlungen.

Jetzt „Was verdient die Frau?“ folgen und sich über wirtschaftliche Unabhängigkeit informieren:

Instagram: www.instagram.com/wasverdientdiefrau_

Facebook: www.facebook.com/wasverdientdiefrau

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/wasverdientdiefrau>



KUNST IM SCHAUDEPOT BEESKOW

Das Museum Utopie und Alltag (Kunstarchiv) Beeskow beherbergt einen besonderen Bestand bildender Kunst aus der DDR, der von kulturhistorischem wie kunsthistorischem Interesse ist. Vor 1989 im Besitz von Parteien, Massenorganisationen und staatlichen Einrichtungen der DDR, gehören die Arbeiten heute den jeweiligen Bundesländern. Im Beeskower Depot lagern die Anteile der Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Diese zufällige wie abgeschlossene Zusammenstellung staatlich finanzierter Werke bietet heute facettenreiche Einblicke in das Kultur- und Kunstsystem DDR: Hier können politische und gesellschaftliche Normen abgelesen, aber ebenso bildnerischen und ästhetischen Qualitäten nachgespürt werden.

Seit Gründung der Institution Mitte der 1990er Jahre bis heute sind die Aufgaben der Erhalt der rund 17.000 Werke der bildenden Kunst sowie die wissenschaftliche Erschließung und Veröffentlichung dieser Bestände. In zahlreichen eigenen Ausstellungen sowie in Kooperationen mit Ausstellungshäusern und Institutionen bundesweit, werden die Werke kontinuierlich der Öffentlichkeit präsentiert sowie in Symposien und Vorträgen zur Diskussion gestellt. Das Verbundprojekt „Bildatlas: Kunst in der DDR“ (2009-2012) führte in Beeskow zu einer intensiven wissenschaftlichen wie digitalen Erfassung der Bestände, die, zusammen mit der Generalinventur (2015-2019), eine solide Basis für die weitere Arbeit bilden.

So versteht sich das Museum Utopie und Alltag Beeskow als kooperative Forschungsstätte und Wissensspeicher. Es lädt Forschende, Kuratierende oder Geschichtsinteressierte ein, das in Beeskow lagernde Konvolut an Werken zu befragen. Neben der Nutzung der Datenbank steht ebenso die vom Museum geführte Spezialbibliothek zum Thema „Kunst in der DDR“ den Recherchierenden offen. Jenseits der Organisation von Ausstellungen agiert das Museum als Leihgeber und arbeitet mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern zusammen.

Großformatige Ölgemälde, fragile Papierarbeiten, schwere Bronzestatuen, feine Porzellankeramiken, aufwendig geknüpft Wandteppiche – nicht nur die Quantität, besonders die Vielfalt des Beeskower Bestands verlangt eine Depotanlage, die für jedes Werk einen adäquaten Standort bietet. In direkter Nachbarschaft der Burg Beeskow, beherbergt seit 2018 ein neues, aktuellen Standards entsprechendes Schauderpot den Kunstbestand. Viel Platz und moderne Technik bedeuten nicht nur eine beständige und fortwährende Sicherung der Arbeiten, sondern auch die erforderliche Sichtbarkeit. Das Konzept des offenen Depots ermöglicht es Besucherinnen und Besuchern während einer Führung das Spektrum der archivierten Werke zu entdecken.

Neben regelmäßigen Depotführungen sind Sommerschulen und -akademien ein Kernbestandteil der Vermittlungsarbeit. Im Zusammenwirken mit Schulen der Region sowie mit Universitäten aus dem In- und Ausland, werden Projektstage gestaltet. Die Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende und Promovierende befassen sich in mehrtägigen Workshops mit Frage- und Problemstellungen, die den Bestand an Kunst aus der DDR in Beeskow betreffen.

Wie das Depot in Beeskow fungiert die Sammlung für Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt mit seinen über 160.000 Objekten als ein Ort des kulturellen Gedächtnisses. Nicht nur thematisch verhalten sich diese beiden Institutionen wechselseitig zueinander, auch in ihrer Aufgabenstellung: dem Bewahren, Erschließen und Vermitteln einer materiellen und visuellen Kultur, die nach 1990 ihren unmittelbaren Bezug verloren hat. Es gilt den historischen Komplex - 40 Jahre DDR - aus immer neuen Perspektiven zu betrachten und zu diskutieren. Unter dem neuen Namen „Museum Utopie und Alltag“ (2021) können Kunstarchiv und Dokumentationszentrum noch besser kooperativ, interdisziplinär sowie vergleichend arbeiten und in diesem Sinne nach außen wirken, um eine differenzierte Geschichtsbetrachtung für den Diskurs aktueller gesellschaftlicher Prozesse zu aktivieren.

BILDINFORMATIONEN

In der Ausstellung „Frauenarbeit – Frauenalltag – Frauenrechte“ sind drei Gemälde aus dem Bestand des Museums Utopie und Alltag. Wir dokumentieren hier einen Teil der Informationen, die dort zu diesen Bildern vorhanden sind.

Buna-Aphorismen – Das Liebespaar, Vera Singer 1977 (Öl auf Hartfaser)

Das Bild gehört zu der im Auftrag entstandenen Folge „Buna-Aphorismen – aus dem Leben eines Großbetriebes“. Entstanden im Auftrag des FDGB-Bundesvorstandes Berlin; als Leihgabe an den FDGB-Verlag Tribüne Berlin vergeben; nach 1989 Zwischenlagerung in Berlin; seit 1995 im Kunstarchiv Beeskow; Eigentümer: Land Berlin

Ausstellung: „Fortschritt, Norm und Eigensinn“ im Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR Eisenhüttenstadt, 1999/2000

Porträt Jutta Birkholz (Arbeiterin), Claudia Borchers 1983 (Öl auf Leinwand)

Laut Vertrag entstanden im Auftrag des Zentralrats der FDJ Berlin; vermutlich wurde es dort auch aufbewahrt bzw. ausgestellt (ungesicherte Information); nach 1989 Zwischenlagerung in Berlin; seit 1994 im Kunstarchiv Beeskow; Eigentümer: Land Berlin

Ausstellungen: „Role Models! – Die Frau in der DDR in Selbst- und Fremdbildern“, Kunststiftung Poll Berlin, 2012 und Burg Beeskow (2013); „Guter Stoff – Kleidung im DDR-Alltag“, Humboldt-Universität zu Berlin (2015)

Paar, Barbara Müller 1976 (Öl auf Hartfaser)

Unklar, ob es sich um ein Auftragswerk handelt; wurde durch den Staatlichen Kunsthandel (SKH) verkauft an das Zentralinstitut für Kernforschung; ab 1990 im Eigentum der Stiftung Kulturfonds; seit 2005 Eigentum des Landes Brandenburg; seit 1992 oder 1993 im Kunstarchiv Beeskow

Ausstellungen: „VIII. Kunstausstellung der DDR“, Dresden (1977); „Querformat 2“, Beeskow (1995) und im Ruhrgebiet (1996); „Enge und Vielfalt“, Königsstein-Magdalenenburg (1999); „Jugend zwischen Mauer und Perestroika“, Institut für Kulturaustausch Tübingen (2016)

GEWERKSCHAFTLICHE FRAUENARBEIT IN BRANDENBURG

**IG Bauen-Agrar-Umwelt
Bezirksverband
Mark Brandenburg**
„Haus der Gewerkschaften“
Breite Straße 9A
14467 Potsdam
Tel.: 0331 230796
potsdam@igbau.de

Bezirksverband Oderland
Grabowstraße 49
16225 Eberswalde
Tel.: 03334 380150
eberswalde@igbau.de

Bezirksverband Südbrandenburg
Straße der Jugend 13/14
03046 Cottbus
Tel.: 0355 7843690
cottbus@igbau.de

**IG Bergbau-Chemie-Energie
Bezirk Berlin - Mark Brandenburg**
Büro Berlin
Inselstraße 6a
10179 Berlin
Tel.: 030 308680-0
bezirk.berlin@igbce.de

**IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-
Sachsen**
Alte Jakobstr. 149
10969 Berlin
Tel.: 030 253750-0
kontakt@igmetall-bbs.de

Geschäftsstelle Potsdam/ Oranienburg
Fontanesiedlung 13
16761 Hennigsdorf
Tel.: 03302 5057-20 und 30
oranienburg@igmetall.de

IG Metall Ostbrandenburg
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt/Oder
Tel.: 0335 55499-0
Fax: 0335 549734
ostbrandenburg@igmetall.de

IG Metall Cottbus
IG Metall Verwaltungsstelle Cottbus
Töpferstr. 2
03046 Cottbus
Tel: 0355 38058-0
cottbus@igmetall.de

IG Metall Südbrandenburg
Friedrich-Engels-Straße 21
03238 Finsterwalde
Tel.: 03531 507878-0
suedbrandenburg@igmetall.de

GEW Brandenburg
Postanschrift:
Postfach 60 07 63
14407 Potsdam
Adresse:
Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Tel.: 0331 27184-0
Landesgeschäftsstelle
info@gew-brandenburg.de

**Gewerkschaft der Polizei
Brandenburg**
Landesbezirk Brandenburg
Großbeerenstraße 185
14482 Potsdam
Tel.: 0331 74732-0
gdp-brandenburg@gdp.de

**NGG
Region Berlin-Brandenburg**
Gotzkowskystr. 8
10555 Berlin
Tel.: 030 399915-0
region.berlin-brandenburg@ngg.net

EVG Berlin
Reinhardtstr. 23
10117 Berlin
Tel.: 030 424391-0
berlin@evg-online.org

EVG Geschäftsstelle Cottbus
Vetschauer Str. 11 D
03048 Cottbus
Tel.: 0355 2905729-0
cottbus@evg-online.org

EVG Geschäftsstelle Nord-Ost Potsdam
Karl-Liebknecht-Str. 4-5
14482 Potsdam
Tel.: 0331 2434161-0
potsdam@evg-online.org

**ver.di Landesbezirk
Berlin-Brandenburg
Landesbezirksverwaltung**
Am Bahnhof Westend 3
14059 Berlin
Tel.: 030 8866-0
lbz.bb@verdi.de

Bezirk Cottbus
Calauer Str. 70
03048 Cottbus
Tel.: 0355 47858-0
bz.cottbus@verdi.de

Bezirk Potsdam-Nordwestbrandenburg
Konrad-Wolf-Allee 1-3
14480 Potsdam
Tel.: 0331 27574-0
bz.potsdam@verdi.de

Bezirk Nordostbrandenburg
Friedrich-Ebert-Str. 2
16225 Eberswalde
Tel.: 03334 5859-0
bz.nob@verdi.de

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
Keithstr. 1
10787 Berlin
Abteilung Frauen/ Gleichstellung
Tel.: 030 21240-131
berlin.dgb.de

DGB Region Westbrandenburg
Breite Straße 9A
14467 Potsdam
Tel.: 0331 27596-0
region.westbrandenburg@dgb.de
westbrandenburg.dgb.de

DGB Region Ostbrandenburg
Grabowstraße 49
16225 Eberswalde
Tel.: 03334 389967-0
region.ostbrandenburg@dgb.de
ostbrandenburg.dgb.de

DGB Region Südbrandenburg Lausitz
Straße der Jugend 13/14
03046 Cottbus
Tel.: 0355 22726
region.suedbrandenburg-lausitz@dgb.de
suedbrandenburg-lausitz.dgb.de

AUTORINNEN & DANKSAGUNG

Irene Dölling, Jahrgang 1942, nach Studium der Philosophie und Bibliothekswissenschaft Promotion und Habilitation in Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1985 Professur für Kulturtheorie, 1994 Professur für Frauenforschung/Soziologie der Geschlechterverhältnisse an der Universität Potsdam, 1989 Mitbegründerin des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung an der HUB. Arbeitsschwerpunkte: Persönlichkeitstheorie, Geschlechterforschung, Geschlechterverhältnisse in Ostdeutschland.

Nele Techen, Jahrgang 1968, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin, seit 2021 stellvertretende Vorsitzende des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg. Davor als politische Sekretärin im IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen und verantwortlich für Organisation, Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Martina Panke, Jahrgang 1957, Diplompsychologin, Dr. phil., arbeitet als Projektleiterin für die DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin, Arbeitsschwerpunkte: Konzepte arbeitsorientierter Bildung, Jugendarbeit und Jugendbildung im ländlichen Raum, lebt in Zühlen bei Rheinsberg und Berlin.

Laura Rauschnick, Jahrgang 1986, ist Politik- und Genderwissenschaftlerin, lebt und arbeitet in Berlin. Sie ist Projektleiterin des DGB-Projekts „Was verdient die Frau? Mehr Geld, Zeit und Respekt!“. Nach dem Motto „Ein Mann ist keine Altersvorsorge“ sensibilisiert sie junge Frauen für das Thema wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie Stolpersteine in der Erwerbsbiographie und wirbt in Betrieben für Gleichstellungsmaßnahmen.

Karin Sötje, Jahrgang 1948, Sozialpädagogin und Diplompsychologin, Arbeitsschwerpunkte: Betriebliche Gesundheitsförderung und Themen der beruflichen Sozialisation, Jugend- und Erwachsenenbildung, langjährige Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Frauen(bildungs)arbeit, lebt und arbeitet in Berlin.

Für ihr Engagement und ihre Unterstützung dankt das Projektteam

den Zeitzeuginnen: Regine Doerwald, Ingrid Freninez, Helga Kästner, Steffi Kietzmann-Urbach, Gisela Kulik, Marina Lange, Heike Taube, Heidi Zeidler; den Mitgliedern im Kreisverband Potsdam-Mittelmark: Bärbel Zimmermann, Werner Schlegel, Silvia Beckmann, Wolfgang Ehrentraut, Andreas Jerschabek, Dietmar Kolpin

sowie: Detlef Almagro-Velasquez, Evelyn Berger, Katja Boll, Nancy Faupel, Kristina Geisler, Helga Goedecke, Paul Jüttner, Nele Techen, Stefanie Jahn, Theresa Pauli, Annette Rocholl, Marion Scheier, Anja Schultz und Bernd Thiele

COPYRIGHTS & QUELLEN:

Archiv historische Alltagsfotografie (AhA), Dr. Lothar Binger/Susann Hellemann, Kleinmachnow
Evelyn Berger, Eberswalde
Claudia Borchers, Berlin
bpk - bildagentur, Mediendienstleister der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Berlin
Bundesarchiv, Berlin / Konstanz
DDR-Fotos Werner Bertram, Berlin
Deutsches Historisches Museum (DHM), Berlin
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Bezirk Berlin-Brandenburg
Helga Goedecke, Berlin
IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, Berlin
Kurt Dornis, Leipzig
dpa - Picture Alliance, Frankfurt/Main
Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, Berlin (EVG)
Sandstein 75 / Conrad Fleming, Leipzig
Susann Hellemann, Kleinmachnow
Kahlau, Heinz (Erben) - Auszüge zitiert nach Lieder-aus-der-DDR.de (Stand 15.01.2018)
Paul Jüttner / Sirius, Berlin
Museum Utopie und Alltag – Schaudepot Beeskow, Beeskow
Barbara Müller-Kageler (Nachlass) / Felix Müller, Berlin/Greifswald
Simone M. Neumann, Berlin
Christian von Polentz / transit-foto, Berlin
Kurz Schwaen (Erben) - Auszüge zitiert nach Lieder-aus-der-DDR.de (Stand 15.01.2018)
Vera Singer (Nachlass) / Courtesy Peter Röllin, Rapperswil
SLUB Dresden - Deutsche Fotothek, Dresden
Karin Sötje, Berlin
Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Dresden
VBN-Verlag Bernd Neddermeyer, Berlin

HINWEIS ZU URHEBER- UND BILDRECHTEN:

Alle Rechte an Texten, Bildern und sonstigen Inhalten liegen – sofern nicht anders angegeben – bei den jeweiligen Urheber*innen. Bei der Verwendung von Bildmaterial wurde auf eine sorgfältige Rechteklärung geachtet. Sollte jemand dennoch Hinweise auf unvollständige oder unklare Angaben zu Urheber- oder Bildrechten haben, bitten wir um eine Nachricht. In einem solchen Fall werden wir umgehend prüfen und gegebenenfalls Änderungen vornehmen.

IMPRESSUM ZUR AUSSTELLUNG UND ZUM E-BOOK

„Frauenarbeit – Frauenalltag – Frauenrechte“ ist ein Projekt der IGM Geschäftsstellen Potsdam und Oranienburg in Kooperation mit der DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin (Verein zur Förderung der gemeinnützigen Arbeit des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg) und DGB-Kreis- und Stadtverbänden in Brandenburg.

Das Vorhaben wurde gefördert vom Fonds Neue Länder der IG Metall und dem DGB Bundesvorstand.



IG Metall Kooperation
Oranienburg – Potsdam



Deutscher
Gewerkschaftsbund
Berlin-Brandenburg



Deutscher
Gewerkschaftsbund
Region
Westbrandenburg



jbs'
Flecken Zechlin
DGB Jugendbildungsstätte

Das E-Book zur Ausstellung ist ein Projekt der DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin in Zusammenarbeit mit der DGB-Region Westbrandenburg. Das Vorhaben wird gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MSGIV)

Ausstellungskonzeption, Recherchen, Interviews, Texte
Dr. Martina Panke, Zoi Kathrin Güssow, Karin Sötje

Nicht namentlich gekennzeichnete Texte sind von Karin Sötje und Martina Panke. Alle Rechte bei den Autorinnen.

Gestaltung, Ausstellungsbau, Porträtfotos Zeitzeuginnen
Susann Hellemann, Dr. Lothar Binger

Gestaltung E-Book
Dieter Raupach (layoutlabor)

© 2025 – IG Metall Oranienburg und Potsdam
vertreten durch die Erste Bevollmächtigte Stefanie Jahn
Neuendorfstraße 16b, 16761 Hennigsdorf



Die Ausstellung kann kostenlos ausgeliehen werden.

Weitere Informationen:
[Link zur Internetseite](#)

